

Landesbank Berlin Holding
GESCHÄFTSBERICHT 2011



Zufriedene Kunden sind unser Anspruch.

Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

GuV-Rechnung		1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007
Zinsüberschuss	Mio. €	951	725	862	1.247	815
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	83	105	185	63	–68
Provisionsüberschuss	Mio. €	269	274	262	302	297
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	–2	7	–15	–18	3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	Mio. €	–16	349	478	–344	–45
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	–163	–22	–107	–308	–4
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	Mio. €	–24	8	–14	–18	12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	121	84	33	151	125
Verwaltungsaufwendungen	Mio. €	982	1.003	985	940	965
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe	Mio. €	71	317	329	9	306
Aufwand Bankenabgabe	Mio. €	30	0	0	0	0
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	Mio. €	41	317	329	9	306
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	120	52	64	–35	76
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	Mio. €	–79	265	265	44	230
Bilanz		31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Bilanzsumme	Mio. €	131.175	131.477	143.835	145.388	142.163
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn/-verlust	Mio. €	2.318	2.722	2.712	1.962	2.847
Stille Einlagen (nom.)	Mio. €	700	700	700	700	700
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	Mio. €	2.716	2.547	2.891	3.292	xx
Kennzahlen		1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007
Cost-Income-Ratio	%	86,4	70,4	65,4	94,0	80,6
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ¹⁾	%	1,5	11,8	14,0	0,4	10,8
		31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Gesamtkennziffer nach KWG ²⁾	%	14,36	16,89	16,82	16,41	15,04
Kernkapitalquote nach KWG ²⁾	%	12,50	15,24	14,45	13,74	11,80
Aktie		1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007
Gewinn je Aktie ³⁾	€	–0,08	0,27	0,25	0,03	0,21
		31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Börsenkapitalisierung	Mio. €	3.947	4.397	3.328	2.928	6.366
		1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007
Aktienkurs (Schlusskurs Frankfurter Börse)						
höchst	€	4,61	4,41	3,76	6,32	8,18
tiefst	€	3,00	3,24	2,07	2,18	5,25
		31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	Anzahl	5.931	5.985	6.009	5.999	5.965

¹⁾ durchschnittliches IFRS-Eigenkapital

²⁾ RVG-Gruppe; nach Feststellung der Jahresabschlüsse

³⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Inhalt

Die Landesbank Berlin Holding AG	2	Jahresabschluss des Konzerns	117
Unternehmensprofil	2	Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	118
Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden	3	Bilanz des Konzerns	120
Brief des Vorstands	4	Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	122
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	6	Kapitalflussrechnung des Konzerns	124
Unsere Geschäftsfelder	8	Notes	126
Zufriedene Kunden sind unser Anspruch	16		
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	208
Gesellschaftliches Engagement des Konzerns	31		
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG	33	Der Konzern im Quartalsvergleich	209
Ratingübersicht	34		
		Entsprechenserklärung/Versicherung der gesetzlichen Vertreter	211
Konzernlagebericht	35		
Der Konzern im Überblick	36	Weitere Informationen	212
Allgemeiner Verlauf im Überblick	50	Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	213
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2011	53	Organe der Landesbank Berlin Holding AG	216
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2011	67	Corporate Governance-Bericht	218
Schlussfolgerung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	68	Wichtige Adressen	222
Risikobericht	69	Abkürzungsverzeichnis	224
Chancen- und Prognosebericht/Ausblick	112	Wesentliche Beteiligungen	226

Unternehmensprofil

Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholding mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Sie ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die LBB ist eine Universalbank, deren historischen Kern die im Jahr 1818 gegründete Berliner Sparkasse bildet. Seit dem Tag ihrer Gründung erfüllt die Berliner Sparkasse ununterbrochen einen öffentlichen Auftrag im Dienst der Stadt. In Berlin ist sie Marktführerin und steht für Kundennähe, Fairness, Sicherheit und Modernität.

Das Geschäftsmodell basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem die Bank als kundennahes, innovatives Institut eine herausragende Stellung einnimmt, der auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichteten gewerblichen Immobilienfinanzierung sowie ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft.

Privatkunden steht das flächendeckende Filialnetz der Berliner Sparkasse zur Verfügung. Die Abwicklung des Tagesgeschäfts und die Betreuung bei Standardprodukten erfolgen in PrivatkundenCentern, während beratungsintensivere Anlage- und Vorsorgethemen in FinanzCentern betreut werden. Die Beratung von Kunden mit komplexen Finanzbedürfnissen ist in VermögensanlageCentern gebündelt. Das Angebot wird durch das Private Banking, ImmobilienCenter sowie durch das Online-Banking und die mobile Beratung komplettiert. Mit Produkten für Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Vermögensdiversifizierung, Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie für Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement stellt die Berliner Sparkasse ihren Kunden ein umfassendes Angebot bereit.

Im Firmenkundengeschäft hat die LBB in Berlin eine führende Position als Bankpartner für Gewerbekunden und mittelständische Unternehmen. Für die individuelle Betreuung sorgen erfahrene Berater in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin sowie in den FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse. Mit der BusinessLine steht Gewerbekunden ein weiterer effizienter Vertriebsweg zur Verfügung. Die Kompetenzzentren Leasing und Factoring, Ausland, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking runden die Angebotspalette ab.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bündelt die LBB ihre Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken LBB und Berlin Hyp werden Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften und Immobilienfonds sowie ausgewählte Developer und Bauträger im Inland und in ausgewählten europäischen Märkten betreut. In Deutschland zählt der Konzern Landesbank Berlin zu den führenden Anbietern für gewerbliche Immobilienfinanzierungen.

Im Kapitalmarktgeschäft betreut die LBB vor allem mittelständische institutionelle Kunden und Sparkassen. Die Bank ist auf ausgewählte Aktivitäten fokussiert, in denen sie über führende Expertise verfügt. Sie profiliert sich auch für private Interessenten als kompetenter Anbieter von Kapitalmarktprodukten. Ein umfassendes Netzwerk von Handelspartnern bietet den direkten Marktzugang zu allen relevanten Handelsplätzen. Mit der LBB-INVEST verfügt die Bank über einen Fondsanbieter, der sich in der Spitzengruppe der deutschen Kapitalanlagegesellschaften etabliert hat.

Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinter der Landesbank Berlin liegt, wie hinter der Finanzwirtschaft insgesamt, ein sehr schwieriges Jahr. Die Turbulenzen an den internationalen Kapitalmärkten, insbesondere an den Anleihemärkten, stellen alle Banken und Sparkassen nach überstandener Krise der Jahre 2008/2009 erneut vor große Herausforderungen.

Auch die LBB konnte sich den marktbedingten Belastungen nicht mehr entziehen. Vor allem die Wertkorrekturen auf griechische Staatsanleihen führten im Jahr 2011 zu einem erheblichen Ergebnisrückgang, der eine Dividendenzahlung an die Anteilseigner nicht zulässt. Dies ist bedauerlich, aber zum großen Teil der Staatsschuldenkrise und ihren Folgen geschuldet, die die gesamte Bankenwelt in Atem hielten und weiter halten.

Es gilt jedoch auch, den Blick auf die positiven Entwicklungen zu richten. Die LBB hat 2011 zusammen mit der Berliner Sparkasse im Kundengeschäft gute Arbeit geleistet und ihre Marktposition in vielen Bereichen verbessert. Wichtige strategische Initiativen konnten in den Geschäftsfeldern begonnen oder bereits umgesetzt werden. Besonders erwähnenswert ist sicherlich der gute Start der S-Kreditpartner GmbH, die allen Sparkassen eine effiziente Abwicklungsplattform für die wichtige Auto- und Konsumentenfinanzierung bietet. Es zeigt sich immer mehr, dass die Sparkassen als Eigentümer der LBB von deren anerkannter Kompetenz als Produktlieferant und Dienstleister profitieren.

Wichtige neue Aufgaben stehen bevor. Die LBB muss mit Blick auf die verschärften Eigenkapitalregeln nach Basel III „wetterfest“ gemacht werden. Hinzu kommen noch verschärfte Anforderungen der European Banking Authority. Der Aufsichtsrat begleitet die Initiativen und Aktivitäten des Vorstands positiv. Im operativen Geschäft steht die Ausrichtung aller Geschäftsfelder auf das Kundengeschäft unverändert im Vordergrund, wobei die spezifischen Bedürfnisse der Sparkassen hierbei sicher eine besondere Rolle spielen werden.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im vergangenen Jahr geleistete engagierte Arbeit in einem alles andere als einfachen Umfeld.

Mit freundlichen Grüßen
Der Aufsichtsrat



Heinrich Haasis
Vorsitzender

Brief des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

im Geschäftsjahr 2011 hat sich die Schuldensituation in Griechenland und in weiteren europäischen Ländern dramatisch zugespitzt. Der Vertrauensverlust der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen verschärfte die Nervosität an den Finanzmärkten und führte zu erheblichen Risikoauflagen bei Staatsanleihen dieser Länder. Die dadurch ausgelösten Marktverwerfungen haben die gesamte Finanzbranche und damit auch die Landesbank Berlin vor große Herausforderungen gestellt.

Umso erfreulicher ist zu werten, dass sich 2011 das Geschäft mit unseren Kunden in diesem widrigen Marktumfeld erneut positiv entwickelt hat. Überall dort, wo wir Leistungen für unsere Kunden erbringen oder als Partner der Sparkassen agieren, haben wir unsere Positionen in den Märkten behauptet und teilweise sogar ausgebaut. Diesen operativen Erfolgen stehen jedoch die Belastungen durch die Folgen der Schuldenkrise gegenüber. Die Landesbank Berlin Holding AG erreichte ein operatives Ergebnis vor Steuern von 41 Mio. €, das deutlich unter unseren Erwartungen lag. Allerdings haben wir dabei unser Engagement in griechischen Staatsanleihen umfassend verarbeitet und nach einer nochmaligen Wertanpassung im vierten Quartal auf rund 25 % des Nominalwerts abgeschrieben. Darüber hinaus war im vergangenen Jahr erstmals die Bankenabgabe zu berücksichtigen, die unser Ergebnis mit 30 Mio. € belastete.

Unabhängig von diesen nicht beeinflussbaren externen Faktoren hat sich unser kundennahes Geschäftsmodell auch unter den schwierigen Marktbedingungen bewährt. In den Geschäftsfeldern Private Kunden und Firmenkunden sehen wir viele gute Entwicklungen, die sich insbesondere in einem gestiegenen Zinsergebnis und in einer gesunkenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft niederschlugen. Mit einer konsequenten Ausrichtung am Bedarf unserer Kunden gelang es erneut, die Marktakzeptanz auszubauen und neue Kunden zu gewinnen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LBB-Konzern haben gute Arbeit geleistet; ihnen gilt unser Dank für ihren engagierten Einsatz.

Die LBB ist auch in Zukunft darauf ausgerichtet, im Geschäft mit ihren Kunden zu wachsen und das Kundenvertrauen durch eine stetige Verbesserung der Produkt- und Dienstleistungsqualität zu rechtfertigen. Ein weiterer Schwerpunkt des kundennahen Geschäfts ist die Weiterentwicklung unserer Rolle als Verbundpartner der Sparkassen. Die Zusammenarbeit konnte 2011 weiter ausgebaut und vertieft werden. Gemeinsam mit der Deutschen Leasing haben wir Mitte 2011 die S-Kreditpartner GmbH an den Start gebracht und deren Marktposition mit der Übernahme von Aktivitäten der readybank ausgebaut. Damit haben wir ein schlagkräftiges Institut für unsere Partner in der Sparkassen-Finanzgruppe im Bereich des wichtigen Konsumentenkreditgeschäfts etabliert. Hinzu kamen weitere Produkte und Dienstleistungen, so zum Beispiel für das Depot-A-Geschäft der Sparkassen sowie für deren Marktfolge. Auch in der Immobilienfinanzierung wollen wir durch immobilien-spezifische Produkte und gemeinsame Finanzierungen vor Ort die Zusammenarbeit mit den Sparkassen vertiefen.

In Anbetracht der andauernden Schuldenkrise und neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen stehen wir wie die gesamte Branche auch 2012 vor anspruchsvollen Aufgaben. Im laufenden Geschäftsjahr liegt unser Hauptaugenmerk weiter auf dem Ausbau des soliden Kundengeschäfts und der Leistungen für die Sparkassen. Wir werden den bereits seit Jahren verfolgten Umbau zur Kundenbank nochmals forcieren. Zudem wird sich unsere Strategie, Nicht-Kundengeschäfte konsequent abzubauen, positiv auf die Kapitalstärke unserer Bank auswirken. Wir sind zuversichtlich, die anhaltend positive Entwicklung im Kundengeschäft fortsetzen und die Ergebnisse sukzessive wieder steigern zu können.

Der Vorstand dankt Ihnen – auch im Namen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – für Ihre Begleitung und Unterstützung in diesem schwierigen Marktumfeld.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand



Dr. Johannes Evers



Martin K. Müller

Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Jan Bettink

Landesbank Berlin AG

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen-
und Giroverbands

Bärbel Wulff*

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

stellv. Vorsitzende

stellv. Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten*

Landesbank Berlin AG

Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Landesbank Berlin Holding AG

Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*

Landesbank Berlin Holding AG

Mitglied des Betriebsrats der

Landesbank Berlin AG,

Referent Organisationssteuerung der

Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Landesbank Berlin Holding AG

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen

der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen-
und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Spezialist/Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerhard Henschel*

Landesbank Berlin AG
Leiter eines PrivatkundenCenters
der Berliner Sparkasse

Sabine Hentschel-Vélez Garzón*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referentin Business Management
der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/
Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bereichsleiter Firmenkunden der
Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Projektmitarbeiter im Bereich Kredit
der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Frank Meysel*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Bereich Compliance
der Landesbank Berlin AG

Peter Mohr*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau*

Landesbank Berlin Holding AG
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Landesbank Berlin Holding AG
Vorstandsvorsitzender der
Versicherungskammer Bayern

Dr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding
und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Unsere Geschäftsfelder

Private Kunden

- Führende Marktstellung der Berliner Sparkasse ausgebaut
- Neuausrichtung der Vertriebswege weitgehend abgeschlossen
- Guter Start der S-Kreditpartner GmbH
- Auf dem Weg zur Qualitätsführerschaft

Weiterhin starke Marktstellung

Nach der weltweiten Finanzkrise hat sich im Jahr 2011 die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum als ein bestimmender Faktor für die finanziellen Entscheidungen auch der Privatkunden in Berlin entwickelt. In diesem Umfeld wird die Berliner Sparkasse – basierend auf traditionellen Werten wie Nähe, Qualität und Fairness – von den Kunden als ein besonders vertrauenswürdiger Partner wahrgenommen. Die starke Stellung im Raum Berlin wird ergänzt durch überregionale Aktivitäten im Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern, in der Konsumentenfinanzierung über die neugegründete S-Kreditpartner GmbH und im Direktbankgeschäft durch die netbank AG.

Auch im dritten Jahr infolge setzte sich das Wachstum bei der Anzahl der Privatgirokonten fort. Im Jahr 2011 wuchs die Zahl der Konten bei der Berliner Sparkasse um netto 36.000; damit behauptete die Bank souverän ihre Stellung als Marktführer. Insgesamt betreut das Geschäftsfeld 1,2 Mio. Privatgirokonten.

Kundenorientierter Umbau der Vertriebsstrukturen weitgehend abgeschlossen

Bei der mit dem Projekt „Wege zum Kunden“ begonnenen Neustrukturierung der gesamten Vertriebswege haben wir im Geschäftsfeld Private Kunden 2011 große Fortschritte gemacht. Die Berliner Sparkasse steht ihren Privatkunden über die jeweils bevorzugten Vertriebswege zur Verfügung. Der stationäre Vertrieb bietet seine Leistungen in den PrivatkundenCentern für das Tagesgeschäft, in den FinanzCentern für beratungsintensive Geschäfte sowie in VermögensanlageCentern für die ganzheitliche Betreuung vermöglicher Privatkunden an. Immobilienwünsche

werden in den ImmobilienCentern realisiert. Zusätzlich werden hochvermögende Kunden im Private Banking betreut. Ergänzend dazu nahmen der Vertriebsbereich Direkt sowie im Frühjahr 2011 die Mobile Beratung ihren Betrieb auf.

Das flächendeckende Vertriebsnetz der Berliner Sparkasse umfasst 68 FinanzCenter mit angeschlossenem PrivatkundenCenter, 64 alleinstehende PrivatkundenCenter, 23 VermögensanlageCenter, 3 ImmobilienCenter und einen Private Banking-Standort. Wir haben uns in der Beratung und im Service die Qualitätsführerschaft im Wettbewerb zum Ziel gesetzt. Hierbei sind wir auf einem guten Weg. Das bestätigten auch die Ergebnisse mehrerer externer Tests im Berichtsjahr. Bereits im zweiten Jahr infolge gewann die Berliner Sparkasse den CityContest der Finanzpublikation „Focus Money“ („Sieger Bankentest Berlin“). Auch bei den Analysen des Deutschen Instituts für Service-Qualität (DISQ) zur Altersvorsorge, zur Anlageberatung und zur Baufinanzierung haben wir durch eine konstant hochwertige Beratung erneut Testsiege verzeichnet. Zusätzlich wurde die Berliner Sparkasse von ntv und DISQ für die beste Beratung aller Filialbanken in Deutschland ausgezeichnet.

Zur Steigerung der Sicherheit im Online-Banking hat die Berliner Sparkasse im Januar 2012 das iTAN-Verfahren durch das SMS-TAN- sowie das ChipTAN-Verfahren abgelöst. Im Herbst 2011 richteten wir im Internetauftritt der Berliner Sparkasse die neue Online-Produkt-Homepage ein, die kurz und prägnant die wesentlichen Informationen zu den Online-Produkten und ihren Konditionen darstellt und den

Produktverkauf fördern soll. Das Informationsangebot der Berliner Sparkasse bezieht ebenfalls relevante Social-Media-Kanäle ein (zum Beispiel Facebook, Twitter, YouTube). Die Qualität unseres Internetauftritts wurde im Sommer 2011 mit dem ersten Platz in der Analyse des DISQ zum Online-Banking bei Filialbanken bestätigt. Gelobt wurden insbesondere das große Informationsangebot und dessen Verständlichkeit sowie die umfangreichen Kontaktmöglichkeiten.

Erträge aus dem Kundengeschäft durch Bewertungsanpassungen beeinflusst

Die Erträge im Geschäftsfeld Private Kunden gingen 2011 im Vergleich zum Vorjahr zurück. Dies resultierte im Wesentlichen aus einer Bewertungsanpassung der Beteiligung an der LBS Nord und aus dem Wegfall eines Erlöses für den Verkauf der Beteiligung an der ATOS-Worldline Processing GmbH, der im Vorjahr im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten gewesen war. Das zinstragende Geschäft entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr positiv, der Provisionsüberschuss sank leicht.

In Krisenzeiten bleibt Sicherheit bei der Geldanlage das oberste Gebot unserer Kunden. Die Einlagenbestände verharrten daher auf dem hohen Vorjahresniveau. Das Provisionsgeschäft verzeichnete leichte Rückgänge im Zahlungsverkehr und bei den Wertpapierprovisionen. Das sonstige betriebliche Ergebnis ist maßgeblich geprägt durch das Ergebnis der erstmalig einbezogenen S-Kreditpartner GmbH.

Das Volumen der Neuvaluierungen der Hypothekenkredite entsprach dem Vorjahresniveau. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich aufgrund von Risikomanagementmaßnahmen im Kreditkartengeschäft und der positiven Konjunktorentwicklung um rund ein Viertel.

Geschäft mit Auto- und Konsumentenkrediten auf S-Kreditpartner GmbH verlagert

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft entwickelten sich im Jahr 2011 planmäßig. Zum 1. Juni 2011 nahm

die S-Kreditpartner GmbH, ein Joint Venture mit der Deutschen Leasing, ihren Geschäftsbetrieb auf. Sie stärkt als Verbundpartner der Sparkassen-Finanzgruppe die Marktstellung der bundesweit angeschlossenen Sparkassen in der Auto- und Konsumentenfinanzierung. Ziel ist mittel- bis langfristig eine klare Steigerung des Marktanteils der Sparkassen in diesem wichtigen Kreditzweig. Auch die Berliner Sparkasse wickelt ihr entsprechendes Kreditgeschäft über die S-Kreditpartner GmbH ab. In das Joint Venture wurden ausgewählte Aktivitäten der readybank ag übernommen.

Größter Kreditkartenemittent

Der Konzern ist mit 2,2 Mio. ausgegebenen Karten weiterhin größter Emittent von Kreditkarten in Deutschland. Wachstumsmotor sind dabei große Co-Brandings, wie mit dem ADAC, Amazon und Air Berlin mit zusammen rund 1,9 Mio. emittierten Karten.

Die Landesbank Berlin verbesserte 2011 die Kartensicherheit weiter. Aufgrund der Umstellung auf Sicherheitsmikrochips (EMV-Chip) konnte im Berichtsjahr eine weitere deutliche Reduzierung der Betrugskosten erreicht werden. Unterstützt wurde dies durch die fortgesetzte Einführung der Internet-Sicherheitsverfahren „Verified by Visa“ und „MasterCard SecureCode“. Im Jahr 2011 wurde darüber hinaus die vom Kunden frei wählbare PIN für alle Kreditkarten eingeführt.

Weiterentwicklung von Kundenberatung und Vertrieb

Das Geschäftsfeld Private Kunden wird den mit der Umstrukturierung des Vertriebs eingeschlagenen Weg konsequent weiter verfolgen und optimieren. Ziel ist es, jeden Kunden entsprechend seinen Bedürfnissen und präferierten Kontaktwegen zu beraten und zu betreuen. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Steigerung des Geschäfts in der Konsumentenfinanzierung und im Anlagegeschäft richten. Hierzu werden die Investment- und Kundenberatungsprozesse gezielt weiterentwickelt.

Firmenkunden

- Marktführende Position im Firmenkundengeschäft der Region gefestigt
- Kreditvergabe auf hohem Niveau stabil
- Auszeichnung als Bank des Jahres
- Loyalität und Zufriedenheit ausgebaut

Starke Marktposition im Firmenkundengeschäft

Die LBB hat auch 2011 ihre starke Marktposition als führendes Kreditinstitut im Firmenkundengeschäft in der Kernregion Berlin behauptet. Etwa jedes dritte Unternehmen der Region ist unser Kunde. Im Berichtsjahr haben wir in einem schwierigen regionalen Markt mit kleinteiligen Unternehmensstrukturen, starker Binnenmarkt-Orientierung und vergleichsweise geringen Wachstumspotenzialen rund 3.500 Neukunden gewonnen. Ende 2011 betreute das Geschäftsfeld damit rund 68.000 Kunden. Die Betreuung der kleinen und mittelständischen Unternehmen erfolgt über die Marken Berliner Sparkasse und LBB auf der Basis eines verlässlichen Geschäftsmodells und der starken regionalen Verankerung. Die LBB leistet einen wichtigen Beitrag zur Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft. Darüber hinaus sind wir in spezifischen Geschäftsarten auch überregional engagiert.

Ausgeprägtes Gründungs-Know-how

Berlin ist unverändert *die* Gründungshauptstadt. In unserer Verantwortung für den Wirtschaftsstandort unterstützen wir intensiv die Beratung und Finanzierung von Unternehmensgründungen und Nachfolgeregelungen. Hier ist die Berliner Sparkasse in der Region marktführend. Die Zahl der begleiteten Gründungen und das ausgereichte Kreditvolumen konnten 2011 im Vergleich zum Vorjahr ausgeweitet werden. Hervorzuheben sind die Aktivitäten der LBB beim Innovationspreis Berlin-Brandenburg und beim Business-Plan-Wettbewerb. Mit dem GründerClub Berlin bietet die Berliner Sparkasse seit 2010 auf dem Portal XING Existenzgründern ein innovatives Austauschforum, zum Beispiel zu Fördermöglichkeiten oder Gründerwettbewerben. Zum Jahresende 2011 zählten mehr als 320 Mitglieder zu dieser Community.

Hohe Loyalität und Zufriedenheit der Firmenkunden

Die 2011 durchgeführten Befragungen von rund 3.100 Firmenkunden in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen ergaben erneut hohe und zumeist sogar noch gestiegene Loyalitäts- und Zufriedenheitswerte. Die Firmenkunden vertrauen unserer Kompetenz als Qualitätsanbieter für Unternehmen aller Größenklassen, Lebenszyklen und Branchen. Sie würdigen insbesondere die Betreuungsqualität, die Fachkompetenz sowie den Zahlungsverkehr. Als ein Ergebnis der Befragungen greifen wir zugleich Impulse zur Verbesserung einzelner Leistungskomponenten auf, um mit unserem Leistungsversprechen auch in Zukunft auf zufriedene und loyale Kunden setzen zu können.

Auszeichnung als Bank des Jahres

Die LBB richtet ihr Firmenkundengeschäft mit einer Qualitätsstrategie an der Kundenstruktur, den sich ändernden Kundenbedürfnissen und den Herausforderungen der Zukunft aus. Das Geschäftsfeld Firmenkunden wurde im Jahr 2011 für herausragende Leistungen mit dem internationalen Preis „victor® – Bank des Jahres“ in der Kategorie Firmenkunden geehrt. Zu den Entscheidungskriterien zählten hervorragende Erreichbarkeit, kompetente Ansprechpartner, Betreuung bis spätabends sowie ehrlicher Umgang. Darüber hinaus hat sich das Geschäftsfeld im September 2011 erneut erfolgreich der Überprüfung des TÜV Rheinland für das TÜV-Qualitätssiegel „Geprüfte Beratungs- und Servicequalität“ in allen drei Vertriebswegen gestellt.

Betreuungskonzept weiterentwickelt

Im Firmenkundengeschäft der LBB hat sich der Vertriebswegemix aus BusinessLine, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden gut etabliert. Im Jahr 2011 haben wir im Rahmen eines qualitativen

Marktforschungsprojekts den Bedarf der Kunden und die Vertriebsstruktur analysiert. Dabei konnten wir wertvolle Erkenntnisse über die Erwartungen an ein erfolgreiches Firmenkundengeschäft der Zukunft gewinnen. Hierzu gehört auch die weitere Ausgestaltung des Angebots der LBB, zum Beispiel bei der Begleitung und Finanzierung von Vorhaben in Technologiefeldern und im Infrastrukturbereich.

Photovoltaik-Projekt forciert Nachhaltigkeit

Die Landesbank Berlin unterstützt das Thema Nachhaltigkeit mit innovativen Lösungen im Umwelt- und Energiebereich. So hat das Geschäftsfeld Firmenkunden Berlins größte Photovoltaik-Anlage finanziert, die im Jahr 2011 in Betrieb ging. Die Besonderheit bestand darin, nicht allein das Projekt zu finanzieren, sondern parallel dazu auch privaten Kunden eine attraktive Anlagemöglichkeit im Rahmen eines „CO₂-Sparkontos“ bei der Berliner Sparkasse zu bieten. Mit dieser Geldanlage leisten Privatkunden einen konkreten Beitrag zur Finanzierung dieses Energieprojekts unter Klimaschutz-Aspekten. Die hohe Nachfrage bestätigt das Interesse an solchen Angeboten. Das Vorhaben ist ein Beispiel für eine erfolgreiche, kreative Lösung bei einem konkreten Umweltschutzprojekt, das auch innerhalb der Sparkassengruppe Beachtung findet.

LBB-Mittelstandsumfrage 2011

Gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wurde 2011 bereits zum siebenten Mal die LBB-Mittelstandsumfrage zur Wirtschaftslage und zum Investitions- und Finanzierungsverhalten von rund 1.400 Unternehmen durchgeführt. Das Ergebnis verdeutlicht eine sich verbessernde Investitionsneigung. Aufgrund der tendenziell wieder höheren Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ist jedoch nicht von einem analogen Anstieg der Kreditnachfrage auszugehen. Vielmehr werden Investitionsfinanzierungen verstärkt aus Eigenmitteln gedeckt. Daneben stehen auch Leasing-Finanzierungen bei unseren Firmenkunden wieder stärker im Fokus. Die Leasing-Nachfrage decken wir mit Experten-Know-how unter Nutzung der Angebote unseres Kooperationspartners Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG ab.

Kreditvergabe auf hohem Niveau stabil

Insgesamt lag das Kreditbestandsgeschäft der LBB mit Firmenkunden leicht über dem Vorjahresniveau. Im Kreditneugeschäft mit Unternehmen konnten wir wegen der verhaltenen Finanzierungsnachfrage nicht an das Vorjahresergebnis anknüpfen. Bei Unternehmensfinanzierungen der LBB kommen auch öffentliche Fördermittel zum Einsatz, wie zum Beispiel Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Investitionsbank Berlin oder der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH. Die Einlagen der Firmenkunden bei der LBB sanken im Berichtsjahr unter anderem wegen der Nutzung und Umschichtung eigener Mittel zur Investitionsfinanzierung. Insgesamt war das Kundengeschäft marktbedingt durch niedrigere Zins- und höhere Provisionsüberschüsse sowie – trotz des relativ hohen Insolvenzrisikos in unserer Kernregion – durch moderate Risikokosten geprägt. Das Geschäftsfeld erwirtschaftete 2011 erneut einen stabilen Beitrag zum Konzernergebnis, wenngleich das sehr hohe Vorjahresergebnis nicht erreicht werden konnte.

Festigung der Kundenbeziehung im Mittelpunkt

Die Festigung der starken Marktposition und die verbesserte Nutzung der Kundenpotenziale sind zentrale strategische Ziele im Rahmen einer ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik. Zu den Herausforderungen an ein erfolgreiches Firmenkundengeschäft der Zukunft zählt zum Beispiel die gemeinsame Finanzierung von Investitionsvorhaben in Kooperation mit regionalen Sparkassen. Die Versorgung kleiner und mittelständischer Unternehmen mit Krediten bleibt eine zentrale Aufgabe des Firmenkundengeschäfts der Landesbank Berlin. Die LBB steht anderen Sparkassen bundesweit als Kooperationspartner auch mit weiteren Angeboten zur Verfügung. Wir wollen auch künftig durch ein umfassendes Leistungsangebot, Kundennähe und Kompetenz überzeugen. Besonderes Augenmerk richten wir auf Technologiefelder und Wachstumscluster, wie zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft oder die Umwelt- und Energietechnik. Vor diesem Hintergrund bauen wir unsere Qualitätsstrategie auch mit einer Vertiefung der Branchenexpertise und -prognose unter Nutzung des Know-hows der Sparkassengruppe weiter aus.

Immobilienfinanzierung

- Zufriedenstellendes Neugeschäft bei unverändert strengen Risikokriterien
- Deutlich höherer Anteil an Finanzierungen von Wohnimmobilien
- Kreditbestand weiter gestiegen

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Die Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung konzentrieren sich auf Finanzierungen auf objektgedeckter Basis.

Die Hauptkundengruppen im Finanzierungsgeschäft sind Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften und Immobilienfonds sowie ausgewählte Developer und Bauträger. Den Kunden steht die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen zur Verfügung, wobei flexible und individuelle Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Geschäftsfelds sind. Durch das gemeinsame Agieren der LBB und der Berlin Hyp im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bieten wir unseren Kunden die komplette Leistungskraft einer erfahrenen Immobilienbank sowie einer starken Universalbank. Auch im Jahr 2011 war das Geschäftsfeld einer der aktivsten Anbieter in der Branche und konnte dadurch seine Position im Markt weiter festigen.

Schwierigere Rahmenbedingungen im Neugeschäft

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung verzeichnete im Jahr 2011 im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten ein zufriedenstellendes Neugeschäft, konnte aber an das sehr gute Ergebnis von 2010 nicht anknüpfen. Obwohl die Staatsschulden- und Euro-Krise noch ohne große Auswirkungen auf den inländischen Immobilienmarkt blieb und das Transaktionsvolumen gegenüber 2010 um rund 26 % (Gewerbeimmobilien plus 20 %, Wohnimmobilien plus 59 %) nochmals zulegen konnte, verschärfte sich der Wettbewerb deutlich. Die Rückkehr weiterer Wettbewerber an den Markt beziehungsweise die Konzentration inländischer Finanzierer ausschließlich auf den deutschen Markt führten bereits zu einem spürbaren Druck auf die Margen und zu einer teilweise höheren Risikobereitschaft einzelner Marktteilnehmer. Daneben traten verstärkt Versicherungsunternehmen als Mitbewerber auf.

Die veränderten Marktbedingungen spiegeln sich in den Neugeschäftszahlen wider. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte ein Kontrahierungsvolumen (ohne Prolongationen) von 5,4 Mrd. € erzielen gegenüber einem Vorjahreswert von 6,3 Mrd. €. An unseren strengen Risiko- und Rentabilitätsanforderungen haben wir – ungeachtet der Veränderungen im Marktumfeld – festgehalten.

Den Schwerpunkt im Neugeschäft bildeten weiterhin die Investoren mit einem Anteil von 62 % (Vorjahr: 77 %). Regionaler Schwerpunkt waren mit 42 % (Vorjahr: 48 %) unverändert die Metropolregionen der alten Bundesländer. Bei den Objektarten nahm der Anteil der gewerblich genutzten Immobilien auf 57 % ab (Vorjahr: 76 %), während der Anteil von Wohnimmobilien auf 43 % zulegte (Vorjahr: 24 %). Der verstärkten Nachfrage nach Wohnimmobilien entsprechend stieg auch der Anteil der Wohnungsunternehmen am Neugeschäft auf 19 % (Vorjahr: 7 %).

Auslandsgeschäft

Mit Augenmaß und unter Würdigung der regionalen Gegebenheiten betreiben wir das Auslandsgeschäft. Im Neugeschäft ging der Anteil der Auslandsfinanzierungen (Objekte im Ausland) auf 24 % (Vorjahr: 36 %) zurück. Grund ist insbesondere der starke Nachfragerückgang der Kapitalanlagegesellschaften. Während 2010 rund 61 % des Auslandsneugeschäfts noch auf diese Kundengruppe entfielen, betrug 2011 der Anteil nur noch 8 % (100 Mio. €). Der Anteil der Auslandsfinanzierungen am gesamten Immobilienfinanzierungsbestand stieg im Berichtsjahr infolge des nunmehr vollumfänglich bilanzwirksam gewordenen starken Neugeschäfts aus dem Jahr 2010 auf 18 % (Vorjahr: 16 %). Ohne Kapitalanlagegesellschaften lag er bei 13 % (Vorjahr: 11 %).

Weiterhin sehr konservative Risikopolitik

Der Konzern hielt unverändert an seinem Grundsatz fest, nur Geschäfte einzugehen, die den strengen internen Risiko- und Rentabilitätskriterien entsprechen. Dementsprechend lag die Quote der sehr guten und guten Risikoklassen im Neugeschäft auch 2011 deutlich über 90 %. Erfreulich waren wiederum eine hohe Auflösung der Risikovorsorge und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, so dass die Nettoneubildung mit 51 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (74 Mio. €) nochmals reduziert werden konnte.

Gezielte Bestandssteuerung

Zur Steuerung des Kreditbestands und Vermeidung von Risikokonzentrationen werden für das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung Zielportfolien für die jeweiligen Kategorien in den Segmenten Beleihungsgebiete, Kundengruppen, Objektnutzungsarten sowie Risikoklassen festgelegt. Diese Ziele werden für jeweils einen Zeitraum von drei Jahren vereinbart und jährlich fortgeschrieben.

Der Kreditbestand per 31. Dezember 2011 stieg gegenüber dem gleichen Vorjahresstichtag weiter. Dank des Anstiegs des Vertriebsportfolios um rund 7 % konnte trotz der planmäßigen Reduzierung der definierten Abbauportfolien ein erfreulicher Bestandszuwachs erzielt werden.

Weiterentwicklung der Strategie

Der Konzern wird seine erfolgreiche Strategie in der Immobilienfinanzierung fortführen. Er setzt unverändert auf einen leistungsfähigen und kundennahen Vertrieb. Unsere Geschäftspolitik bleibt auf langfristige Partnerschaft im Sinne einer traditionellen Hausbankverbindung mit individuellen Cross-Selling-Angeboten ausgelegt, von der Kunden und Bank profitieren. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen soll weiter vertieft werden. Neben gemeinsamen Finanzierungen vor Ort werden immobilien-spezifische Produkte für Sparkassen entwickelt.

Kapitalmarktgeschäft

- Konsequenter Fokus auf das Kundengeschäft wird nochmals intensiviert
- Folgen der europäischen Staatsschuldenkrise belasten Ertragslage signifikant
- Weiterhin erfolgreiches Zertifikate-Geschäft
- Rolle als Dienstleister der Sparkassen gestärkt

Aktivitäten des Geschäftsfelds

Das Kapitalmarktgeschäft (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Der Bereich Client Business Production entwickelt Investmentkonzepte in verschiedenen Assetklassen, die vom Bereich Client Business Distribution an diverse Zielgruppen vom Privatanleger bis zum institutionellen Kunden vertrieben werden. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen.

Treasury und Trading steuert die Liquidität des Konzerns und sichert die langfristige Refinanzierung. Zusätzlich ist Treasury und Trading verantwortlich für das Management der kurz- und langfristigen Handels- und Investmentstrategien. Die Handelsstrategien zielen auf Nutzung und Entwicklung von Kundenprodukten.

Das Internationale Geschäft betreibt in enger Kooperation mit dem Firmenkundengeschäft Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie das bilaterale und syndizierte Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in der Zielregion.

Angesichts der wachsenden Volatilitäten an den internationalen Kapital- und Finanzmärkten werden wir den Fokus des Geschäftsfelds künftig noch stärker auf das kundenbezogene Geschäft ausrichten und damit den seit Jahren sich vollziehenden Wandlungsprozess nochmals forcieren. Ziel ist eine geringere Ergebnisvolatilität mit einer strikten Orientierung auf das Kundengeschäft. Mit dieser Aufstellung folgen wir der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Zielkunden sind vor allem institutionelle Kunden wie etwa Versorgungswerke. Hinzu kommen Sparkassen und Versicherungen. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzt das Kundengeschäft.

Schuldenkrise der EU-Staaten führt zu negativer Entwicklung der Ertragslage

Das Jahr 2011 war geprägt von den Auswirkungen der krisenhaften Zuspitzungen der Kredit- und Refinanzierungssituation einiger Staaten. Insbesondere die Finanzlage der europäischen Peripheriestaaten führte in der zweiten Hälfte des Jahres zu erheblichen Spreadausweitungen (Risikoaufschlägen) von Staatsanleihen, Banken- und Finanztiteln und damit zu einem dramatischen Rückgang der Bewertungspreise dieser Titel. Deshalb haben wir in angemessenem Umfang Vorsorge auf europäische Staatsanleihen

sowie Finanz- und Firmentitel gebildet. Trotz der eingeleiteten Umsetzung der neuen Kapitalmarktstrategie konnten im zweiten Halbjahr 2011 erhebliche Ergebnisbeeinträchtigungen aus der Staatsschuldenkrise nicht vermieden werden. Das Ergebnis des Geschäftsfelds war in der Folge deutlich negativ. Zwar konnte das Kundenergebnis im Vorjahresvergleich zulegen, die marktbedingten Verluste in den Investmentstrategien allerdings nicht kompensieren.

Kundengeschäft im Mittelpunkt

Das Kapitalmarktgeschäft wird auf jene Kunden und Produkte fokussiert, bei denen ein Wettbewerbsvorteil der LBB und volle Risikotransparenz bestehen. Dazu werden alle Prozesse und Produkte konsequent vom Kunden her durchdacht und gegebenenfalls neu strukturiert. Im Jahr 2011 haben wir dazu bereits umfangreiche Maßnahmen wie die Modernisierung der Handelsinfrastruktur und die Neuausrichtung des Produktmanagements initiiert. Mit dieser vorwärtsgerichteten Wachstumsstrategie wollen wir die durch den Konsolidierungsprozess in der Branche entstandenen Marktlücken konsequent nutzen und dadurch die Ertragsstruktur verbessern.

Zertifikatevolumen nimmt weiter zu

Das ausstehende Zertifikatevolumen konnte 2011 im Vergleich zum Vorjahresniveau deutlich gesteigert werden. Damit stärkte die LBB ihre Marktposition. Wie in den Vorjahren wurde die Landesbank Berlin auch 2011 als Zertifikateanbieter getestet und konnte sich erfolgreich behaupten. Sie erreichte beim Servicetest des Beratungsunternehmens Steria Mummert Consulting die Note „sehr gut“ und kam im Gesamtranking der Emittenten auf den guten vierten Platz. Damit gehört die LBB zu den besten Emittenten in Deutschland. Das Fondsvolumen der LBB-INVEST sank im Berichtsjahr angesichts des schwierigen Marktumfelds. Der Ertrag konnte dennoch im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Im internationalen Geschäft haben wir mit der Türkei eine gezielte und risikoorientierte Ausweitung der Zielregionen vorgenommen. Dank der erfolgreichen Umsetzung des Geschäftsplans konnte das Kreditvolumen im Vorjahresvergleich ausgeweitet werden. Das ECA-gedeckte Geschäft (zum Beispiel durch Euler Hermes) erreichte knapp das Volumen des Vorjahres.

Angebot für Sparkassen wird weiter ausgebaut

Die deutschlandweite Betreuung für Sparkassen im Depot-A-Geschäft wurde im Berichtsjahr weiterhin ausgeweitet. Im Zertifikategeschäft begleiten wir den gesamten Vertriebsprozess der Sparkassen analog zu den Prozessen in der Berliner Sparkasse. Dies beinhaltet Maßnahmen zur Marketingunterstützung bis hin zu Beraterschulungen vor Ort. Damit positioniert sich die Landesbank Berlin als starker Partner der Sparkassen. Im laufenden Jahr 2012 wird das Leistungsspektrum erweitert: Neben dem Zins-Währungsmanagement für ihre Endkunden werden wir in Zusammenarbeit mit den Sparkassen ein Schuldenmanagement für Kommunen aufbauen.

Zufriedene Kunden ...

Unsere Kunden planen große Immobilien-Investitionen oder den Bau eines Eigenheims. Sie vertrauen uns ihre Vermögensverwaltung oder den Inhalt ihres ersten Sparschweins an. Sie leiten eine Hotelkette oder gründen eine Fahrradwerkstatt. Etwas aber haben alle Kunden gemeinsam: Den Anspruch auf eine Betreuung, die sie rundum zufriedenstellt.

Persönliche Gespräche, Offenheit und gegenseitiges Vertrauen helfen uns, die individuellen Bedürfnisse jedes Kunden zu kennen und genau darauf eingehen zu können. Unsere Marktposition als führendes Kreditinstitut in Berlin ist kein Selbstläufer, sie wird jeden Tag neu erarbeitet. Denn wir wollen nicht nur Marktführer, sondern mit erstklassigen Leistungen auch Qualitätsführer sein. Produkte und Services werden kontinuierlich verbessert und den veränderten Situationen und Wünschen angepasst, zum Beispiel was das Sicherheitsbedürfnis oder die Erreichbarkeit der Berater betrifft.

Unser Ansporn ist die Zufriedenheit der Kunden, unsere Verantwortung ist das Vertrauen, das sie in uns setzen. Dieses zu rechtfertigen und unter Beweis zu stellen, ist die tägliche Arbeit von mehr als 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbank Berlin. Und die haben umso mehr Freude an ihrer Arbeit, je zufriedener die Kunden sind. Auf den folgenden Seiten erklären Kunden der Landesbank Berlin und ihrer Konzernunternehmen, womit wir sie überzeugt haben.

... sind unser
Anspruch.

„Ich bin zufrieden, weil die Zusammenarbeit mit der Landesbank Berlin schnell und pragmatisch ist. Genau das, was wir für unsere Firma brauchen.“

Sascha Gechter ist geschäftsführender Gesellschafter der Meininger-Hotelgruppe, die ihren Sitz in Berlin hat. Der Kontakt zur Landesbank Berlin entstand bei einer Netzwerk-Veranstaltung in der Berliner Industrie- und Handelskammer, wo man schnell Ansätze für eine Zusammenarbeit fand. Die lösungsorientierte Arbeitsweise hat für ihn neben marktgerechten Konditionen der LBB den Ausschlag gegeben. Es passt zu ihm, dass man bei der LBB für ihn individuelle Lösungen findet, sagt er. Die Entscheidungen fallen zeitnah und durch die flachen Hierarchien kommt man auch mal mit einem Mitglied des Vorstands ins Gespräch. Das hat ihn überzeugt. Er hat eine regionale und im positiven Sinn bodenständige Bank gesucht – und gefunden.



Unser Kunde Sascha Gechter im Kant-Atrium des Ludwig-Erhard-Hauses, dem Sitz der IHK Berlin

„Wir sind zufrieden,
weil wir im Vermögens-
anlageCenter der Berliner
Sparkasse seit Jahr und
Tag persönlich und kom-
petent betreut werden.
Unsere ganze Familie geht
hier ein und aus.“

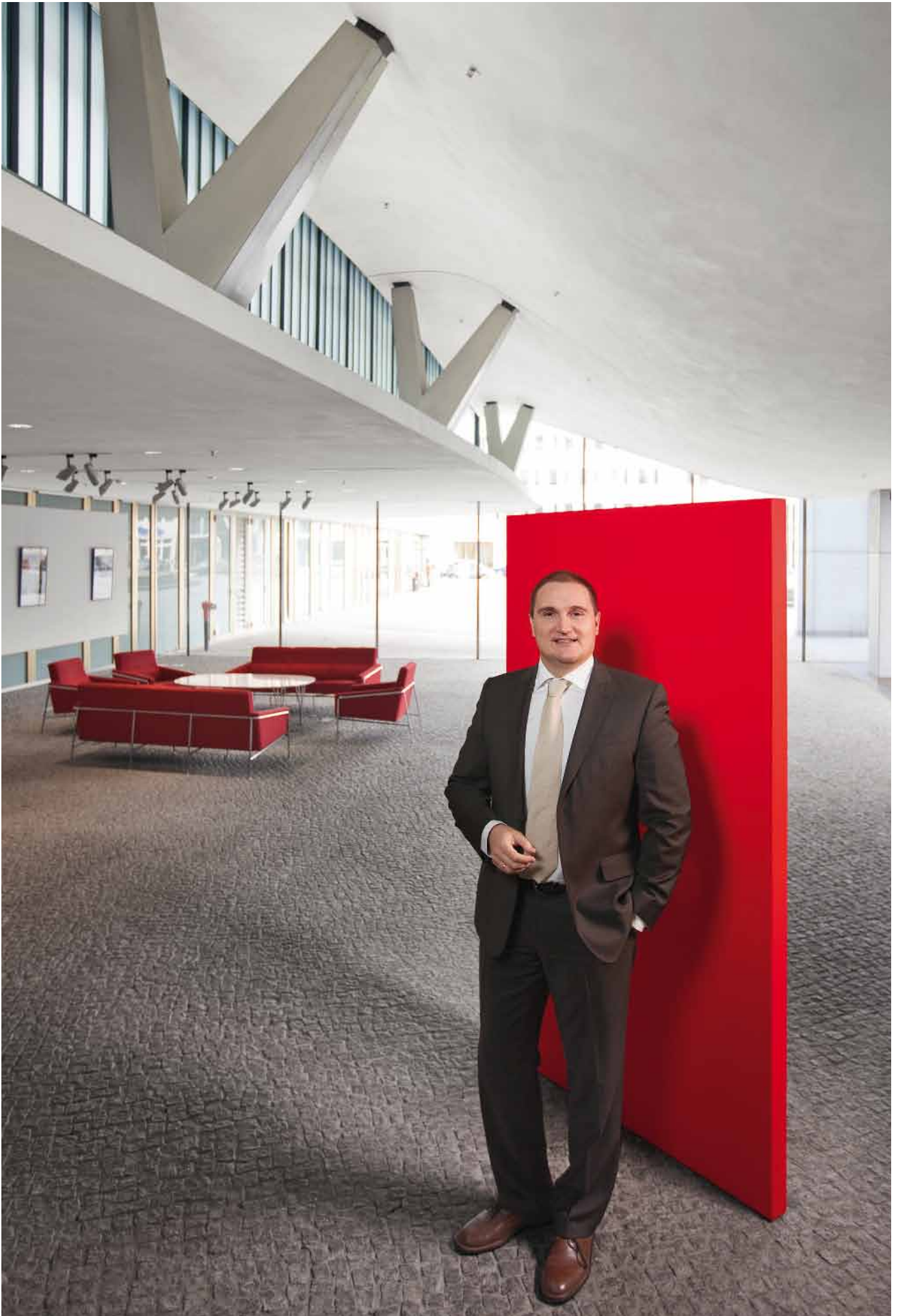
Diplom-Volkswirtin Rita Protzen, und ihre Tochter Dr. Nina Protzen, angehende Fachärztin für Innere Medizin, sind seit Jahrzehnten Kundinnen im VermögensanlageCenter Berlin Zehlendorf, wie auch weitere Familienmitglieder. Warum hat sich Rita Protzen damals für die Berliner Sparkasse entschieden? Ganz einfach, eine Filiale lag in der Nähe ihrer Wohnung, sagt sie. Ihre Geldanlage-Entscheidungen hat die Berliner Sparkasse vom Erwerb einer der ersten Volksaktien, der VW-Aktie, bis zur Beratung in der Finanzkrise und darüber hinaus begleitet. Und auch Nina Protzen hat der Berliner Sparkasse vom ersten Kinder-Sparkonto an die Treue gehalten. Wenn es die Zeit erlaubt, sind beide gern im Berliner Kulturleben unterwegs, sei es in der Oper, in Konzerten der Berliner Philharmoniker, in Kunstausstellungen oder im Theater.



Unsere Kundinnen Rita und Nina Protzen im Foyer des Deutschen Theaters in Berlin Mitte

„Ich bin zufrieden, weil ich in der Berlin Hyp einen Sparringspartner habe, der verlässlich und jederzeit ansprechbar ist.“

Andreas Segal ist im Vorstand der GSW Immobilien AG, einem traditionellen Berliner Wohnimmobilienunternehmen mit einem Portfolio von mehr als 50.000 Wohnungen. Das markante Verwaltungsgebäude der GSW mit seinen roten Jalousien ist zu einem Wahrzeichen des alten Berliner Zeitungsviertels geworden. Die GSW wurde 1924 gegründet und auch die Beziehung zu unserer Bank besteht seit Jahrzehnten, beruht aber nicht nur auf Tradition: Mit der Beteiligung an einer großen Refinanzierung hat unsere Immobilienfinanzierungstochter Berlin Hyp im April 2011 einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Voraussetzungen für den erfolgreichen Börsengang der GSW zu schaffen, während die LBB als Hausbank unter anderem die Mietkonten führt. Andreas Segal erwartet von seiner Bank absolute Verlässlichkeit und einen Ansprechpartner, dem er hundertprozentig vertrauen kann. Der berühmte Handschlag gilt in der Immobilienbranche noch immer viel.



Unser Kunde Andreas Segal im Foyer der GSW Immobilien AG in der Berliner Charlottenstraße

„Ich bin zufrieden mit der Landesbank Berlin, weil unser Umgang sehr aufrichtig und vertrauensvoll ist. Für eine langjährige Geschäftsbeziehung ist das die beste Basis.“

Kerstin Stabenow ist Geschäftsführerin der Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Landesbank Berlin legte das Versorgungswerk seinen ersten Spezialfonds auf, der von unserem Fondsanbieter LBB-Invest betreut wird. Mittlerweile sind auch andere Geschäftsverbindungen entstanden wie der Handel mit Wertpapieren oder die Investition in von der LBB entwickelte Anlagestrategien. Kerstin Stabenow legt Wert auf ein offenes Wort und eine Bank, der sie ohne Einschränkungen vertrauen kann. Dadurch ist unser Kundenverhältnis so stabil geworden. Eine Verbindung zur Stadt Berlin hat sie durch ihr Jura-Studium, das sie an der Humboldt-Universität neben ihrer Leistungssport-Laufbahn als Kanutin absolviert hat. Und sportlich ist sie geblieben: Bei unserer jährlichen Firmenstaffel läuft sie im roten Trikot der LBB mit – ein Zeichen der Verbundenheit.



Unsere Kundin Kerstin Stabenow auf einer Leseterrasse des Jacob und Wilhelm Grimm-Zentrums der Berliner Humboldt-Universität

„Ich bin zufrieden, weil der BankenService den Dienstleistungsgedanken konsequent lebt – mit fachlicher Kompetenz und perfektem Service.“

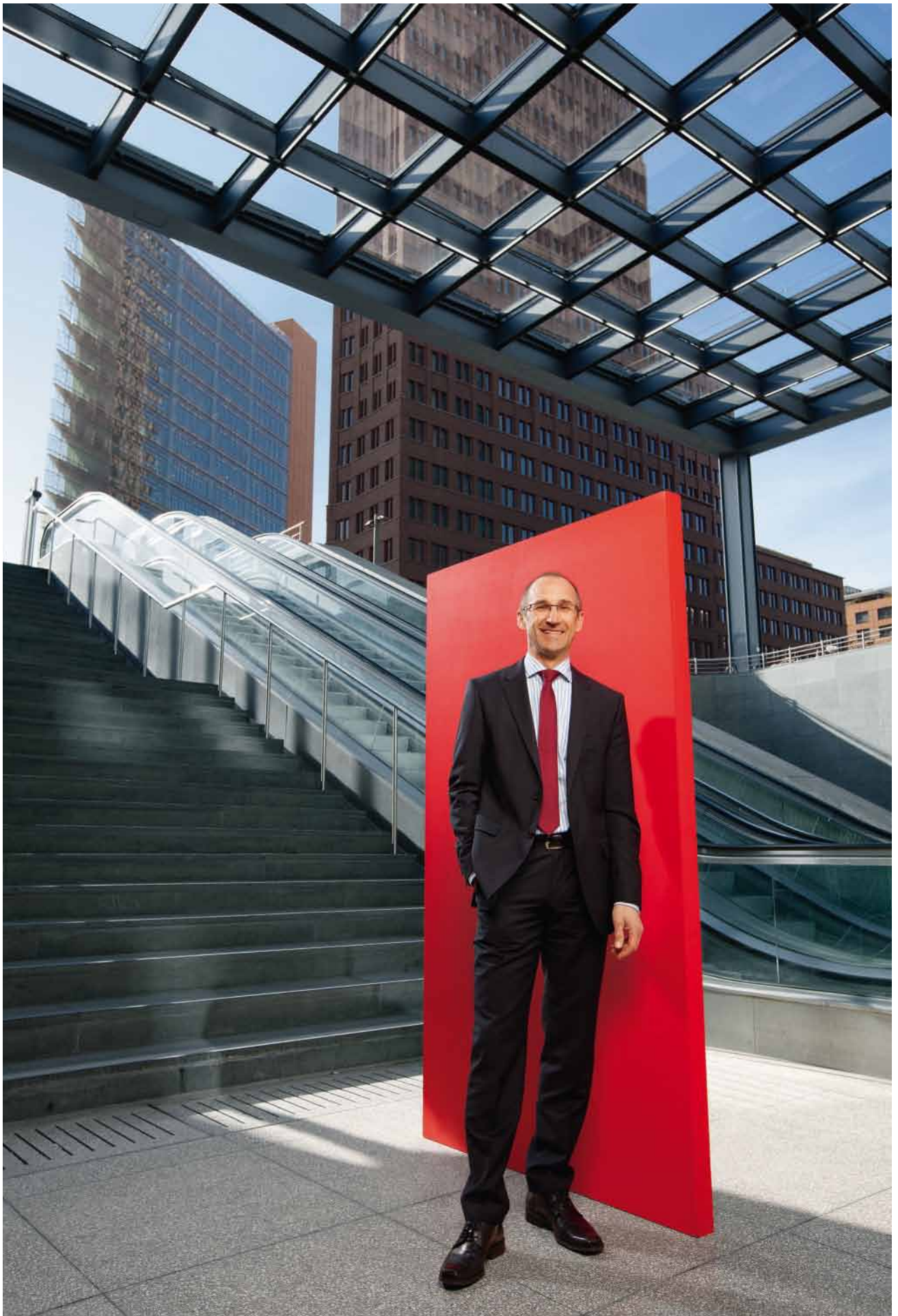
Ludwig Zitzmann ist Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Oberpfalz Nord, die Teile ihrer Marktfolge-Aktivitäten, wie zum Beispiel die Pfändungsbearbeitung, an unsere BankenService GmbH ausgelagert hat. Gerade im Backoffice-Bereich, davon ist Ludwig Zitzmann überzeugt, muss sich nicht jede Sparkasse vor Ort mit Tätigkeiten aufhalten, die ein spezialisierter Dienstleister schneller und preiswerter erledigen kann. Ausschlaggebend für seine Entscheidung waren das Fachwissen, das attraktive Preis-Leistungs-Verhältnis und das gute Betreuungsangebot des BankenService. Den überzeugenden Eindruck, den der BankenService bei einer Präsentation verschiedener Anbieter vor drei Jahren machte, bestätigt er bis heute. Im Pergamonmuseum ist Ludwig Zitzmann nicht zum ersten Mal zu Gast. Es freut ihn, dass die Altertümer hier nicht nur bewahrt, sondern auch rege besucht werden.



Unser Kunde Ludwig Zitzmann vor dem römischen Markttor von Milet im Berliner Pergamonmuseum

„Ich bin zufrieden,
weil die Vertriebstrainer
der S-Kreditpartner
ihr Wissen und ihre
Begeisterung an meine
Mitarbeiter weitergeben.“

Uwe Klauer ist als Vorstandsmitglied der hessischen Sparkasse Odenwaldkreis Kunde unserer Konsumentenfinanzierungs-Tochter S-Kreditpartner GmbH. Die Zusammenarbeit entwickelte sich schnell; von den ersten Gesprächen auf Empfehlung anderer Sparkassen bis zur Markteinführung von S-Privatkredit und S-Autokredit vergingen nur wenige Monate. Die SKP will gemeinsam mit den Sparkassen in der Konsumentenfinanzierung Marktanteile zurückgewinnen – und das will auch die Sparkasse Odenwaldkreis. Die Sparkasse profitiert vom Fachwissen der SKP und ihrer persönlichen Betreuung. Im Vertriebscoaching geben die SKP-Trainer den Mitarbeitern wertvolle Tipps für die Kundenberatung. Damit hat die SKP Uwe Klauer und seine Sparkasse überzeugt. Die Stadt Berlin besucht Uwe Klauer mehrmals im Jahr. Am Potsdamer Platz fasziniert ihn die Großstadt-Atmosphäre und die gelungene Symbiose zwischen Geschichte und moderner Architektur.



Unser Kunde Uwe Klauer und der Potsdamer Platz aus einer Perspektive, die von Touristen selten fotografiert wird

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Veränderungsprozess der gesamten Finanzdienstleistungsbranche stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Bank. Der Erfolg der LBB basiert auf ihrem Engagement und ihren Leistungen. Aus diesem Grund investiert die LBB in die systematische Entwicklung und weitere Qualifizierung der Beschäftigten ebenso wie in Maßnahmen zum Erhalt ihrer Gesundheit.

Als einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin bieten wir Schulabgängern neben der Bankausbildung auch die Möglichkeit eines Bachelor-Studiums der Fachrichtungen Bank und Informationstechnologie. Für Hochschulabsolventen haben wir zielgerichtete Trainee-Programme entwickelt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte können attraktive Weiterentwicklungsmöglichkeiten nutzen. Dazu gehören individuelle Maßnahmen zur persönlichen, fachlichen und vertrieblichen Qualifizierung.

Das Thema Chancengleichheit und Frauenförderung steht weiterhin im Fokus der Bank. Im Jahr 2011 wurde ein Mentoring-Programm für Frauen gestartet. Ziel des Programms ist es, Mitarbeiterinnen mit entsprechendem Potenzial bei der Vorbereitung auf Führungs- und Fachpositionen zu unterstützen sowie den Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer über Hierarchiegrenzen hinweg zu fördern. Die Sensibilisierung der Führungskräfte für Gender- und Diversityfragen ist ebenfalls ein wichtiges Thema.

Um in Zeiten permanenten Wandels ein möglichst genaues und aktuelles Bild der Stimmungslage in der Belegschaft zu erhalten, wird seit 2011 die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig in Form eines Stimmungsbarometers erfragt und ausgewertet.

Das Gesundheitsmanagement in der Landesbank Berlin wird weiterhin kontinuierlich ausgebaut. Seit dem 1. September 2011 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, eine externe Mitarbeiterberatung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice, der unter anderem Kinderbetreuungsangebote vermittelt, in Anspruch zu nehmen.

Ein weiterer Baustein des betrieblichen Gesundheitsmanagements ist die Mitarbeiterbefragung „Arbeit und Gesundheit“, die im Jahr 2011 zum zweiten Mal in der Landesbank Berlin durchgeführt wurde.

Mit diesen Maßnahmen unterstützen und begleiten wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Herausforderungen und Veränderungen, denen sich unsere Branche stellen muss. Auch 2011 ist es uns trotz eines insgesamt enttäuschenden Ergebnisses gelungen, unsere Marktposition im Kundengeschäft zu stärken. Für ihr Engagement in diesem erneut schwierigen Umfeld dankt der Vorstand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich.

Gesellschaftliches Engagement des Konzerns

Die LBB unterstützt Projekte in den Bereichen Bildung und Erziehung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und nimmt damit ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr. Die Förderung gilt außerdem sozialen und karitativen Einrichtungen und Initiativen.

Unsere Stiftungen

Um ihr Engagement in den Bereichen Bildung und Erziehung, Kultur sowie Wissenschaft und Forschung zusammenzubringen, hat die LBB Ende 1997 die gemeinnützige Stiftung *Brandenburger Tor* ins Leben gerufen. Zentrum der Aktivitäten ist das Max Liebermann Haus am Pariser Platz. Konferenzen, Ausstellungen, Workshops, Schulprojekte sowie die „Torgespräche“ bilden Diskussionsplattformen für Themen aus Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft. Seit mehr als zehn Jahren ist die Stiftung als Ort des Dialogs und Begegnungsstätte für Künstler, Wissenschaftler und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung für die Hauptstadt.

In der „Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin“ hat die Berliner Sparkasse ihr gesellschaftliches und soziales Engagement neu verankert. Die Stiftung hat im Jahr 2011 ihre Arbeit aufgenommen und unterstützt Menschen und Einrichtungen, die sich in besonderer Weise für das Zusammenleben in der Stadt Berlin einsetzen. Die Bildung und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern, ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die Stiftung steht ausdrücklich auch Zustiftungen Dritter offen. Damit greift sie den Wunsch vieler Kunden auf, die keine Erben haben und ihr Vermögen für das Gemeinwohl einsetzen möchten.

Die Berliner Sparkassenstiftung Medizin wurde 1989 von der Berliner Sparkasse gegründet. Sie fördert die medizinische Forschung und stärkt so die Stellung Berlins als Wissenschafts- und Forschungsstandort. Mit der Förderung aus Spenden und den Erträgen des Stiftungsvermögens sowie der Unterstützung durch die ehrenamtlichen Gremien konnte sich die Stiftung als begehrter Partner der Forschung etablieren.

Kulturelles Engagement

Seit dem Jahr 2011 unterstützt die Sparkassen-Finanzgruppe die Staatlichen Museen zu Berlin bei der Förderung von Kunst und Kultur. Mit der zunächst auf drei Jahre angelegten Kooperation wurde die Sparkassen-Finanzgruppe, vertreten durch die Berliner Sparkasse, die DekaBank und den Sparkassen-Kulturfonds des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), zum Hauptförderer der Staatlichen Museen zu Berlin.

Die Staatlichen Museen zu Berlin bilden mit ihren 15 Sammlungen, drei Forschungseinrichtungen und der Gipsformerei ein einmaliges Universalmuseum von den Anfängen der Kunst und Kulturen der Welt bis zur Gegenwart. Der Erhalt des bedeutenden musealen Erbes, ausgewählte herausragende Ausstellungen sowie Vorhaben in der Jugendbildung stehen im Mittelpunkt der umfassenden Kooperation.

Partner der Schulen

Eines unserer großen Themen ist seit Jahren die Unterstützung der Bildungsinitiative CidS! (Computer in die Schulen). Gesellschafter der CidS! GmbH sind die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und die LBB. Wesentliche Ziele von CidS! sind die Einwerbung von Sachspenden und die Förderung der Internetnutzung durch die Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen. Hierzu unterhält CidS! das Berliner Schulnetz CidSNet.

CidSNet stellt interessierten Schulen eine kostenfreie Internetpräsenz mit vielen Erweiterungen und E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte und Schüler zur Verfügung. Über CidS! erhalten diese Schulen auch technische Unterstützung für ihre Internetpräsenz und ihre E-Mail-Accounts.

Partner der Wirtschaft

Als Partner der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin unterstützt die LBB seit 2008 den Bachelor-Studiengang Unternehmensnachfolge und Unternehmensgründung. Gegenstand der Kooperation sind gemeinsame Veranstaltungen für nachfolgesuchende Unternehmen sowie Existenzgründer. In Gastvorträgen vermitteln Dozenten der LBB und Existenzgründer den inzwischen rund 100 Studierenden praktisches Wissen. Die Bank kann zudem als Mitglied im Studiengangsrat Impulse zur Weiterentwicklung des Studiengangs geben.

Die Landesbank Berlin engagierte sich als Premium-Partner bereits zum sechsten Mal für den etablierten Innovationspreis Berlin-Brandenburg. So trägt sie dazu bei, innovative Unternehmen zu wirtschaftlichem Erfolg zu führen und den Technologiestandort Berlin-Brandenburg weiter zu stärken. Eine unabhängige Jury zeichnete 2011 drei Unternehmen für ihre innovativen Entwicklungen aus und vergab darüber hinaus einen Sonderpreis „SozialInnovation 2011“.

Ebenfalls als Premium-Partner engagiert sich die Berliner Sparkasse beim jährlichen Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg. Zusätzlich zur Teilnahme am Wettbewerb können Unternehmensgründerinnen und -gründer an Seminaren teilnehmen, sich von Experten trainieren lassen oder Netzwerke mit anderen Gründern, möglichen Partnern, Investoren und Kunden aufbauen. Der Businessplan-Wettbewerb unterstützt mit zahlreichen Institutionen, Verbänden und Unternehmen Gründer bei der Planung ihres Unternehmens und der Entwicklung ihres Geschäftskonzepts.

Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

In der ersten Hälfte des Jahres 2011 zeigte der Aktienkurs der Landesbank Berlin Holding AG keine großen Ausschläge, bevor er sich mit Verschärfung der Krise in den Euro-Staaten parallel zur Verschlechterung des Umfelds nach unten bewegte. Dagegen ging die Kursentwicklung mit Ankündigung des Abfindungsangebots für die Minderheitsaktionäre der LBBH durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) deutlich nach oben.

Zum Ende des Jahres 2011 lag der Aktienkurs der Landesbank Berlin Holding AG an der Frankfurter Börse bei 3,95 € und damit um 10 % unter dem Niveau zum Jahresbeginn von 4,40 €. Der DAX gab im gleichen Zeitraum um 15 % nach, während der Branchenindex CDAX Banken um 34 % sank.

Die S-Erwerbsgesellschaft teilte der LBBH am 8. November 2011 mit, die Aktien der Minderheitsaktionäre der Landesbank Berlin Holding AG im Wege eines aktienrechtlichen Squeeze-out-Verfahrens nach §§ 327a ff. AktG übernehmen zu wollen. Die S-Erwerbsgesellschaft hielt zum Jahresende 2011 direkt und indirekt insgesamt 98,67 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Im Ergebnis des Squeeze-out-Verfahrens erhalten die Minderheitsaktionäre eine angemessene Barabfindung nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Höhe der Barabfindung wurde von zwei neutralen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gutachterlich ermittelt und im gerichtlichen Auftrag geprüft. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die berechtigten Interessen der Kleinaktionäre an einer angemessenen Abfindung berücksichtigt werden.



Ratingübersicht

	Moody's		Fitch		dbrs
Ungarantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	A1		A +		A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1		F1 +		R-1 (mittel)
Ausblick	stabil		stabil		stabil
Individualratings					
Bank-Finanzkraft rating	D +		–		–
Viability Rating	–		bbb–		–
Intrinsisches Rating	–		–		BBB (hoch)
Garantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	Aa1		AAA		–
Kurzfrist-Rating	P-1		F1 +		–
Ausblick	stabil		stabil		–
Pfandbriefe					
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa		AAA		–
Hypothekendarlehen	Aaa		–		–

Die garantierten Verbindlichkeiten unterliegen noch der Gewährträgerhaftung.

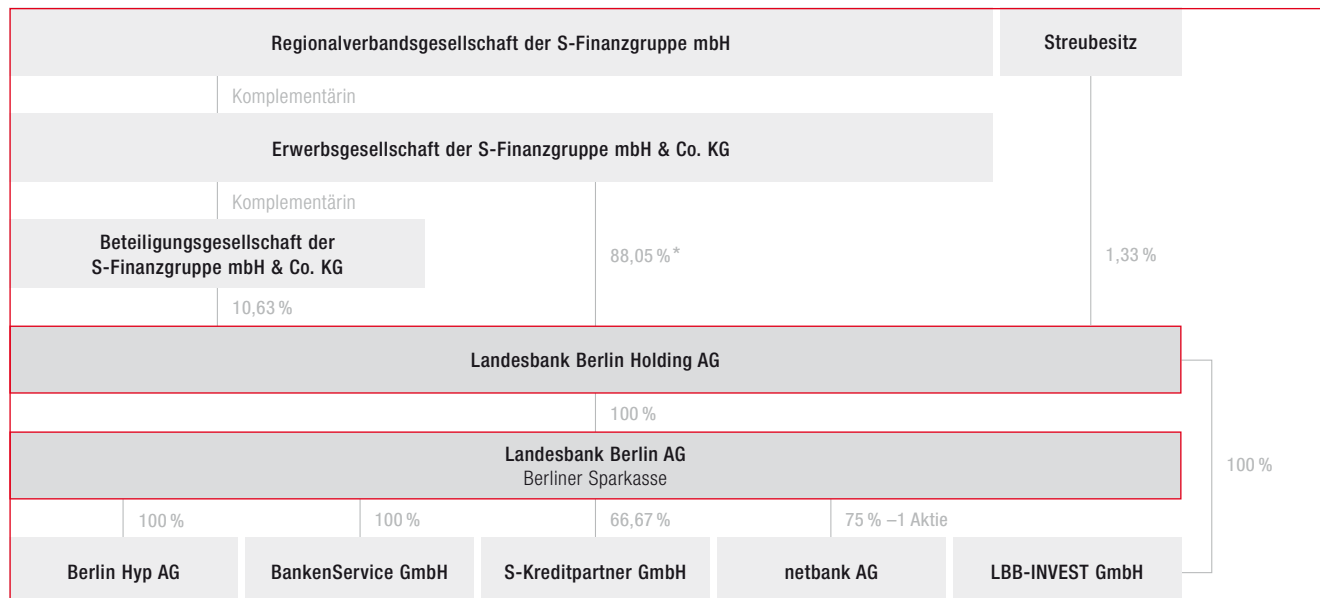
Konzernlagebericht

Der Konzern im Überblick	36	Risikobericht	69
Organisatorische und rechtliche Struktur	36	Rahmenbedingungen	69
Vorstand und Ressortverteilung	38	Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling	70
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	39	Verantwortlichkeiten	70
Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat	39	Kapitalmanagement	71
Übernahmerelevante Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	47	Gesamtrisikosteuerung	73
Allgemeiner Verlauf im Überblick	50	Adressenausfallrisiken	77
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	50	Auslandsvolumen	88
Geschäftstätigkeit des Konzerns	51	Liquiditätsrisiken	92
Weitere Aktivitäten	52	Marktpreisrisiken	96
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2011	53	Verbriefungstransaktionen	102
Ertragslage	54	Immobilienrisiken	103
Vermögenslage	63	Operationelle Risiken	103
Finanzlage	66	Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	109
Auswirkungen der Konsolidierung	66	Sonstige Risiken	111
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2011	67	Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	112
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	68	Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	112
		Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder	113
		Mittelfristplanung	116
		Zusammenfassung / Gesamtaussage	116

Der Konzern im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) stellte sich zum 31. Dezember 2011 wie folgt dar:



- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,05 %*. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft 98,67 %. In ihrer Funktion

als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg; sie ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes). Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.

* Die Anteilsquote beträgt 88,0459 % und wurde aus Gründen der vereinfachten Darstellung aufgerundet.

- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin (BankenService), die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) und die S-Kreditpartner GmbH (SKP).

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG hat der Landesbank Berlin Holding AG am 8. November 2011 mitgeteilt, die Aktien der Minderheitsaktionäre der Landesbank Berlin Holding AG im Wege eines aktienrechtlichen Squeeze-out-Verfahrens nach §§ 327a ff. AktG übernehmen zu wollen. Im Ergebnis des Squeeze-out-Verfahrens erhalten die Minderheitsaktionäre eine angemessene Barabfindung nach den gesetzlichen Vorschriften.

Gemeinsam mit der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG (Deutsche S-Leasing) ist das Joint Venture S-Kreditpartner GmbH gegründet worden. Am 1. Juni 2011 nahm die SKP planmäßig ihre Arbeit auf. Die Gründung ist ein Kooperationsangebot im Sparkassenverbund mit dem Ziel der Forcierung der Auto- und der Konsumentenfinanzierung. Im Oktober 2011 wurden ausgewählte Kreditportfolien der readybank ag in die SKP übernommen. Kerngeschäft der SKP sind Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Autofinanzierungen und Händlerereinkaufsfinanzierungen. Zusätzlich hat der BankenService von der readybank ag sämtliche Geschäftsanteile an

deren Servicetochter readypartner gmbh erworben. Die readypartner gmbh wurde zwischenzeitlich in SDZ Rhein-Ruhr GmbH umfirmiert.

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement sowie die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Backoffice-Dienstleistungen des BankenService und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.931 am 31. Dezember 2011 leicht unter dem Vorjahreswert von 5.985. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 61,9 % der Gesamtbelegschaft. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 3,1 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 1,6 % sehr gering.

Die Landesbank Berlin ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Vorbereitung einer ersten Führungsaufgabe und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten wurden fortgeführt. Ein neues Mentoringprogramm für Frauen wurde im Berichtsjahr gestartet. Ziel dieser Qualifizierungsmaßnahme ist es, Mitarbeiterinnen auf Führungs- und Fachpositionen vorzubereiten und den Wissenstransfer über Hierarchiegrenzen hinweg zu fördern.

Weiterhin wurden zwei Mitarbeiterbefragungen zum Thema Arbeit und Gesundheit und in Form eines Stimmungsbarometers durchgeführt. Als weiterer Baustein zur Gesundheitsförderung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf können Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter seit September 2011 externe Beratungsangebote zu beruflichen beziehungsweise privaten Problemstellungen in Anspruch nehmen.

Vorstand und Ressortverteilung

Herr Dr. Thomas Veit hatte seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Holding hatte mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 Herrn Martin K. Müller in den Vorstand der Holding bestellt und der Aufsichtsrat der LBB hatte Herrn Jan Bettink mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2011 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Martin K. Müller an. Sie waren zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Dem Vorstand der LBB gehörten zum 31. Dezember 2011 darüber hinaus die Herren Jan Bettink, Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann an.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2011 wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers **(Vorsitzender)**

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Unternehmensentwicklung und Recht
Revision
Personal
Finanzen
Compliance

Jan Bettink

Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG
Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG
Firmenkunden
Organisationssteuerung
Infrastruktur
Einkaufsmanagement

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Risiko und Controlling
Kredit
Risikobetreuung
BankenService GmbH

Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG
Private Kunden

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG haben eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 abgegeben.

Weiterhin hat die Gesellschaft Informationen zu Unternehmensführungspraktiken abgegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und als praktische Umsetzungen des DCGK anzusehen sind.

Zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen hat die Gesellschaft eine Beschreibung vorgenommen.

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Erklärungen zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Internetseite www.lbb-holding.de zu veröffentlichen.

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben, mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von

der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung des Vorstands im Berichtszeitraum entsprach den Anforderungen des § 87 Aktiengesetz (AktG), dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) sowie den aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV).

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor.

Unabhängig von der organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsienstverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge der Vorstände der Holding mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind. Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Als Ausgleich und zur Erstattung aller der LBB in diesem Zusammenhang entstehenden Aufwendungen zahlt die Holding der LBB für jedes Mitglied des Vorstands der Holding, das gleichzeitig Mitglied des Vorstands der LBB ist, einen monatlichen Pauschalbetrag von 5 T€. Für den Vorstandsvorsitzenden erhöht sich dieser Betrag um 20 % auf 6 T€. Entsprechend wurden im Jahr 2011 von der Holding 132 T€ (Vorjahr: 132 T€) der LBB erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ein Selbstbehalt von 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vereinbart worden. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Feste Vergütung

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltstfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung. Diese wird den Herren Bettink, Dr. Evers, Kulartz und Müller nach

Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausgezahlt. Herr Tessmann erhält das nicht ruhegehaltstfähige Festgehalt in zwölf gleichen Monatsraten. Herr Demolière erhält einen Teil seines nicht ruhegehaltstfähigen Festgehalts in zwölf gleichen Monatsraten sowie einen weiteren Teil nach Feststellung der Jahresabschlüsse. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jeweiligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die im Folgenden genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht. Die letztmalige turnusmäßige Überprüfung erfolgte im ersten Quartal 2011.

Variable Vergütung

Die Mitglieder des Vorstands können für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung erhalten. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Vorbereitung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst.

Kriterien für die Bemessung der festen und der variablen Vergütungsbestandteile sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des von ihm verantworteten Ressorts sowie des gesamten Unternehmens. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei insbesondere davon abhängig, dass sich die erzielten Erfolge als nachhaltig erweisen. Bei der Festsetzung der Gesamtvergütung wird deren Angemessenheit anhand eines Vergleichs, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht, überprüft. Die feste und die variable Vergütung

der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sondereinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergütung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die Auszahlung der variablen Vergütung wird entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu einem wesentlichen Teil über einen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum

gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilbeträge, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

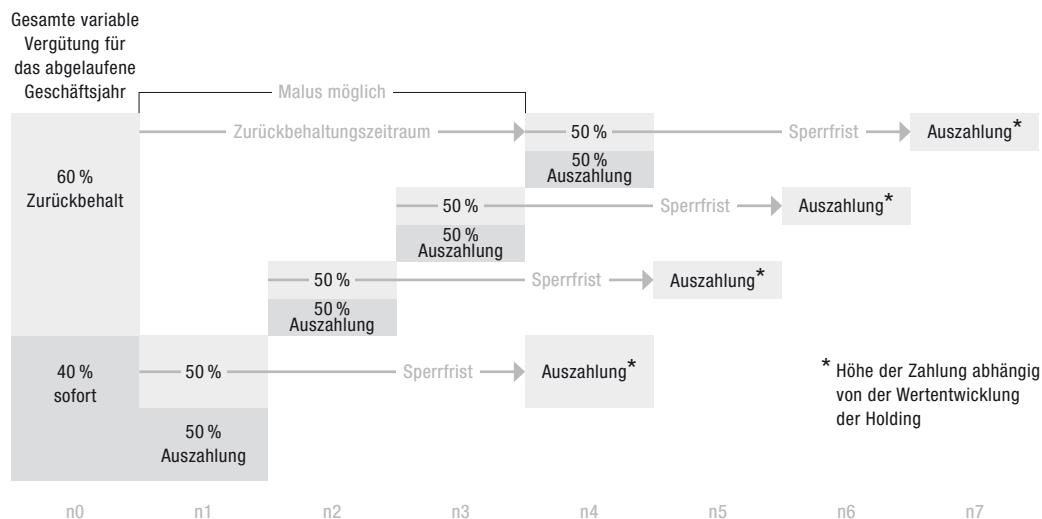
Maßgebliche Bemessungsgröße ist – unter Ausblendung von Sondereinflüssen – das im geprüften und testierten Einzelabschluss der Holding nach HGB ausgewiesene Ergebnis vor Steuern (HGB-Ergebnis der Holding) in dem der Festsetzung des jeweiligen Teilbetrags vorausgehenden Geschäftsjahr. Wird ein HGB-Ergebnis der Holding erreicht, das zu mindestens 100 % dem HGB-Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), kann im Regelfall von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns ausgegangen werden, welche die Festsetzung eines Teilbetrags in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, entscheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe der jeweilige Teilbetrag ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe eines jeden Teilbetrags prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken einbezogen.

Entsprechend den Anforderungen der InstitutsVergV wurde die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch einmal weitreichender auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, nur 40 % werden sofort gewährt. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die zeitanteilige Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der für das Geschäftsjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen, es kann aber auch zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall des Teilbetrags kommen.

Von dem Teil der variablen Vergütung, der sofort gewährt wird, und den in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils nur die Hälfte sofort ausgezahlt. Die andere Hälfte des jeweiligen Teilbetrags wird einer zweiten Nachhaltigkeitsbemessung unterzogen und dafür zunächst einem sogenannten nachhaltigen Instrument zugeordnet. Nach Zuordnung zum nachhaltigen Instrument unterliegt der Teilbetrag einer Auszahlungssperrfrist von weiteren drei Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist wird die tatsächliche Auszahlungshöhe von der nachhaltigen Wertentwicklung der Holding abhängig gemacht und dazu anhand der Entwicklung dreier Kennziffern bemessen. Abgestellt wird auf Kennziffern auf Basis des HGB-Ergebnisses der Holding vor Steuern (HGB-Ergebnis), des IFRS-Gesamtergebnisses der Periode der Holding ohne Steuern (IFRS-Gesamtergebnis) und auf die Eigenkapital-Rentabilität auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals im Verhältnis zum operativen IFRS-Konzernergebnis des Geschäftsjahres. Bei der Bemessung werden alle drei Kennziffern gleich gewichtet. Vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags kommt der letzte Teilbetrag der variablen Vergütung somit im siebten Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sie sich bezieht, zur Auszahlung.

Variable Vergütung des Vorstands



Ergeben sich während des Zurückbehaltungszeitraums gesellschaftsrechtliche Änderungen im Konzern, die einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtertrags- und Risikostruktur haben, kann der Aufsichtsrat den oben genannten Faktor entsprechend korrigieren.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,4 % die wirtschaftliche Entwicklung der Holding nicht wider. Zudem strebt die Hauptaktionärin die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf sich gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung gemäß den aktienrechtlichen Vorschriften an. Die Ausgabe von neuen Aktien der Konzerntochter LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionärin nicht im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom Stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2011 nicht.

Sonstige Vergütungen

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die auf die private Nutzung entfallende Lohn- beziehungsweise Einkommensteuer wird gegenüber den Vorstandsmitgliedern mit Ausnahme von Herrn Demolière und Herrn Tessmann von der LBB übernommen.

Gesamtvergütung

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2011 eine Vergütung von insgesamt 5.053 T€ bezogen (Vorjahr: 5.326 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte nicht ruhegehaltsfähige Vergütung in Höhe von 2.129 T€ (Vorjahr: 2.004 T€). Davon kamen 414 T€ im Geschäftsjahr 2011 zur Auszahlung; 1.715 T€ kommen im Geschäftsjahr 2012 zur Auszahlung.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde der erste Teilbetrag der zurückbehaltenen variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 161 T€ festgesetzt und bedeutet somit eine Kürzung der maximalen Vergütung um 18 T€.

Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 wurde für die Mitglieder des im Geschäftsjahr 2010 amtierenden Vorstands entsprechend den oben dargestellten Kriterien eine maximale variable Vergütung von insgesamt 1.440 T€ festgesetzt (Vorjahr: 1.610 T€). Davon wurden 20 % der variablen Vergütung nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2010 ausgezahlt. Entsprechend den beschriebenen Regeln sind 20 % der variablen Vergütung mit einer Sperrfrist von drei Jahren versehen. Die verbleibenden 60 % werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten und können zeitanteilig gewährt werden. Jeweils 50 % werden bar ausgezahlt, die jeweils verbleibenden 50 % werden mit einer Sperrfrist von drei Jahren versehen. Nähere Informationen zu den einzelnen Teilbeträgen können dem Anhang entnommen werden.

Ob und in welcher Höhe die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 eine variable Vergütung erhalten werden, kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden in dem auf die Entscheidung folgenden Zwischenbericht 2012 dargestellt.

Für die Tätigkeit in Tochtergesellschaften der Holding und der LBB haben die Mitglieder des Vorstands keine zusätzlichen Leistungen, insbesondere weder Sitzungsentgelt noch Aufwandsentschädigungen, erhalten.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière und Herrn Bettink bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Scheiden Herr Bettink, Herr Demolière, Herr Dr. Evers oder Herr Kulartz wegen Berufsunfähigkeit aus dem Vorstand aus, haben sie während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihr ruhegehaltstfähiges Festgehalt, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann infolge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst.

Scheiden Herr Bettink, Herr Demolière, Herr Dr. Evers oder Herr Kulartz nach Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB aus dem Vorstand aus, können sie während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihr ruhegehaltstfähiges Festgehalt und ab dem siebten Monat Anspruch auf Ruhegehalt haben.

Herr Bettink und die LBB können jeweils einseitig das Vertragsverhältnis durch schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, jedoch frühestens zum 31. Dezember 2013. Im Falle einer solchen Kündigung hat Herr Bettink Anspruch auf Ruhegehalt.

Herr Bettink ist berechtigt, seinen Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen, wenn der Mehrheitsgesellschafter und/oder der Aufsichtsrat der LBB zukünftig eine wesentliche Änderung der Strategie oder Geschäftspolitik der LBB mit wesentlicher Auswirkung auf das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung vorgeben, Herr Bettink hiermit nicht einverstanden ist und sich dieser Meinungsunterschied nicht binnen eines Monats beilegen lässt. Kündigt Herr Bettink auf einen Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2013, wird die Vergütung bis zum 31. Dezember 2013 weiter gezahlt. Kündigt er auf einen Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2014, wird die Vergütung bis zum 31. Dezember 2014 weiter gezahlt. Kündigt er auf einen Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2015, wird die Vergütung bis zum 31. Dezember 2015 weiter gezahlt. Mit Ablauf dieser Fortzahlung wird Ruhegehalt gewährt. Sofern Herr Bettink nach seinem Ausscheiden während des Fortzahlungszeitraums eine Tätigkeit aufnimmt, die gegen § 88 AktG (Wettbewerbsverbot) verstoßen würde, muss er sich anderweitigen Erwerb aus der Wettbewerbstätigkeit anrechnen lassen.

Herr Kulartz kann nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Dienstverträge von Herrn Demolière und Herrn Dr. Evers können nach Vollendung des 60. Lebensjahres, der Vertrag von Herrn Tessmann nach Vollendung des 62. Lebensjahres durch beide Parteien jeweils zum Ende des Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Herr Demolière, Herr Dr. Evers und Herr Kulartz haben während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Herr Tessmann erhält ab dem auf das Ausscheiden folgenden Kalendermonat Ruhegeld.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres sowie unter bestimmten Voraussetzungen nach Ablauf der Bestellung, Herr Tessmann nach Ablauf einer Wiederbestellung, soweit die Bestellung jeweils nicht erneut verlängert wird.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller und Herrn Tessmann setzt die Zahlung des Ruhegehalts bereits ab dem ersten Kalendermonat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltstfähigen Festgehalt, der sich um 2 %, für Herrn Tessmann um 1,34 %, für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltstfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	Erworbener Versorgungsanspruch per 31.12.2011 in %	Höchstsatz in %
Herr Bettink	57,5	75
Herr Demolière	55	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	62	75
Herr Müller	48	70
Herr Tessmann	31,34	50

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Endet das Dienstverhältnis von Herrn Tessmann durch Kündigung aus wichtigem Grund, den Herr Tessmann zu vertreten hat, verringert sich das Altersruhegeld um 50 %.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden bezüglich der zum 31. Dezember 2010 amtierenden Vorstandsmitglieder keine Änderungen der dargestellten Zusagen vereinbart.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand betrug 12.069 T€ (Vorjahr: 11.094 T€).

Im Jahr 2011 wurden für Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, 2.087 T€ den Rückstellungen zugeführt (im Vorjahr wurden Rückstellungen in Höhe von 546 T€ aufgelöst und 236 T€ den Rückstellungen zugeführt).

Die individualisierten Angaben zum Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, sowie die im Geschäftsjahr aufgewandten oder zurückgestellten Beträge werden im Konzernanhang dargestellt.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2011 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 19 T€ (Vorjahr: 297 T€).

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.783 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.619 T€).

Der Barwert Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für diese Personengruppe betrug zum Bilanzstichtag 90.330 T€ (Vorjahr: 84.036 T€).

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB im Jahr 2006 auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden seinerzeit ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15,0 T€ beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10,5 T€.
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10,0 T€, der Vorsitzende erhält 15,0 T€, der Stellvertreter 12,5 T€. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6,0 T€, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8,0 T€, die Stellvertreter jeweils 7,0 T€.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D&O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D&O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- **Aufsichtsrat Holding:**
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge in Höhe von 390 T€ zu zahlen (Vorjahr: 389 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.
- **Aufsichtsrat LBB:**
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 262 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.
- **Aufsichtsrat Holding (Konzern):**
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding und in Aufsichtsräten anderer Konzernunternehmen einschließlich der Ausschüsse sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für das Geschäftsjahr 2011 Gesamtbezüge in Höhe von 620 T€ zu zahlen (Vorjahr: 620 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2011 insgesamt im Volumen von 89 T€ (Vorjahr: 85 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Herr Wolfgang Pansegrau hat sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt. Herr Gerhard Henschel ist als gewähltes Ersatzmitglied ab dem 1. Januar 2012 Mitglied dieses Aufsichtsrats.

Übernahmerelevante Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennwertlose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 Aktiengesetz (AktG).

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Käuferin) hat sich beim Erwerb der Aktien vom Land Berlin (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der

Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland unmittelbar 88,05 %* der Stimmrechte. Sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland vertreten; dieser sind die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland hält unmittelbar 10,63 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, vertreten, so dass die Stimmrechte mittelbar dieser Gesellschaft und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, zuzurechnen sind.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Vorstand besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholdinggesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, so dass gemäß § 2d KWG die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben müssen. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben. Für die

* Die Anteilsquote beträgt 88,0459 % und wurde aus Gründen der vereinfachten Darstellung aufgerundet.

Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG

Die Landesbank Berlin Holding AG wurde auf der Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Die Landesbank Berlin Holding AG wurde auf der Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Kaufpreis je Aktie darf den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Insgesamt dürfen aufgrund dieser Ermächtigung Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden; zusammen

mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten zwei Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bei einem wechselhaften Verlauf über die einzelnen Quartale ließ die Dynamik der Weltwirtschaft in 2011 insgesamt nach. Von dieser Abschwächung sind in der Zwischenzeit auch die Schwellenländer betroffen. Seit dem Sommer 2011 hat die Furcht vor drohenden staatlichen Insolvenzen nochmals stark zugenommen. In den Peripheriestaaten Europas wurde die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich von hoher Arbeitslosigkeit und notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen gebremst. Mit Italien und Spanien bewegten sich auch größere Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Währungsraums an der Schwelle zur Rezession.

Im Jahresdurchschnitt ergab sich für Deutschland noch eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 3 %. Zu großen Teilen ging dies jedoch auf das hohe Wachstum im ersten Quartal des Jahres zurück. Schwächere Auftragsdaten und eine Stimmungseintrübung in den Unternehmen lieferten Hinweise darauf, dass die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise zum Herbst auch in Deutschland erste Auswirkungen auf die Realwirtschaft hervorgerufen hat. Die Entwicklungen in den Peripheriestaaten Europas hatten auch negative Rückwirkungen auf die Exportchancen deutscher Unternehmen. Allerdings blieb die Binnennachfrage vergleichsweise robust, auch wenn der Konsumzuwachs hinter den zum Jahresanfang geäußerten Erwartungen zurückblieb.

In Berlin-Brandenburg setzte sich die Konjunkturerholung im Jahr 2011 zunächst fort. Dem allgemeinen Trend zur Abkühlung hat sich unsere Kernregion in der zweiten Jahreshälfte aber nicht gänzlich entziehen können. Aufgrund der stärkeren Fokussierung auf das Dienstleistungsgewerbe ist das wirtschaftliche Geschehen aber weniger schwankungsanfällig als im Bundesdurchschnitt. Strukturell von Nachteil waren hingegen erneut hohe Arbeitslosenzahlen und unterdurchschnittliche Einkommen.

Die Europäische Zentralbank hatte der Krise im Euro-Raum Rechnung zu tragen und nahm ihre Ansätze zur Normalisierung der geldpolitischen Konditionen trotz beschleunigten Preisdrucks zur Jahresmitte zurück. Mit der unlimitierten Zuteilung in ihren Tenderoperationen, direkten Eingriffen in den Markt für Staatsanleihen und einer Leitzinswende im November waren die Liquiditätsbedingungen zum Jahresende wieder ausgesprochen großzügig.

Diese Kurskorrekturen flankierten die Bemühungen der Staatengemeinschaft um eine Stabilisierung der Finanzierungsbedingungen für die in Bedrängnis geratenen Mitglieder der Euro-Zone. Die gebotene Verknüpfung von Finanzhilfen mit Konsolidierungsschritten der begünstigten Staaten führte jedoch bisher zu wenig tragfähigen Zwischenlösungen. Im Verlauf des Jahres verschoben sich die Prämissen für die Rettungsbemühungen. Eine stärkere Einbeziehung privater Gläubiger war im Falle Griechenlands gefordert worden. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten im Dezember 2011 entwickelte einen Rahmen, um über eine künftig strenge Etatdisziplin in den Euro-Staaten und wirksamere Rettungsmaßnahmen für hochverschuldete Euro-Staaten das Vertrauen der Märkte in die Stabilität der gemeinsamen Währung zurückzugewinnen.

Neben den zu verkraftenden Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise nehmen die strukturellen und regulatorischen Veränderungen im Bankgeschäft immer mehr Gestalt an. Mit dem Ziel, die Stabilität des Bankensektors – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Staatsschuldenkrise – zu prüfen, unterzog die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) im Herbst 2011 erneut 71 europäische Banken einem Stresstest, der von der LBB – wie bereits im Juli des Jahres – bestanden wurde. Die in diesem Berichtsjahr erstmalig abzuführende Bankenabgabe, aber auch die Diskussion zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer stellen

die gesamte Finanzbranche vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus unterliegt der deutsche Bankenmarkt einem erhöhten Konsolidierungsdruck, der für alle Institute, insbesondere für Institute mit Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission, Auswirkungen hat.

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die Investitionspolitik wird einer kritischen Prüfung unterzogen.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Der Konzern nimmt dabei immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Erläuterungen zur Steuerung des Konzerns sind unter „Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2011“ und „Geschäftliche Ausrichtung“ im Chancen- und Prognosebericht dargestellt.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie dem Zinsmanagement und den Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse und der LBB werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut.

Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund 2,2 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar. Im überregionalen Konsumentenkreditgeschäft wurde zusammen mit der Deutsche S-Leasing eine Konsumentenkreditplattform für die bundesdeutschen Sparkassen aufgebaut, die Mitte 2011 in der Gründung einer eigenständigen Konsumentenkreditbank – der „S-Kreditpartner GmbH“ – mündete.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut im Kernmarkt Berlin-Brandenburg knapp 68.000 kleine und mittelständische Unternehmen mit einem umfassenden Leistungsangebot. In einigen Geschäftsarten ist die Bank auch überregional tätig. Ergänzend werden ausgewählte Dienstleistungen für Unternehmen als Kooperationspartner im Sparkassenverbund angeboten. Ein zentrales strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition in der Region. Dabei hat ein hoher Qualitätsanspruch bei der Vertiefung der Kundenbeziehungen sowie bei der Neukundengewinnung auch als Wettbewerbsfaktor eine besondere Bedeutung. Der Marktauftritt erfolgt mit den Marken Landesbank Berlin AG im mittelständischen Firmenkundengeschäft und Berliner Sparkasse im Gewerbekundengeschäft.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.700 Kunden (Risikoverbünde) mit rund 8.400 Immobilien im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten.

Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch vier Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen, Großbritannien und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft (KMG)** umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das Kapitalmarktgeschäft, das seinen Fokus zukünftig noch stärker auf das kundenbezogene Geschäft ausrichtet, folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Zielkundengruppe sind neben mittelständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkassen, beispielsweise im Bereich der Depot-B-Produkte. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzt das Kundengeschäft. Gleichzeitig wird im Kapitalmarktgeschäft die Liquidität des Konzerns gesteuert und die langfristige Refinanzierung sichergestellt.

Weitere Aktivitäten

Umstellung des Kernbanksystems

Im April 2011 ist das Kernbanksystem der LBB auf OneSystem Plus (OSPlus) umgestellt worden. Hintergrund der Vereinheitlichung der IT-Systemlandschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe ist die 2008 erfolgte Fusion der Dienstleistungsunternehmen FinanzIT und Sparkassen Informatik zur Finanz Informatik. Durch die Konzentration der Sparkassen-Finanzgruppe auf einen Dienstleister ergeben sich auch für die LBB deutliche Synergieeffekte.

Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen

Der Konzern versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Er unterhält Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB – abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin – ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft, die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge. In diesem Rahmen ist geplant, dass die LBB bei Bedarf gemeinsam mit Sparkassen weitere Unternehmen gründet, zum Beispiel regionale Marktfolgezentren.

Zur Forcierung des Geschäfts und als Kooperationsangebot im Sparkassenverbund ist zum 1. Juni 2011 das Joint Venture S-Kreditpartner GmbH (SKP) gemeinsam mit der Deutschen S-Leasing an den Start gegangen. Im Oktober 2011 wurden Aktivitäten der readybank ag in die SKP übernommen. Kerngeschäft der SKP sind Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Autofinanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen. Damit wird die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation aktiv gefördert. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangenes Terrain der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen. Unterstützt wird diese Ausrichtung durch die erfolgte Übernahme sämtlicher Anteile der readybank ag an der Servicegesellschaft readypartner gmbh durch den BankenService.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2011

Das Vorsteuerergebnis des Konzerns zum 31. Dezember 2011 lag deutlich unter unseren Erwartungen. Nach einem guten Start im ersten Quartal mit einem Ergebnis vor Steuern von 106 Mio. € konnte sich der Konzern den Marktverwerfungen im weiteren Verlauf des Jahres nicht mehr entziehen. Nachdem bereits das zweite Quartal mit einem Ergebnis von –9 Mio. € unter unseren Erwartungen geblieben war, trafen uns die Auswirkungen der europäischen Finanzkrise im dritten Quartal mit voller Wucht. Infolge der notwendigen Wertkorrekturen insbesondere bei griechischen Staatsanleihen stand für diesen Zeitraum ein Vorsteuerverlust von 125 Mio. € zu Buche. Zwar konnte im vierten Quartal wieder ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 69 Mio. € erwirtschaftet werden; dieses war jedoch weiterhin von den Spannungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten beeinflusst. Die Finanzierungsprobleme Griechenlands und die anhaltende Unsicherheit über einen Schulden-schnitt führten im Schlussquartal zu weiteren Wertanpassungen bei griechischen Staatsanleihen.

Die dramatische Entwicklung am Kapitalmarkt überlagerte die gute und nachhaltige Entwicklung unseres Kundengeschäfts. Die positive Entwicklung des Kundengeschäfts zeigt insbesondere die Verbesserung des Zinsergebnisses bei einer deutlich verringerten Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Im Ergebnis aus Finanzanlagen waren demgegenüber Bewertungsverluste auszuweisen, die für Engagements in den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Ländern der Euro-Zone, insbesondere dem Staat Griechenland, notwendig wurden. Zusätzlich war das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten rückläufig. Moderat entwickelten sich hingegen die Verwaltungsaufwendungen, die leicht unter dem Vorjahreswert lagen. Belastend wirkten sich die regulatorischen Eingriffe wie die im Jahr 2011 erstmals abzuführende Bankenabgabe mit 30 Mio. € aus.

Insgesamt konnte der Konzern im Berichtsjahr seine gute und nachhaltige Entwicklung im Kundengeschäft fortsetzen. Drei von vier strategischen Geschäftsfeldern – Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung – entwickelten sich positiv und übertrafen sogar teilweise unsere Erwartungen. Die gute Entwicklung in diesen Geschäftsfeldern konnte aber die Belastungen im Kapitalmarktgeschäft nicht ausgleichen. Hier wirkten sich besonders deutlich die Unsicherheiten aus der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone sowie die erheblichen Volatilitäten an den Finanzmärkten aus.

Ertragslage

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderung	
	2011	2010	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	951	725	226	31
Zinserträge	4.286	4.174	112	3
Zinsaufwendungen	3.335	3.449	-114	-3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	83	105	-22	-21
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	868	620	248	40
Provisionsüberschuss	269	274	-5	-2
Provisionserträge	432	421	11	3
Provisionsaufwendungen	163	147	16	11
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-2	7	-9	< -100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	-16	349	-365	< -100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-163	-22	-141	< -100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-24	8	-32	< -100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	121	84	37	44
Verwaltungsaufwendungen	982	1.003	-21	-2
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe	71	317	-246	-78
Aufwand Bankenabgabe	30	0	30	x
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	41	317	-276	-87
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120	52	68	> 100
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	-79	265	-344	< -100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	4	-2	6	> 100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	-83	267	-350	< -100

Der Konzern erzielte im Jahr 2011 ein **Ergebnis vor Steuern** in Höhe von 41 Mio. €. Es blieb damit deutlich um 276 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis von 317 Mio. €. Die sich im Laufe des Jahres verschärfende Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone und die daraus resultierende Unsicherheit an den Kapitalmärkten führten zu hohen Belastungen in

den Ergebnissen aus Finanzanlagen und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten. Insbesondere Abschreibungen unter Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen und Sicherungsbeziehungen in Höhe von insgesamt 184 Mio. € auf den Marktwert griechischer Staatsanleihen mit einem Nominalbetrag von 232 Mio. € beeinträchtigten das Ergebnis deutlich.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 951 Mio. € deutlich um 31 % über dem Vorjahresergebnis von 725 Mio. €. Der Anstieg ist auf höhere Erträge aus Finanzanlagen, Kundengeschäften und Geldhandelsaktivitäten zurückzuführen. Zusätzlich reduzierten sich die

Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten; die stille Einlage wurde für 2011 nur teilweise mit 9 Mio. € bedient. Darüber hinaus gingen Zinseffekte in das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten ein. Entlastend wirkte der Rückgang der Zinsaufwendungen aus verbrieften Verbindlichkeiten, der mit einem Bestandsabbau einherging.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	1.878	1.848	2
Zinserträge aus Finanzanlagen	613	554	11
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	12	10	20
Sonstige Zinserträge	1.783	1.762	1
Summe Zinserträge	4.286	4.174	3
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.289	1.257	3
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	27	72	-63
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	2.019	2.120	-5
Summe Zinsaufwendungen	3.335	3.449	-3
Zinsüberschuss	951	725	31

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wies insgesamt einen Nettoaufwand von 83 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entsprach dies einer Reduzierung um 22 Mio. €. Diese Entwicklung ist ein

Spiegelbild der guten Konjunktur im Berichtszeitraum und unserer konservativen Risikopolitik. Insgesamt standen Neubildungen in Höhe von 246 Mio. € (Vorjahr: 307 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 163 Mio. € (Vorjahr: 202 Mio. €) gegenüber.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	163	202	-19
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	246	307	-20
Gesamt	83	105	-21

Der **Provisionsüberschuss** verringerte sich im Vorjahresvergleich leicht um 5 Mio. € auf 269 Mio. €. Dabei konnten die rückläufigen Erträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft nicht vollständig

durch Zuwächse im Kreditgeschäft kompensiert werden. Die Ergebnisse im Kartengeschäft sowie im Zahlungsverkehr/Kontoführung entwickelten sich stabil.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	61	75	-19
Zahlungsverkehr / Kontoführung	94	95	-1
Kreditgeschäft	37	27	37
Kartengeschäft	65	65	0
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	4	4	0
Sonstiger Provisionsüberschuss	8	8	0
Provisionsüberschuss	269	274	-2

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** belief sich auf -2 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) bei einem im Rahmen von effektiven Hedgebeziehungen abgesicherten Gesamtvolumen von insgesamt 35,7 Mrd. €.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** in Höhe von -16 Mio. € lag um 365 Mio. € unter dem Vorjahreswert (349 Mio. €), der von Wertaufholungseffekten geprägt war. In den Ergebniskomponenten spiegeln sich die Unsicherheiten an den internationalen Kapitalmärkten infolge der europäischen Staatsschuldenkrise wider. Während das Ergebnis der Finanzinstrumente – klassifiziert als Held for Trading – um 201 Mio. € auf 91 Mio. € zurückging, verringerte sich das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) um 164 Mio. € auf -107 Mio. €. Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten korrespondiert, wie oben erläutert, mit gegenläufigen positiven Effekten im Zinsüberschuss.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** wies zum 31. Dezember 2011 insgesamt einen Verlust von 163 Mio. € aus und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert (-22 Mio. €). Es ist im Wesentlichen durch Bewertungseffekte für unsere Engagements in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern der Euro-Zone, insbesondere Griechenland, geprägt. Wir verweisen auf die Ausführungen zu diesem Thema im Risikobericht. Demgegenüber verbesserte sich das Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen um 66 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen** verringerte sich auf -24 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €). Neben dem laufenden Ergebnis von 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) waren Effekte aus Bewertungsänderungen von -26 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) zu berücksichtigen. Diese betrafen überwiegend unsere Beteiligung an der LBS Nord.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** verbesserte sich um 37 Mio. € auf 121 Mio. €. Es enthält neben Erträgen aus Dienstleistungen des Bankenservice auch Erträge aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** entwickelten sich moderat und sanken um 2 % auf 982 Mio. € (Vorjahr: 1.003 Mio. €). Sie beinhalten die Personalaufwendungen, die Abschreibungen sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen.

Der Personalaufwand lag mit 516 Mio. € um 6 % unter dem Niveau des Vorjahres (551 Mio. €). Die Abschreibungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich zusammen um 14 Mio. € auf 466 Mio. €. Insgesamt blieben die Verwaltungsaufwendungen im laufenden Geschäftsjahr unter unseren Erwartungen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %	
Personalaufwendungen	516	551	–6	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	65	55	18	
Andere Verwaltungsaufwendungen	401	397	1	
Gesamt	982	1.003	–2	

Der in 2011 erstmalig dargestellte Posten **Aufwand Bankenabgabe** in Höhe von 30 Mio. € beinhaltet die Erfassung des jeweils am 30. September des Jahres fällig werdenden Jahresbeitrags zum Restrukturierungsfonds.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten neben den tatsächlichen Steuern in Höhe von 5 Mio. € auch Aufwendungen aus latenten Steuern von 115 Mio. €. Die gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten latenten Steuern resultieren aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern ¹⁾	–79	265	–344	<–100
Erfolgsneutrales Ergebnis ¹⁾	–181	31	–212	<–100
Gesamtergebnis der Periode	–260	296	–556	<–100

¹⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Das **erfolgsneutrale Ergebnis** verringerte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (31 Mio. €) um 212 Mio. €. Der Rückgang ist insbesondere auf Belastungen der Neubewertungsrücklage für AfS-Finanzinstrumente sowie auf das Bewertungsergebnis aus Pensionsrückstellungen infolge der Senkung des Diskontierungszinssatzes von 5,4 % auf 5,0 % (Vorjahr: von 5,5 % auf 5,4 %) zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Steuern im **vierten Quartal des Geschäftsjahres 2011** betrug 69 Mio. € und verringerte sich im Vergleich zum Vorjahresquartal um 33 Mio. €. Geprägt von weiterhin erheblichen Spannungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten verringerte sich das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten im Vergleich zum Vorjahresquartal um 41 Mio. € auf 47 Mio. €. Die Bemühungen zur Lösung der Finanzierungsprobleme Griechenlands und die anhaltende Unsicherheit über

deren Schuldenschnitt veranlassten uns, weitere Abschreibungen unter Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen und Sicherungsbeziehungen in Höhe von 68 Mio. € auf den Marktwert griechischer Staatsanleihen vorzunehmen. Die daraus resultierenden Belastungen führten zu einem Rückgang des Ergebnisses aus Finanzanlagen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 33 Mio. € auf –53 Mio. €. Der Zinsüberschuss verbesserte sich um 91 Mio. € auf 288 Mio. € (Vorjahresquartal: 197 Mio. €). Hier wirkte sich der um 41 Mio. € geringere Zinsaufwand für die stille Einlage aus. Weiterhin ergaben sich positive Effekte in den Verwaltungsaufwendungen. Rückläufig hingegen entwickelten sich das sonstige betriebliche Ergebnis sowie das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen.

Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** wurde im Jahr 2011 mit 118 Mio. € ein operatives Ergebnis erreicht, welches um 31 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres lag.

Der Zinsüberschuss betrug 417 Mio. €, das waren 13 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Das Stichtagsvolumen der Einlagen lag im Segment Private Kunden im Vergleich zum 31. Dezember 2010 auf Vorjahresniveau. Ebenfalls auf Vorjahresniveau lag das Volumen der Neuvalutierungen der Hypothekenkredite.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich deutlich von 42 Mio. € auf 32 Mio. €. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch das Risikomanagement im Kreditkartengeschäft sowie die positive Konjunktorentwicklung.

Der Provisionsüberschuss lag mit 190 Mio. € um 4 Mio. € unter Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft sank um 1 Mio. € und der Provisionsüberschuss aus dem Zahlungsverkehr reduzierte sich um 2 Mio. €. Marktbedingt konnte beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft der Vorjahreswert nicht erreicht werden (–3 Mio. €). Der Absatz von Versicherungsprodukten, bezogen auf die nettopolicierte Beitragssumme, lag 8 % über dem Vorjahresniveau. Maßgeblich hat die Zunahme bei den Personenversicherungen (+38 Mio. €) dazu beigetragen. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stieg die Zahl der Kreditkartenkonten weiter und lag zum 31. Dezember 2011 um 13 % über dem Wert zum 31. Dezember 2010.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen nach außerordentlichen Bewertungsanpassungen bei der LBS Nord und dem Ergebnis der einbezogenen S-Kreditpartner GmbH betrug –23 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis in Höhe von 10 Mio. € war durch die erstmalig einbezogene S-Kreditpartner GmbH und Rückstellungen in Höhe von 5 Mio. € für potenzielle Schadenersatzansprüche aus dem Vertrieb geprägt (Vorjahr: 23 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 449 Mio. € um 7 Mio. € über dem Vorjahreswert. Hierin enthalten sind unter anderem Aufwendungen für die IT-Migration sowie Abschreibungen in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

Das Segment **Firmenkunden** erzielte 2011 ein operatives Ergebnis von 84 Mio. € (Vorjahr: 107 Mio. €).

Der Zinsüberschuss lag mit 130 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (158 Mio. €). Ursächlich hierfür waren geringere Margen und Volumentrübkänge im Einlagengeschäft.

Positiv auf das Segmentergebnis wirkte die Entwicklung der Risikoversorge im Kreditgeschäft. Die Nettoneubildung reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 6 Mio. € auf 3 Mio. €.

Der Bestand an zinstragenden Kundenforderungen per 31. Dezember 2011 übertraf mit 4.492 Mio. € um 1,4 % das Vorjahr (4.428 Mio. €). Das Kreditneugeschäft lag mit 1,1 Mrd. € über den Erwartungen, blieb jedoch wegen der verhaltenen Finanzierungsnachfrage unter dem sehr guten Vorjahreswert (1,4 Mrd. €).

Das Stichtagsvolumen der Kundeneinlagen war gegenüber dem Vorjahr rückläufig (-343 Mio. € auf 4.776 Mio. €). Bereits seit Ende 2010 setzten Unternehmen erwartungsgemäß verstärkt Einlagen für Investitionen ein.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. € auf 43 Mio. €. Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 88 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Positiv entwickelte sich die Kundenzahl im Segment Firmenkunden. Per 31. Dezember 2011 betreute die LBB knapp 68.000 Gewerbe- und Firmenkunden (Vorjahr: rund 64.400 Kunden).

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erhöhte 2011 das operative Ergebnis leicht auf 175 Mio. € (Vorjahr: 172 Mio. €). In diesem Ergebnis ist die Belastung durch die erstmals in diesem Jahr angefallene Bankengabgabe in Höhe von 9 Mio. € enthalten.

Der Zinsüberschuss des Geschäftsfelds betrug 341 Mio. € und lag damit unter dem Ergebnis des Vorjahres (357 Mio. €). Den Rückgang des Ergebnisses im Zinsmanagement der Berlin Hyp konnte das auf 301 Mio. € gestiegene Zinsergebnis im Kerngeschäft (Vorjahr: 295 Mio. €) nicht vollständig ausgleichen.

Durch die Verringerung der Nettoneubildung der Risikoversorge auf 51 Mio. € (Vorjahr: 74 Mio. €) wurde ein über dem Vorjahreswert liegender Zinsüberschuss nach Risikoversorge in Höhe von 290 Mio. € erzielt (Vorjahr: 283 Mio. €).

Positiv auf das Segmentergebnis wirkte sich auch das wiederum verbesserte Ergebnis im Provisionsüberschuss auf 28 Mio. € aus (Vorjahr: 26 Mio. €). Das Ergebnis aus Finanzanlagen war dagegen bei -12 Mio. € negativ (Vorjahr: -4 Mio. €), hauptsächlich aufgrund der Wertberichtigungen auf griechische Staatsanleihen der Berlin Hyp.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 115 Mio. € auf Vorjahresniveau, ebenso die darin enthaltenen Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. €.

Die verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien und die weitere Zunahme der Aktivitäten ausländischer Investoren führten zu einem weiteren und mit 26 % deutlichen Anstieg des Transaktionsvolumens im inländischen Immobilienmarkt. Trotzdem verschärfte sich der Wettbewerb unter den Finanzierern erheblich, da sich etliche Mitbewerber zunehmend auf den Inlandsmarkt fokussierten und zusätzlich Versicherungsunternehmen verstärkt am Markt auftraten. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte mit einem Kontrahierungsvolumen von 5,4 Mrd. € ein unter diesen Umständen zufriedenstellendes Neugeschäft erzielen, das jedoch unter dem sehr guten Vorjahresergebnis (6,3 Mrd. €) blieb.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** erzielte im Jahr 2011 ein operatives Ergebnis von –169 Mio. € (Vorjahr: 213 Mio. €). In dem Ergebnis ist die erstmalig anfallende Belastung durch die Bankenabgabe in Höhe von 14 Mio. € enthalten.

Die Ungewissheiten über den Fortgang der Euro-Schuldenkrise sowie über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur sorgten in der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres für anhaltend hohe Volatilität an den Märkten und führten zu nennenswerten Kursverlusten bei Wertpapierbeständen. Zum Jahresabschluss wurde erneut eine Wertkorrektur auf griechische Staatsanleihen notwendig. Bereits nach den beiden Vorquartalen war ein erheblicher Wertminderungsbedarf auf Finanzanlagen erforderlich gewesen. Insbesondere die Wertberichtigungen auf griechische Wertpapiere führten zu einem deutlich unter dem Vorjahreswert liegenden Ergebnis.

Der Zinsüberschuss übertraf mit 370 Mio. € um 7 % das Niveau des Vorjahres (346 Mio. €).

Nettoaufösungen bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 2 Mio. €. Im Vorjahreszeitraum wurde das Ergebnis durch Nettoaufösungen in Höhe von 19 Mio. € entlastet.

Der Provisionsüberschuss entsprach mit 18 Mio. € dem Vorjahreswert.

Nach positiven Ergebnissen im Vorjahr (2 Mio. €) ergab sich 2011 aus den Bewertungen von Grundgeschäften und ihrer Absicherungen ein rückläufiges Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen von –2 Mio. €.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 201 Mio. € auf –195 Mio. €. Die Ergebnisminderung fand überwiegend in der zweiten Jahreshälfte statt und wurde im Wesentlichen durch die Ausweitung fremder Credit Spreads verursacht.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit –189 Mio. € um 165 Mio. € unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Aufgrund der andauernden Finanzkrise wurden 2011 Wertkorrekturen auf Bestände der besonders von der Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten, allen voran Griechenland, in Höhe von 203 Mio. € vorgenommen.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 157 Mio. € knapp über Vorjahr (155 Mio. €). In den Verwaltungsaufwendungen waren wie im Vorjahr Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € enthalten.

Das Kundengeschäft entwickelte sich 2011 erfolgreich. Die Erträge übertrafen den Vorjahreswert deutlich. Der Zertifikateabsatz konnte im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mrd. € auf 2,0 Mrd. € deutlich gesteigert werden. Das Zertifikatevolumen stieg im Vergleich zum Jahresende 2010 um 0,9 Mrd. € auf 3,8 Mrd. €. Die Assets under Management der LBB-INVEST blieben aufgrund von Kursrückgängen und der Kundenzurückhaltung bei Publikumsfonds mit 10,3 Mrd. € hinter dem Vorjahresniveau von 11,6 Mrd. € zurück.

Das operative Ergebnis des Segments **Zinsmanagement** betrug –39 Mio. € (Vorjahr: –115 Mio. €).

Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis bildet das zinstragende Kundengeschäft der Bank. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der Landesbank Berlin AG angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Der im Vorjahr begonnene Anstieg der Kapitalmarktzinsen im Euro-Raum setzte sich zu Beginn des Berichtsjahres zunächst fort. Er erreichte im April seinen Höhepunkt, bevor die zunehmende Eskalation der EU-Schuldenkrise und die sich verstärkenden Konjunktursorgen zu einem erneuten Rückgang insbesondere bei den Langfristzinsen führten. Die Zinsstrukturkurve verflachte sich deutlich.

An den Anleihemärkten führte die Schuldenkrise zu einer Neubewertung von Emittentenrisiken. In diesem Rahmen weiteten sich auch die eigenen Credit Spreads der Bank aus. Da für die bilanzielle Abbildung von Teilen der eigenen Passiva der Bank unter IFRS die Fair Value-Option zur Anwendung kommt, führte dies im Verlauf des Jahres 2011 zu einer positiven Ergebniswirkung. Die Wertentwicklung der eigenen Passiva und die der zugeordneten Sicherungsderivate kompensierten sich teilweise.

In einem von großer Unsicherheit geprägten Marktumfeld war die Risikosteuerung im Zinsmanagement von Zurückhaltung geprägt. Der Schwerpunkt im Rahmen der Disposition lag beim Abbau noch bestehender Positionen festverzinslicher Wertpapiere und Schuldscheindarlehen.

Hinsichtlich der internen Verrechnung für zinsvariable Einlagen, die noch in den Vorquartalen zu Ergebnisbelastungen im Segment Zinsmanagement geführt hatten, wurden methodische Anpassungen umgesetzt. Der bankinterne Verrechnungszins für zinsvariable Einlagen wird weiterhin aus historisch gültigen Zinssätzen abgeleitet. Volumenschwankungen dieser Positionen verursachen eine Anpassung der neutralisierenden Anlage, die jedoch nur zu aktuellen Marktzinsen vorgenommen werden kann. Die Differenz aus Verrechnungszins und Marktzins und den daraus resultierenden barwertigen Effekten wird seit Beginn des dritten Quartals monatlich segmentspezifisch erhoben und als Ausgleichszahlung zwischen dem Segment Zinsmanagement und den jeweiligen Kundengeschäftsfeldern verrechnet. Dies führte zur Vermeidung weiterer, mit Volumenschwankungen zinsvariabler Einlagen verbundener Effekte im Segment Zinsmanagement.

Volumenanstiege zinsvariabler Einlagen in den Jahren 2008 bis 2010 begründeten auch noch im Jahr 2011 negative Ergebniswirkungen im Segment Zinsmanagement. Auch hier lag der Zinssatz der neutralisierenden Anlage unter dem rollierenden Verrechnungszins für zusätzlich angeworbene Volumina. Das daraus auf das Segment Zinsmanagement entfallende strukturelle Defizit wurde ermittelt, den Kundengeschäftsfeldern zugeordnet und beginnend mit dem dritten Quartal monatlich zugunsten des Segments Zinsmanagement und zulasten der Kundengeschäftsfelder verrechnet. In den Vorquartalen waren die Ergebnisse der Kundengeschäftsfelder insoweit überzeichnet.

Das operative Ergebnis im Segment **Sonstiges** war im Berichtszeitraum begünstigt durch die um 41 Mio. € niedrigere Bedienung der stillen Beteiligung sowie die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen. In der Summe verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 85 Mio. € auf –121 Mio. €.

Im Segment **Sonstiges** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die

betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €).

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Die dargestellte Entwicklung des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2011 hat sich entsprechend auf die Steuerungskennzahlen der Segmente des Konzerns wie folgt ausgewirkt:

SEGMENTE

in Mio. €	Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern		Eigenkapitalrentabilität ¹⁾		Cost-Income-Ratio ²⁾	
	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in %	2010 in %
Private Kunden	118	149	35,1	48,2	75,0	69,8
Firmenkunden	84	107	38,7	39,6	50,3	43,8
Immobilienfinanzierung	175	172	22,3	19,6	32,9	31,9
Kapitalmarktgeschäft	–169	213	neg.	22,2	> 100	44,4
Zinsmanagement	–39	–115	neg.	neg.	neg.	neg.
Sonstiges ³⁾	–121	–206				
Konsolidierung ³⁾	–7	–3				
Konzern	41	317	1,5	11,8	86,4	70,4

¹⁾ Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“.

²⁾ Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

³⁾ keine Steuerung über Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio

Nähere Erläuterungen zu der geschäftlichen Entwicklung der Segmente sind in Note 6 des Konzernabschlusses dargestellt.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2010 verringerte sich die **Bilanzsumme** des Konzerns leicht um 0,3 Mrd. € auf 131,2 Mrd. € (31. Dezember 2010: 131,5 Mrd. €).

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 16,7 Mrd. € um 0,1 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau. Rückläufig entwickelten sich die Bestände an Kommunalkrediten (–0,5 Mrd. €) sowie Termin- und Sichteinlagen (–1,2 Mrd. €) aufgrund geringerer Geldmarktaktivitäten. Demgegenüber stiegen die Darlehensbestände um 1,9 Mrd. € infolge der Übernahme der Kreditportfolien der readybank in die S-Kreditpartner GmbH.

Der Anstieg der **Forderungen an Kunden** gegenüber dem Vorjahresstichtag betrug 1,3 Mrd. € beziehungsweise 3 % auf 47,8 Mrd. € und war überwiegend auf gestiegene Hypothekendarlehen in der Berlin Hyp zurückzuführen.

Der Bestand an **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 70 Mio. € auf –988 Mio. €.

Die **positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** lagen mit 1,7 Mrd. € um 0,5 Mrd. € über dem Vorjahreswert (1,2 Mrd. €).

Die Marktwerte der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2010 (17,2 Mrd. €) um 1,0 Mrd. € auf 18,2 Mrd. €. Neben den Bestandsveränderungen wirkten sich die Veränderungen des Zinsniveaus und der Credit Spreads auf die Wertansätze der Finanzinstrumente aus.

Die **Finanzanlagen** reduzierten sich, insbesondere aufgrund von Fälligkeiten und Veräußerungen, gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 40,9 Mrd. € (Vorjahr: 45,0 Mrd. €).

AKTIVA

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in Mio. €	in %
Barreserve	983	830	153	18
Forderungen an Kreditinstitute	16.720	16.750	–30	0
Forderungen an Kunden	47.810	46.468	1.342	3
Risikovorsorge	–988	–1.058	70	7
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.658	1.182	476	40
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	18.237	17.198	1.039	6
Finanzanlagen	40.924	45.013	–4.089	–9
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	247	90	157	>100
Immaterielle Vermögenswerte	685	681	4	1
Sachanlagen	528	550	–22	–4
Investment Properties	48	59	–11	–19
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	35	55	–20	–36
Latente Ertragsteueransprüche	668	720	–52	–7
Sonstige Aktiva	3.620	2.927	693	24
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	0	12	–12	–100
Gesamt	131.175	131.477	–302	0

Die nach der **Equity-Methode** bewerteten Anteile beliefen sich auf 247 Mio. € (Vorjahr: 90 Mio. €). Veränderungen ergaben sich insbesondere durch den Zugang der S-Kreditpartner GmbH.

Die **immateriellen Vermögenswerte** lagen mit 685 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (681 Mio. €) und beinhalteten im Wesentlichen Geschäfts- und Firmenwerte von 591 Mio. € (31. Dezember 2010: 591 Mio. €).

Die **Sachanlagen** reduzierten sich leicht um 4 % von 550 Mio. € auf 528 Mio. €.

Investment Properties (fremdgenutzte Immobilien) wurden mit 48 Mio. € und damit 11 Mio. € geringer ausgewiesen als im Vorjahr (59 Mio. €). Ausschlaggebend waren vor allem im Berichtsjahr erfolgte Immobilienverkäufe.

Die **tatsächlichen Ertragsteueransprüche** lagen mit insgesamt 35 Mio. € um 20 Mio. € unter dem Vorjahreswert (55 Mio. €).

Die **latenten Ertragsteueransprüche** reduzierten sich um 52 Mio. € auf 668 Mio. €.

Die Zunahme der **Sonstigen Aktiva** um 693 Mio. € auf 3.620 Mio. € war überwiegend auf die Erhöhung von Forderungen aus gestellten Barsicherheiten zurückzuführen.

Der Ausweis unter **zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenständen und Abgangsguppen** betraf hauptsächlich die beabsichtigte Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien.

PASSIVA

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.586	32.840	-254	-1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.227	36.092	1.135	3
Verbriefte Verbindlichkeiten	22.806	24.695	-1.889	-8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.624	2.000	624	31
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	27.995	27.669	326	1
Rückstellungen	1.235	1.192	43	4
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	122	120	2	2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	10	15	-5	-33
Sonstige Passiva	1.964	1.884	80	4
Nachrangkapital	2.288	2.248	40	2
davon Stille Einlagen	700	700	0	0
Eigenkapital	2.318	2.722	-404	-15
Gesamt	131.175	131.477	-302	0

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** gegenüber dem Vorjahr (32,8 Mrd. €) betrug 0,2 Mrd. € oder 1 % und war hauptsächlich auf verringerte Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen im Vergleich zum 31. Dezember 2010 um 1,1 Mrd. € oder 3 % auf 37,2 Mrd. € und betrafen überwiegend die Termin- und Sichteinlagen.

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich vor allem aufgrund von Fälligkeiten gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mrd. € auf 22,8 Mrd. €. Rückläufig waren unter anderem die öffentlichen Pfandbriefe der Berlin Hyp.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** erhöhten sich im Stichtagsvergleich um 0,6 Mrd. € auf 2,6 Mrd. €.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** erhöhte sich um 0,3 Mrd. € auf 28,0 Mrd. € (Vorjahr: 27,7 Mrd. €). Neben den Bestandsveränderungen wirkten sich die Veränderungen des Zinsniveaus und der Credit Spreads auf die Wertansätze aus.

Die **Rückstellungen** lagen mit 1.235 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Die Rückstellungen für Pensionen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (907 Mio. €) um 81 Mio. € auf 988 Mio. €. Demgegenüber verringerten sich die sonstigen Rückstellungen um 38 Mio. € auf 247 Mio. € (Vorjahr: 285 Mio. €).

Bei der Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** wurden die Anpassung des Rechnungszinses auf 5,0 % (31. Dezember 2010: 5,4 %), des Gehaltstrends (2,5 % bis 3,5 %, 31. Dezember 2010: 0,5 % bis 3,5 %), des Rententrends (1,0 % bis 2,1 %, 31. Dezember 2010: 1,0 % bis 2,2 %) sowie die Fluktuationsrate berücksichtigt. Diese Veränderungen verringerten das Eigenkapital – vor latenten Steuern – um 51 Mio. €.

Die **Ertragsteuerverpflichtungen** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 3 Mio. € auf 132 Mio. €. Sie setzten sich aus den tatsächlichen Verpflichtungen (122 Mio. €) und den latenten Verpflichtungen (10 Mio. €) zusammen.

Der Posten **Sonstige Passiva** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mrd. € auf 2,0 Mrd. € und beinhaltete insbesondere Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten (1,7 Mrd. €).

Der Posten **Nachrangkapital** lag mit 2,3 Mrd. € auf Vorjahresniveau und beinhaltete nachrangige Verbindlichkeiten (1,6 Mrd. €) und die stille Einlage (0,7 Mrd. €).

Das **Konzerneigenkapital** belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 2.318 Mio. €. Das entsprach im Vergleich zum 31. Dezember 2010 einer Verringerung um 404 Mio. € (siehe auch Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns). Diese Entwicklung basiert vor allem auf dem kumulierten Konzernergebnis in Höhe –79 Mio. € und dem erfolgsneutralen Ergebnis von –181 Mio. €. Die Veränderungen im erfolgsneutralen Ergebnis – vor latenten Steuern – entstanden im Wesentlichen aus den Bewertungen von AfS-Finanzinstrumenten (–191 Mio. €) sowie den Pensionsverpflichtungen (–51 Mio. €). Die gemäß Beschluss der Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG vom 16. Juni 2011 vorgenommene Dividendenausschüttung für das Geschäftsjahr 2010 reduzierte das Eigenkapital um 140 Mio. €.

Die per 31. Dezember 2011 auf Ebene der RVG-Gruppe gemeldete **Gesamtkennziffer** für das haftende Eigenkapital betrug 14,36 %; die **Kernkapitalquote** lag bei 12,50 %. Die per 31. Dezember 2010 nach Feststellung der Jahresabschlüsse der LBB und der Holding gemeldete Gesamtkennziffer der RVG-Gruppe betrug 16,89 %; die Kernkapitalquote hatte bei 15,24 % gelegen. Für die LBBH-Gruppe reduzierte sich die Gesamtkennziffer per 31. Dezember 2011 auf 12,40 % (31. Dezember 2010: 12,82 %), die Kernkapitalquote verringerte sich auf 9,81 % (31. Dezember 2010: 10,12 %).

Der Bestand zum 31. Dezember 2011 an außerbilanziellen Finanzierungsinstrumenten nach Risikovor-sorge belief sich auf 4,9 Mrd. € (31. Dezember 2010: 5,4 Mrd. €). Die außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente beinhalten überwiegend Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Finanzlage

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen. Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Auslastung der Limite war im Jahresverlauf sowohl für das Beschaffungs- als auch das Fristenrisiko unbedenklich. Eine detaillierte Darstellung der Steuerung und des Controllings der Liquiditätsrisiken erfolgt im Risikobericht. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Die Refinanzierung des Konzerns erfolgte schwerpunktmäßig über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, hauptsächlich im deutschen Raum. Die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise führten im Jahr 2011 zu erheblichen Spannungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten. Zur Stützung der Refinanzierungsmärkte reagierten die Notenbanken mit umfangreichen Interventionen. Trotz dieses Umfelds stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns geordnet dar. So konnte das Geschäftsvolumen unter Vorhaltung ausreichender Reserven vollständig in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten refinanziert werden. Auch die Ratingherabstufung durch die Ratingagentur Fitch für die langfristig ungarantierten Verbindlichkeiten der LBB von AA- auf A+ führte zu keiner anderen Einschätzung.

Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise großvolumige Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der Refinanzierungen auch im Jahr 2011 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt. Während lediglich ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief der Berlin Hyp begeben wurde, erfolgten die restlichen Refinanzierungen ebenfalls mit Hilfe von Privatplatzierungen.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation erlaubt – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

Auswirkungen der Konsolidierung

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Bezogen auf den Summenabschluss entfielen 91,0 % der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften (Vorjahr: 90,8 %).

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2011

Die Landesbank Berlin AG ist Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen, eine nach § 10 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) anerkannte Sicherungseinrichtung. Die Sicherungsreserve hat beschlossen, sich an den Maßnahmen zur finalen Restrukturierung der West LB AG zu beteiligen und hier einen Beitrag in Höhe von 250 Mio. € im Zusammenhang mit der Herauslösung der sogenannten Verbundbankaktivitäten zu erbringen. Die konkrete Ausgestaltung dieses Beitrags der Sicherungsreserve ist noch nicht erfolgt. Es ist aus heutiger Sicht nicht damit zu rechnen, dass der Beitrag der Sicherungsreserve zu einer Erhöhung der Beitragszahlungen der LBB an die Sicherungsreserve führen wird.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Landesbank Berlin Holding AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 60 (Risikomanagement) enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten.

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST. Aufgrund des Umfangs des Geschäfts der LBB-INVEST sind deren Risiken für den Konzern im Sinne der §§ 289 und 315 HGB für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung nicht von Belang beziehungsweise gemäß IAS 1 unwesentlich.

Aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Aktuelle Entwicklungen

Nach den Beschlüssen des EU-Gipfels vom 26. Oktober 2011 muss ab Juli 2012 eine Gruppe großer, international tätiger Banken eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % erfüllen. Zu dieser Gruppe international tätiger Banken zählt auch die LBB. Auf Basis der aktuell gültigen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen besteht für die LBB kein Kapitalbedarf. Jedoch ist nach der künftigen Kapitaldefinition unter Basel III die bisher erfolgte Anrechnung aktivischer Unterschiedsbeträge nicht mehr vorgesehen. Darüber hinaus gibt es weitere aufsichtsrechtlich begründete Sachverhalte, die ebenfalls absehbar zu einer deutlichen Reduzierung der Kapitalquoten in der Zukunft führen werden. Die Bank prüft derzeit im Rahmen der Risikoaktiva-Optimierung den Abbau risikogewichteter Aktiva (RWA) und die Reduzierung der internationalen Aktivitäten. Nach ersten Voruntersuchungen werden ein die Ertragslage schonender Abbau von Risikoaktiva und die Reduzierung bestimmter Aktivitäten im Ausland bis 2014 für umsetzbar gehalten, ohne dadurch künftiges Kundengeschäft signifikant zu schwächen. Des Weiteren bestehen Überlegungen, die stille Einlage im Jahr 2012 in nach Basel III anerkanntes Kernkapital umzuwandeln.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Vorprojekts mit der Umsetzung der Anforderungen aus Basel III/CRD IV begonnen. Wesentliche Inhalte des Vorprojekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der Anforderungen der CRD III zum 31. Dezember 2011,
- Fertigstellung des Umsetzungsplans für das Hauptprojekt basierend auf den Entwurfsfassungen der neuen Vorschriften,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses, Optimierung RWA sowie
- Vorbereitung der Einführung der neuen Meldewesensoftware Abacus.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Die Risikostrategie ist Teil der Gesamtbankstrategie der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der Landesbank Berlin AG (LBB) und leitet sich aus den strategischen Rahmenbedingungen ab. Sie gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Hierzu gehört insbesondere die Festlegung nicht strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht. Die Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns müssen dafür Sorge tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die zuständigen Risikocontrollingeinheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Verantwortlichkeiten

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern existieren die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London und Luxemburg übernimmt Risiko und Controlling das operative Risikocontrolling. Weiterhin erstellt und entwickelt der Bereich den monatlichen Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury und Trading zuständig.

Kapitalmanagement

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen

eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single-A-Bereich. Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittelbestandteile des Konzerns

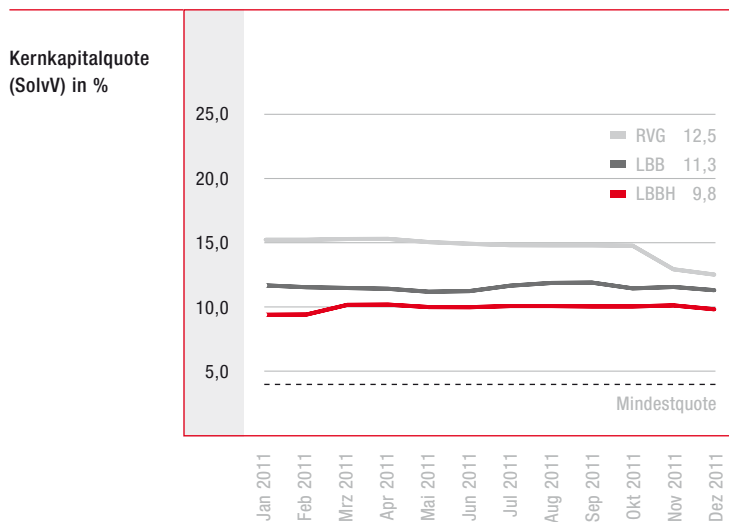
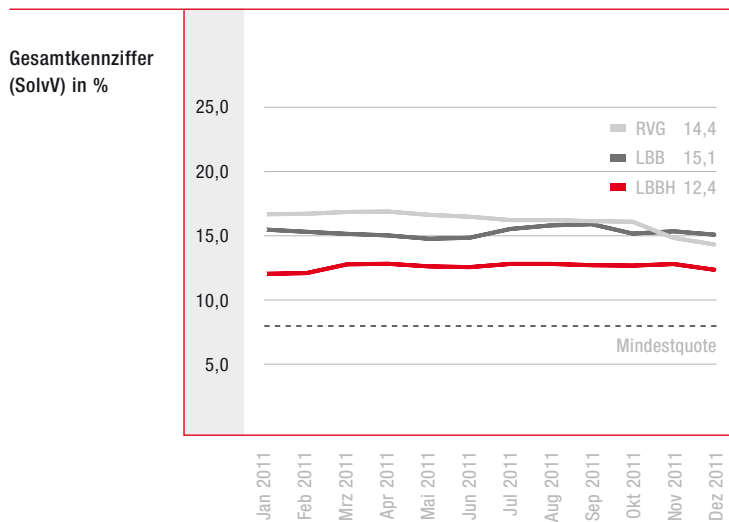
Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel werden auf Basis der HGB-Rechnungslegung der Unternehmen des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises bestimmt und unterscheiden sich dementsprechend vom bilanziellen Eigenkapital.

Im sonstigen Kapital wird die stille Einlage über 700 Mio. €, die in der LBB besteht und im Rahmen des Erwerbs der LBBH-Aktien von der S-Erwerbsgesellschaft übernommen wurde, ausgewiesen. Die stille Einlage darf nach geltendem Recht gemäß Übergangsvorschrift des KWG bis zum 31. Dezember 2020 weiterhin zu 100 % angerechnet werden. Es bestehen Überlegungen, die stille Einlage im Jahr 2012 in nach Basel III anerkanntes Kapital umzuwandeln.

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010
Eigenmittelstruktur der LBBH		
Eingezahltes Kapital	2.618	2.557
Sonstige anrechenbare Rücklagen ¹⁾	-454	-441
Sonstiges Kapital	700	700
Aktivischer Unterschiedsbetrag gemäß § 10a (6)	762	776
Immaterielle Vermögensgegenstände	-79	-75
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB	6	6
Sonstige Abzugsposten nach § 10 (2a)	-223	-302
Kernkapital für Solvenzzwecke	3.330	3.221
Ergänzungskapital für Solvenzzwecke (§ 10 (2b) KWG) und Drittrangmittel (§ 10 (2c) KWG)	881	860
nachrichtlich:		
Kapitalabzugspositionen insgesamt (nach § 10 (6) und (6a) KWG)	-445	-603
davon Abzugsbeträge nach § 10 (6a) 1 und 2 KWG	-291	-376
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital und anrechenbare Drittrangmittel	4.211	4.081

¹⁾ Auf Anforderung der Bundesbank wurden die bisher in der Kapitalrücklage angezeigten Beträge in die Sonstigen anrechenbaren Rücklagen umgegliedert.

Die nach IAS/IFRS bilanzierten Eigenkapitalbestandteile können der Note 17 (Eigenkapital) entnommen werden.



Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft im Jahr 2007 gehört die LBBH-Gruppe aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene des Einzelinstituts LBB sowie der Gruppen LBBH und RVG aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2011 werden für die LBB und LBBH-Gruppe die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBBH-Gruppe (LBB) betragen nach Feststellung 4.211 Mio. € (3.554 Mio. €) per 31. Dezember 2011. Die Änderung der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote der RVG zum November 2011 resultiert insbesondere aus der durch die S-Erwerbsgesellschaft erfolgten Abschreibung auf den Buchwert der gehaltenen Anteile an der Holding.

Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Kernkapitalquote der RVG-Gruppe 12,5 %, nach 15,24 % Ende des Vorjahres. Damit liegen wir über der Mindestquote von 9 %, die nach den jüngsten Beschlüssen des EU-Gipfels vom 26. Oktober 2011 ab Juli 2012 für eine Gruppe großer, international tätiger Banken nachgewiesen werden muss.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der Bank verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

Neben der regelmäßigen internen Stressbetrachtung nahm die Gruppe im Jahr 2011 an zwei EU-weiten Stresstests teil. Die am 15. Juli 2011 von der European Banking Authority (EBA) veröffentlichten Ergebnisse des ersten Stresstests zeigten, dass die Landesbank Berlin die Anforderungen erfüllt hat. Im Ergebnis des im adversen Szenario angenommenen Schocks änderte sich die geschätzte, konsolidierte harte Kernkapitalquote der RVG-Gruppe von 14,6 % am Jahresende 2010 auf 10,4 % im Jahr 2012. Der zweite, im Oktober durchgeführte Stresstest der EBA zielte auf die Frage, ob ein Institut bei Hinnahme von Wertverlusten auf Positionen mit Bonitätsrisiken von EU-Staaten eine Kernkapitalquote von 9 % erreicht. Wie am 26. Oktober 2011 mitgeteilt, erfüllte die Landesbank Berlin die Anforderungen. Im Ergebnis sah die EBA bei der Landesbank Berlin keinen Kapitalbedarf. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei der Berechnung unserer Kapitalquoten der aktivische Unterschiedsbetrag noch als Eigenkapital gezählt wird. Der aktivische Unterschiedsbetrag ist aus dem Goodwill, der beim Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG durch die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt wurde, begründet. Nach der künftigen Kapitaldefinition unter Basel III ist die Anrechnung des aktivischen Unterschiedsbetrags nicht mehr vorgesehen. Darüber hinaus gibt es mehrere aus Basel III resultierende Effekte, die dazu führen, dass sich insgesamt unsere Quote deutlich verringert.

Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und den aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des Internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des Internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement

auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. Der Vorstand der Berlin Hyp wird quartalsweise im Rahmen eines gesonderten Berichts über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite informiert.

Interne Kapitaladäquanz

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt und ist darüber in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel der Planung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

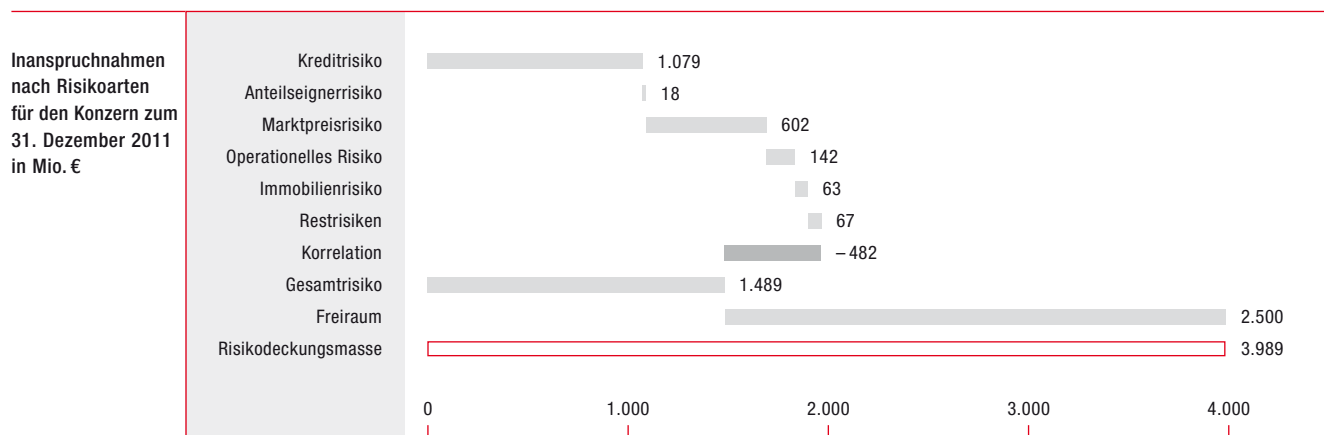
Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgen. Die interne Risikosituation weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Zur Vermeidung einer nicht steuerungsrelevanten Volatilität der Risikodeckungsmasse wird die Neubewertungsrücklage mit einem Durchschnittswert aus den vorangegangenen Drei-Monats-Ultimos angesetzt. Die Risikodeckungsmasse des Konzerns per 31. Dezember 2011 betrug 3.989 Mio. € (Vorjahr: 4.238 Mio. €). Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollausslastung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Im Dezember 2011 wurden – unter Berücksichtigung des von der Aufsicht veröffentlichten Papiers „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ – wesentliche Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept beschlossen, die sich auf die Höhe sowohl des Gesamtrisikos als auch der Risikodeckungsmasse auswirkten. Diese Anpassungen gelten seit dem 1. Januar 2012. Insbesondere werden nun latente Steuern sowie weitere Goodwill-Bestandteile bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse abgezogen. Ab diesem Zeitpunkt werden auf Konzernebene auch die Limite für fast alle Risikoarten erheblich verringert. Das daraus resultierende neue Gesamtrisikolimit beträgt 2.536 Mio. € (vorher 2.805 Mio. €).

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2011 im Konzern wie folgt dar:



Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und

das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei aber jederzeit gegeben. Die Stresstestergebnisse zum Jahresende auf Basis der Zahlen per November 2011 stellten sich wie folgt dar:

November 2011	Freiraum RTF in Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
Normal	2.524	10,1	12,8
Veränderungen Stresstest			
Stressszenario Rezession	-862	-2,0	-3,2

RTF: Risikotragfähigkeit, SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametrisierung dieses Szenarios bildet eine schwere wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -860 Mio. € der hier ausgewiesenen -862 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,2 %-Punkte beträgt 2,4 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Aufgrund der fortdauernden Spannungen an den Finanzmärkten und daraus resultierenden internen Überlegungen sowie aufgrund neuer Anforderungen der Aufsicht wurden die Stresstests auf Gesamtbankenkebene weiterentwickelt. Die Umsetzung erfolgte im Wesentlichen im Jahr 2011.

Insbesondere wurden die Stresstests um das Liquiditätsrisiko erweitert, so dass gegebenenfalls zusätzlicher Refinanzierungsaufwand in der gestressten Risikotragfähigkeit berücksichtigt wird. Der Stresstest für die Risikovorsorge wurde um weitere Portfolien ergänzt. Zusätzlich wurden sogenannte „Ad-hoc-Stresstests“ implementiert und Stresseffekte auf das HGB-Ergebnis simuliert.

Eine der wesentlichen Neuerungen der MaRisk 2010 sind sogenannte „inverse Stresstests“. Dabei ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells gefährden können. In einem ersten Schritt wurden die maßgeblichen Risikotreiber im Stressfall identifiziert und entsprechende Parameterveränderungen zum Eintreten der Szenarien (Verzehr des Freiraums der RTF und Unterschreitung von aufsichtsrechtlichen Quoten) abgeleitet. Dabei wird sowohl risikoübergreifend untersucht, wie sich die Szenarien verändern, als auch der Effekt pro maßgeblicher Risikoart berechnet. Die Durchführung des inversen Stresstests für 2011 hat ergeben, dass sich die Effekte im Szenario Rezession um circa 75 % verschärfen müssten, damit der Freiraum der Risikotragfähigkeit vollständig aufgebraucht wäre. Für die Unterschreitung der Kernkapitalquote müssten sich die Effekte um circa 230 % verstärken.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten besondere Prozesse.* Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

* Interne Ausnahmeregelung für Broker / Dealer (Da Kassageschäfte im In- und Ausland regelmäßig innerhalb von drei Bankarbeitstagen abgewickelt werden, bedarf es aus rechtlicher Sicht keiner Kontrahentenlimite für diese Geschäfte, soweit der vereinbarte Lieferzeitpunkt unter fünf Geschäftstagen liegt).

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Unter diesem Gesichtspunkt werden im Folgenden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen übernommen.

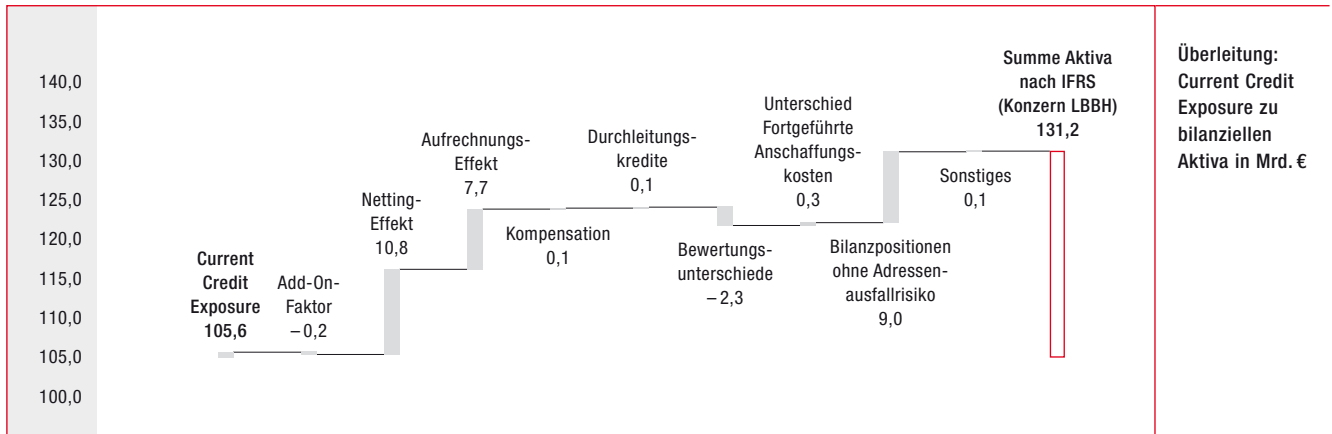
Aktuell differenziert der Konzern bei der Kreditrisiko-Exposuredarstellung im Risikobericht nicht durchgehend nach einer Bewertung mit dem Restbuchwert und der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert. Ein wesentlicher Teil des Current Credit Exposures (kommerzielle Kredite) beruht auf Buchwerten, bei den Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken beruht die Bewertung auf Marktpreisen. Für die letzteren Risiken ist aktuell eine Darstellung nach Buchwerten aufgrund prozessualer und datentechnischer Einschränkungen nicht umfassend möglich. Eine Ausnahme sind Einzelengagements und spezielle Portfolien, siehe die Darstellung zu den Exposures für ausgewählten Staaten.

Der Konzern arbeitet daran, die genannten Einschränkungen zu überwinden, und plant für den Jahresabschluss 2012 eine differenziertere Darstellung auch der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken nach Buchwerten und Zeitwerten.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem CCE und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Geschäften in Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das CCE berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (produktspezifische Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, wenn keine Collateralvereinbarung (Besicherungsvereinbarung) vorhanden ist.
- Eine Risikominderung entsteht durch Nettingvereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften können zur Absicherung der Kontrahentenrisiken zusätzlich zu den bereits abgeschlossenen Netting-Verträgen individuelle Collateral-Vereinbarungen geschlossen werden. Es handelt sich dabei um einen Anhang zum Rahmenvertrag. Es erfolgt produktspezifisch keine Ermittlung von Add-Ons, sobald eine Collateral-Vereinbarung existiert.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für den Konzern darstellen, werden nicht einbezogen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten methodischen Unterschiede ist eine Überleitung des CCE auf die bilanziellen Aktiva möglich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den bilanziellen Aktiva auch Bilanzpositionen ohne Adressenausfallrisiko – zum Beispiel immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen – enthalten sind. In der folgenden Grafik werden die wesentlichen Unterschiedseffekte zu den bilanziellen Aktiva dargestellt.



Überleitung:
Current Credit Exposure zu bilanziellen Aktiva in Mrd. €

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2011 rund 106 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 41 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 65 Mrd. € im CCE enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe ausgewiesen sein. Daraus resultieren die unterschiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich die

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Geschäftsfeldern auf 65.008 Mio. €, die Summe aufgegliedert nach Branchen beträgt jedoch 64.473 Mio. €.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerriefliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2011 folgende Aufteilung:

ADRESSENAUSFALLRISIKEN DES KONZERNES LBBH

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Konzern LBBH	117.067	123.871	105.582	112.248	41.233	38.502	64.348	73.746

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE auf die Geschäftsfelder

Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung entfiel.

GESCHÄFTSFELDDARSTELLUNG

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Private Kunden	13.627	11.005	7.408	4.879	6.579	4.019	829	860
Firmenkunden	6.927	6.877	5.074	4.940	5.073	4.940	0	0
Immobilienfinanzierung	49.618	51.000	46.697	47.802	27.714	27.151	18.984	20.651
davon Hypothekendarlehen	30.267	29.980	27.528	26.971	27.528	26.971	0	0
Kapitalmarktgeschäft	37.698	42.996	37.205	42.634	1.867	2.390	35.338	40.244
Sonstige	9.857	11.994	9.857	11.994	0	2	9.857	11.991
Summe Geschäftsfelder¹⁾	117.727	123.872	106.241	112.249	41.233	38.502	65.008	73.746

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung

betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

CCE-DARSTELLUNG NACH REGIONEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %
Deutschland	34.072	32.063	83	83	34.599	37.037	54	50
Berlin	13.766	14.104	33	37	5.077	4.850	8	7
Alte Bundesländer	15.850	13.458	39	35	26.814	29.225	42	40
Neue Bundesländer	4.456	4.501	11	12	2.708	2.962	4	4
Ausland	7.148	6.389	17	17	29.505	36.709	46	50
EU	5.254	4.403	13	11	23.391	27.721	36	38
Rest Ausland	1.894	1.986	4	5	6.114	8.988	10	12
Sonstige Inländer	13	51	0	0	369	0	1	0
Summe CCE-Regionen¹⁾	41.233	38.502	100	100	64.473	73.746	100	100

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkunden-

geschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

CCE-DARSTELLUNG NACH BRANCHEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %
Immobilienfinanzierung	24.053	21.827	58	57	561	310	1	0
Kreditgewerbe	4.704	3.553	11	9	43.066	51.789	67	70
Enthaftetes Geschäft (DetV)	0	2.628	0	7	0	1.940	0	3
Privatpersonen	6.039	3.779	15	10	0	0	0	0
Handel & Gewerbe	1.492	2.305	4	6	384	356	1	0
Dienstleistungen	2.195	2.378	5	6	344	327	0	0
Gesundheit & Soziales	307	837	1	2	2	1	0	0
Gebietskörperschaften	261	340	1	1	19.421	18.194	30	25
Beteiligungsgesellschaften	1.806	474	4	1	396	438	1	1
Versicherungen	23	28	0	0	110	120	0	0
Chemische Industrie	37	26	0	0	102	116	0	0
Sonstige	316	328	1	1	87	154	0	0
Summe CCE-Branchen¹⁾	41.233	38.502	100	100	64.473	73.746	100	100

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Die nachfolgende Aufgliederung nach Restlaufzeiten zeigt für die Kreditrisiken ein deutliches Gewicht im Bereich über fünf Jahre. Diese Struktur wird maß-

geblich durch unser Engagement im gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft geprägt.

CCE-DARSTELLUNG NACH RESTLAUFZEITEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	2011 in %	2010 in %
unter drei Monate	4.726	6.162	12	16	8.138	6.606	13	9
drei Monate bis ein Jahr	1.780	1.720	4	4	9.735	9.175	15	12
ein Jahr bis fünf Jahre	13.518	12.022	33	31	34.039	41.497	53	56
über fünf Jahre	21.209	18.598	51	48	12.436	16.468	19	22
Summe CCE-Restlaufzeiten¹⁾	41.233	38.502	100	100	64.348	73.746	100	100

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Gesamtengagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückten. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken

werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Der darin enthaltene Anteil der Staatsfinanzierungen betrug 3 % des Konzernengagements in allen EU-Ländern.

CCE-DARSTELLUNG NACH AUSGEWÄHLTEN STAATEN

in Mio. €	Current Credit Exposure		Netto-CCE	
	2011	2010	2011	2010
Griechenland	92	415	189	519
Nichtstaatliche Kreditnehmer	24	51	121	155
Staat	68	364	68	364
Irland (Republik)	614	1.188	477	1.059
Nichtstaatliche Kreditnehmer	614	1.188	477	1.059
Staat	0	0	0	0
Italien	2.287	3.426	2.295	3.450
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.984	2.916	1.992	2.940
Staat	303	510	303	510
Portugal	185	239	218	388
Nichtstaatliche Kreditnehmer	185	239	218	388
Staat	0	0	0	0
Spanien	2.251	3.721	2.216	3.648
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.848	3.317	1.755	3.188
Staat	403	404	461	460
Ungarn	223	287	223	292
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	57	0	33
Staat	213	230	223	258
Summe CCE ausgewählte Staaten	5.652	9.276	5.618	9.356
Nichtstaatliche Kreditnehmer	4.665	7.768	4.563	7.763
Staat	987	1.508	1.055	1.592

Das Netto-CCE ergibt sich aus dem Current Credit Exposure abzüglich Sicherheiten zuzüglich Risikoübertrag aus Garantiebeziehungen (Risikotransfer). Das bedeutet, dass Bürgschaften und Garantien beim Garantienehmer als Sicherheiten dargestellt werden und gleichzeitig beim Garantiegeber zu einer Blanko-Erhöhung führen. Beispielsweise halten wir

Anleihen von ausländischen Töchtern einer griechischen Bank (Mutterunternehmen), die von diesem griechischen Mutterunternehmen garantiert werden. Dadurch kommt es zu einem Risikotransfer weg von den ausländischen Töchtern hin zu Griechenland mit einhergehender Erhöhung des Netto-CCE bei der griechischen Bank (Mutterunternehmen).

EXPOSURE IN SCHULDINSTRUMENTEN IN AUSGEWÄHLTEN STAATEN ZUM 31. DEZEMBER 2011

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert ¹⁾	Stille Effekte ²⁾
Griechenland	386	209	-33
Nichtstaatliche Kreditnehmer	154	153	-33
Staat	232	56	0
Irland (Republik)	502	506	-30
Nichtstaatliche Kreditnehmer	502	506	-30
Staat	0	0	0
Italien	2.402	2.381	-181
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.092	2.065	-162
Staat	310	316	-19
Portugal	300	299	-84
Nichtstaatliche Kreditnehmer	300	299	-84
Staat	0	0	0
Spanien	2.380	2.301	-108
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.984	1.901	-91
Staat	396	400	-17
Ungarn	251	231	-14
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	10	-1
Staat	241	220	-13
Summe	6.221	5.927	-450
Nichtstaatliche Kreditnehmer	5.042	4.935	-401
Staat	1.179	992	-50

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

¹⁾ Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

²⁾ Die stillen Effekte beinhalten sowohl die stillen Lasten für Bestände in der Bewertungskategorie Loans and Receivables (LaR) als auch die Effekte in der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS). Die stillen Effekte ergeben sich aus der Differenz von Markt- und Buchwerten.

Nebenstehend ist das oben abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2011 aufgliedert:

BEWERTUNGSKATEGORIEN AUSGEWÄHLTER STAATEN

in Mio. €	31.12.2011
Held for Trading / Fair Value-Option (erfolgswirksame Bewertung)	595
Available for Sale (AfS) (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	952
Loans and Receivables (LaR) (fortgeführte Anschaffungskosten)	4.674
Summe	6.221

Angaben zum Griechenland-Exposure

Das Engagement des Konzerns in griechischen Staatsanleihen reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen im Jahr 2011 um rund 200 Mio. € (Nominalwerte).

Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps (CDS) auf griechische Staatsanleihen in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers gleichen sich per 31. Dezember 2011 aus. Das Gleiche gilt für die Buchwerte. Hieraus resultieren keine Bewertungseffekte.

Im Jahr 2011 spitzte sich die Staatsschuldenkrise in Griechenland weiter zu. Diese Entwicklung und die bisherigen Erkenntnisse um die Beteiligung privater Gläubiger veranlassten den Konzern, Abschreibungen insgesamt in Höhe von 184 Mio. € auf den Marktwert griechischer Staatsanleihen mit einem Nominalbetrag von 232 Mio. € vorzunehmen. Die Staatsanleihen sind fast ausschließlich der Kategorie LaR zugeordnet. Der Buchwert unter Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherungsbeziehungen beträgt 56 Mio. €. Der Großteil dieser Staatsanleihen wird bis 31. Dezember 2015 fällig (74 %); die letzte Endfälligkeit ist im März 2024.

Die weiteren mit Griechenland verbundenen Forderungen in der Kategorie LaR mit einem Nominalbetrag von 154 Mio. € beziehen sich überwiegend auf Töchter von griechischen Banken mit Sitz in Großbritannien. Um dem gestiegenen Risiko dieses Portfolios Rechnung zu tragen, wurde dafür eine Portfoliowertberichtigung von 24 Mio. € gebildet.

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 32 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus wurden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 11 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate wurden in Höhe von etwa 6 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € berücksichtigt.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die Bank zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die Bank das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von „Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)“ (bis August 2011 „Zentraler Kreditausschuss“ (ZKA)). Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, wird eine aktuelle Überprüfungspflicht für die Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen ausgelöst. Im Jahr 2011 bestand entsprechend den Unterlagen der Bank hieraus kein Handlungsbedarf.

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durchführung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikoccontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikoccontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikouberwachungseinheit nach § 152 der SolV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die 25-stufige Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelations-schätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen. Die erstmalige Anwendung der entsprechenden Modellerweiterung erfolgte zum Jahresbeginn 2011.

Reporting

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Alle Auswertungen werden dem Vorstand zur Kenntnis gegeben.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberziehungen unterrichtet.

Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

KREDITQUALITÄT

Risikoklassen in Mio. €	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmersrisiken	
	2011	2010	2011	2010
1 bis 3	22.833	23.681	61.926	71.487
4 bis 7	8.357	5.611	1.773	1.447
8 bis 12	5.439	4.214	484	396
13 bis 15	718	895	17	146
keine Risikoklasse verfügbar	987	400	67	217
CCE Konzern LBBH – weder überfällig noch wertgemindert	38.334	34.801	64.267	73.693
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>93,0 %</i>	<i>90,4 %</i>	<i>99,9 %</i>	<i>99,9 %</i>
Konzern LBBH	41.233	38.502	64.348	73.746

Kreditüberwachung

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern.

Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomes-
verfahren und insbesondere die Kreditprozesse
werden von der internen Revision regelmäßig über-
prüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere
Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Über-
wachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der
einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene
im Rahmen eines strategischen Kreditportfolio-
managements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkredit-
nehmerebene durch individuelle Limite für Kredit-
nehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und
Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden syste-
matisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess
unterworfen.

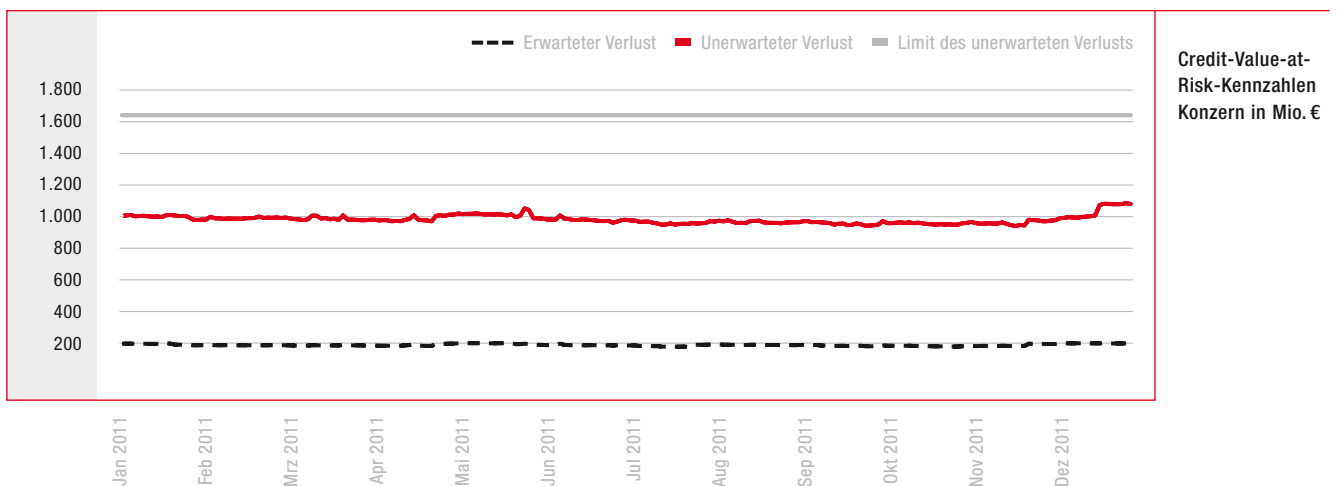
Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite
wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden
weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur
Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist
zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich.

Für das nicht in standardisierten Prozessen abzu-
wickelnde Geschäft werden individuelle Kreditent-
scheidungen in klar definierten Prozessen abhängig
von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt
getroffen. Die Entscheidung über größere Engage-
ments und deren Bearbeitung erfolgen dabei grund-
sätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden
täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditport-
foliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren
Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten
Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der
Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzern-
banken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in
Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein.
Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete
Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie
dessen Limit im Jahresverlauf 2011 dargestellt. Im
Dezember erfolgte die Aktualisierung der Para-
metrisierung des Kreditrisikomodells. Insbesondere
die Korrelationen wurden neu geschätzt. Durch
diese Maßnahme haben sich die Kreditrisikokenn-
zahlen des Konzerns erhöht.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand beschlossen. Eine unlimitierte Geschäftsausweitung ist seit 2011 nur noch in der höchsten Ratingklasse 1 (AAAA) möglich.

Die Systematik zur Länderrisikoermittlung wurde im Jahr 2011 weiter verbessert. Das Risiko wird jetzt als Summe der Länderexposures und Reservierungen (netto) ausgewiesen. Das für 2010 in der folgenden Tabelle dargestellte Auslandsvolumen wurde auf Basis des Netto Potential Future Exposures (Netto-PFE) berechnet und entspricht dem CCE inklusive Add-Ons nach Berücksichtigung von Sicherheiten.

Auslandsvolumen

in Mio. €	Exposure 2011	Netto-PFE 2010
Ohne Limitierung des Auslandsvolumens	21.135	26.980
Euro-Zone	12.121	11.762
Rest EU	7.135	8.233
Europa	1.416	1.466
Nordamerika	463	5.519
Limitiertes Auslandsvolumen mit	13.710	12.498
geringem Transferrisiko	12.796	12.159
mittlerem Transferrisiko	764	296
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	150	43
Konzern LBBH	34.845	39.478

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Im Folgenden findet sich eine Unterteilung des Portfolios mit Kreditrisiken nach Good Loans, Subperforming Loans und Nonperforming Loans sowie nach Alter der Forderung. Zusätzlich werden die Exposure von Kreditnehmern, die in Verzug sind, aber nicht wertberichtet wurden, ausgewiesen. Gleichzeitig wird die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolien wiedergegeben.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

CURRENT CREDIT EXPOSURE KREDITRISIKO

per 31.12.2011 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	6.212	18.463	4.851	8.167	37.693	30.578	102
davon Verzug ³⁾	26	13	7	80	126		
davon Rückständige Leistungen	6	4	1	62	73		
Subperforming Loans	78	475	61	148	762	372	102
davon Verzug ³⁾	4	16	1	26	47		
davon Rückständige Leistungen	0	3	0	15	18		
Nonperforming Loans	49	1.480	405	844	2.778	1.575	901
davon Verzug	3	102	72	62	239		
davon Rückständige Leistungen	0	88	46	27	161		
CCE des Konzerns LBBH	6.339	20.418	5.317	9.159	41.233		
davon Verzug	32	131	80	171	414		
davon Rückständige Leistungen	6	94	47	105	252		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen

²⁾ bei Good Loans und Subperforming Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;

bei Nonperforming Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

³⁾ Verzüge innerhalb der Gruppe Good und Subperforming Loans sind nicht wertgemindert.

CURRENT CREDIT EXPOSURE KREDITRISIKO

Vergleichswerte des Vorjahres

per 31.12.2010 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	4.707	13.551	3.497	12.853	34.608	28.499	117
davon Verzug ³⁾	196	117	57	304	674		
davon Rückständige Leistungen	0	2	3	90	96		
Subperforming Loans	118	511	45	473	1.146	805	117
davon Verzug ³⁾	6	53	7	86	151		
davon Rückständige Leistungen	0	15	0	65	80		
Nonperforming Loans	432	1.012	291	1.012	2.748	1.680	954
davon Verzug	134	200	2	58	394		
davon Rückständige Leistungen	1	15	0	8	23		
CCE des Konzerns LBBH	5.257	15.074	3.833	14.338	38.502		
davon Verzug	336	370	66	448	1.220		
davon Rückständige Leistungen	1	32	3	163	199		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen

²⁾ bei Good Loans und Subperforming Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;

bei Nonperforming Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

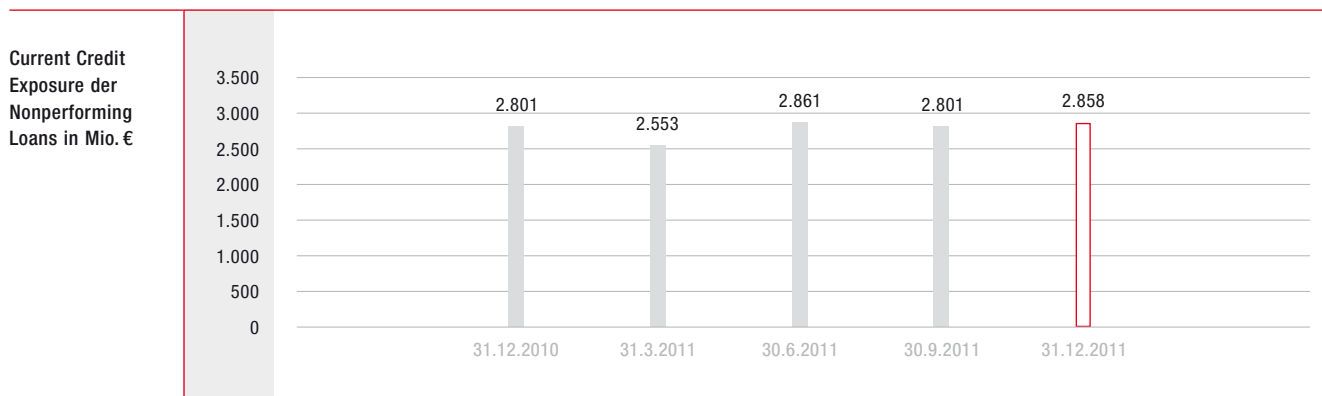
³⁾ Verzüge innerhalb der Gruppe Good und Subperforming Loans sind nicht wertgemindert.

Aufgrund der weitgehend risikoarmen Struktur der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken bestehen in diesen Bereichen so gut wie keine Sub- oder Nonperforming Loans. In der folgenden Tabelle wird das CCE nach Restlaufzeiten unterteilt.

CURRENT CREDIT EXPOSURE EMITTENTEN-, KONTRAHENTEN- UND KREDITNEHMERRISIKEN

in Mio. €	Restlaufzeit								Summe		in % ¹⁾	
	0 bis 3 Monate		3 Monate bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		> 5 Jahre		2011	2010	2011	2010
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010				
Subperforming	0	0	8	20	0	92	9	34	17	146	0,03	0,20
Nonperforming	0	0	6	25	57	11	17	18	80	53	0,12	0,07
Summe	0	0	14	45	57	102	26	51	97	199	0,15	0,27

¹⁾ vom CCE der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken



Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr annähernd konstant geblieben. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2011 bei 2,7 % (Vorjahresstichtag: 2,5 %).

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Es wird monatlich sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

Anteilseignerrisiken

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestands um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen Geschäftsfelder werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Insgesamt erhöhte sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr um rund 0,4 Mio. € oder 2 %. Mit der Deka Anteilseigner GmbH und der Deka Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG kamen zwei neue wesentliche Beteiligungen zur Jahresmitte 2011 hinzu.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die Gewährleistung der zentralen Liquiditätsversorgung des Konzerns ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Auswirkungen der Finanzkrise

Seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 ist die Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte eingeschränkt. Nachdem sich die Bedingungen in den Jahren 2009 und 2010 zunächst verbessert hatten, haben sie sich seit dem zweiten Quartal 2011 wieder deutlich verschlechtert. Viele Indikatoren sind vergleichbar mit jenen Werten, die im Jahr 2008 nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers zu beobachten gewesen waren. Ursache für die verschlechterten Bedingungen ist ein wachsender Vertrauensverlust an den Märkten, der ursprünglich durch die Diskussion über eine private Gläubigerbeteiligung für die Griechenlandrettung ausgelöst wurde.

Vor diesem Hintergrund hat die EZB ihren im Jahr 2010 eingeschlagenen Kurs der Zurücknahme von krisenbedingten Maßnahmen zur Stützung der Märkte verlassen. Sie stützt die Refinanzierungsmärkte der Banken erneut mit umfassenden Maßnahmen, die teilweise bereits in den Jahren 2008 und 2009 Anwendung fanden (zum Beispiel Refinanzierungsgeschäfte mit längerer Laufzeit, Fremdwährungsfazilitäten, Covered-Bond-Ankaufprogramm).

Trotz dieses angespannten Umfelds ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der LBB geordnet. Es gelang im gesamten Jahresverlauf 2011, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Vorhaltung ausreichender Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren. Die Ratingherabstufung der langfristig ungarantierten Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin AG von AA- auf A+ durch die Ratingagentur Fitch führte zu keiner anderen Einschätzung.

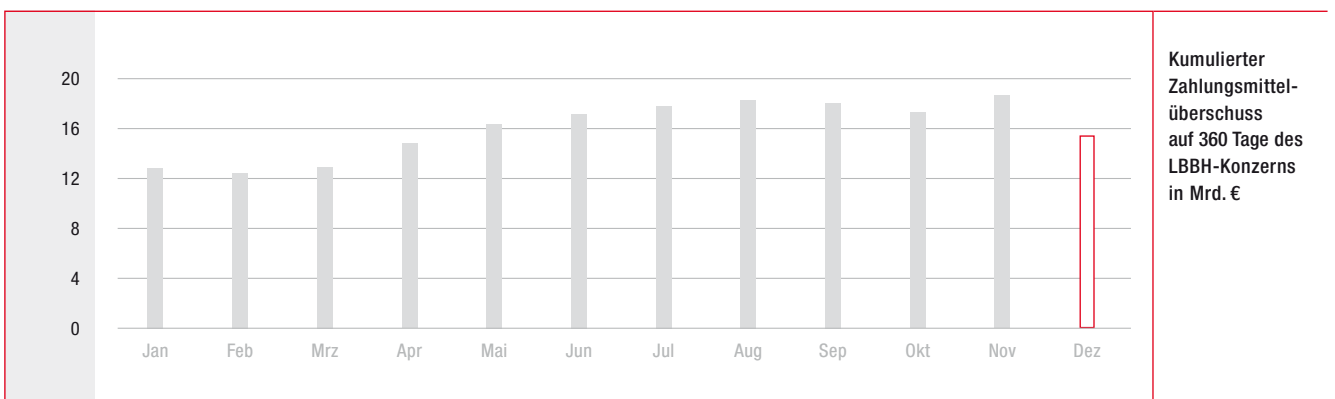
Grundlagen und Liquiditätskennziffer

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

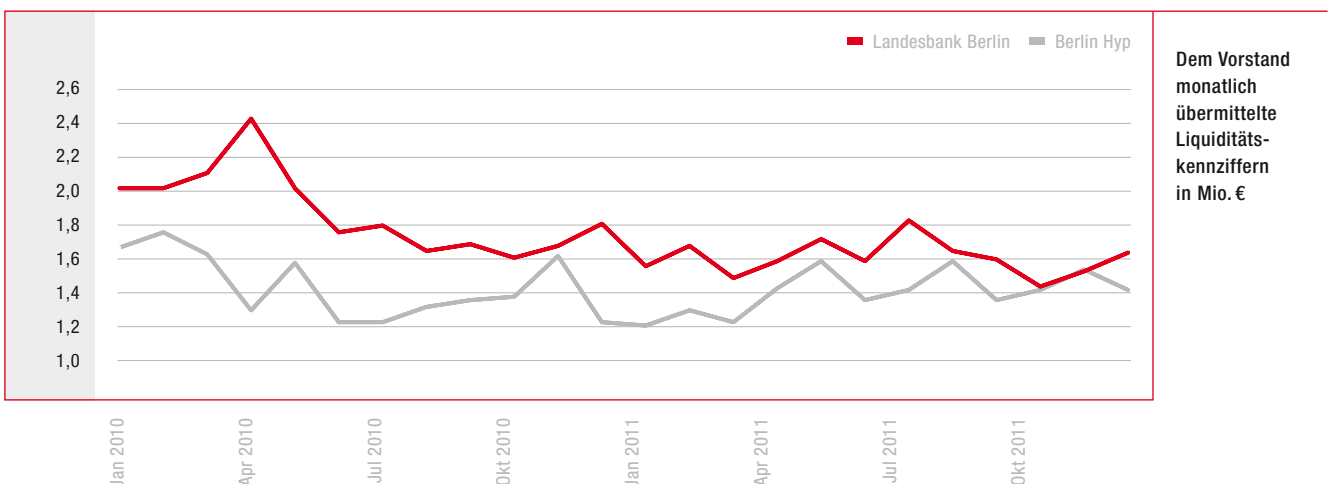


Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

Liquiditätskennziffer	2011	2010
Landesbank Berlin	1,64	1,81
Berlin Hyp	1,42	1,23

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für den Konzern ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikoccontrolling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert. Es existieren jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind. Im Jahr 2011 waren im Beschaffungsrisiko für alle beobachteten Szenarien jederzeit mehr Reserven vorhanden als zur Deckung der Cashflows benötigt wurden.

Das interne Liquiditätsrisikoccontrolling ist unterteilt in das Beschaffungs-, das Fristen- und das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Das Preisrisiko stellt das Risiko dar, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden.

Grundlage für alle Liquiditätsrisikobetrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Basis der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2011 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Risikokonzentrationen werden neben dem Beschaffungs- und Fristenrisiko in vordefinierten Reports separat betrachtet und turnusmäßig an den Vorstand berichtet.

Adressen- und branchenspezifische Konzentrationen bestehen bei unseren Einlagen aus der Sparkassen-Finanzgruppe, die seit 2008 stetig erfreulich gewachsen sind.

Währungsspezifische Konzentrationen bestehen in der Heimatwährung Euro. Das Exposure in Fremdwährungen ist relativ zur Bilanzsumme und zum Exposure von Wettbewerbern niedrig.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % in Deutschland. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf unter 20 % geschätzt wird.

Da sich auch im Jahr 2011 die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht effizient nutzen ließen, setzte die LBB ihre in den Jahren 2009 und 2010 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Diese Strategie der Konzentration auf eine Produktkategorie erwies sich als erfolgreich. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt. Hier wurde im Konzern im Berichtsjahr lediglich ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief der Berlin Hyp begeben, während die restlichen Refinanzierungen ebenfalls mit Hilfe von Privatplatzierungen vorgenommen wurden.

ANGABEN AUS DER BILANZ (PASSIVA)

in %	2011	2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24,8	25,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28,4	27,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	17,4	18,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	21,3	21,0
Andere Passiva	8,1	7,7
Konzern LBBH	100,0	100,0

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2011 gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettozahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

VERBINDLICHKEITEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mio. €	2011	2010
Kreditinstitute		
<= 1 Monat	19.003	23.230
> 1 Monat und <= 1 Jahr	11.563	6.129
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.008	1.756
> 5 Jahre	1.060	826
Gesamt	32.634	31.941
Kunden		
<= 1 Monat	24.220	23.642
> 1 Monat und <= 1 Jahr	5.673	4.092
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.934	6.630
> 5 Jahre	9.525	9.330
Gesamt	48.352	43.694
Emittierte Wertpapiere		
<= 1 Monat	809	1.725
> 1 Monat und <= 1 Jahr	8.019	10.429
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	31.166	32.492
> 5 Jahre	6.147	7.417
Gesamt	46.141	52.063
Derivate Verbindlichkeiten		
<= 1 Monat	3.972	3.788
> 1 Monat und <= 1 Jahr	3.507	4.051
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.088	6.388
> 5 Jahre	3.631	2.978
Gesamt	19.198	17.205

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread-Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch stehen der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten / -auslastungen, der Stress-testergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P & L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Frontoffice-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten

Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Markttrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risikocontrolling sowie das für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Vorstandsmitglieder,

- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.

Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen im Konzern

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

VALUE-AT-RISK KONZERN

in Mio. €	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	31.12.2011	31.12.2010
Kapitalmarktgeschäft	102	75	54	41	181	217	170	170
Client Business	–	8	–	4	–	22	–	27
Client Business Distribution	0	–	0	–	0	–	0	–
Client Business Production	11	–	5	–	24	–	24	–
Trading	–	6	–	3	–	16	–	60
Treasury	–	69	–	36	–	196	–	150
Treasury und Trading	91	–	42	–	173	–	170	–
Internationales Geschäft	1	1	0	0	2	2	5	5
Bankbuch	77	63	33	33	136	130	230	230
Bankbuch Landesbank	73	43	45	25	136	113	150	150
Bankbuch Berlin Hyp	35	37	14	16	59	115	85	85
Sonstige Bankbücher	2	1	1	1	4	2	–	5
Konzern	127	108	56	56	237	341	400	400
Aktienrisiko	9	17	4	14	18	35		
Währungsrisiko	13	10	7	6	21	18		
Zinsrisiko	55	52	26	24	114	134		
Credit-Spread-Risiko	86	69	39	31	175	174		
Konzern	127	108	56	56	237	341		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzernwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurde die Portfoliostruktur für Client Business und Treasury und Trading geändert. Somit sind in Teilen für 2010 beziehungsweise 2011 keine Werte verfügbar.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Value-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolien sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stress-test entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2011 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich gesunken.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

in Mio. €	+ 100 BP		– 100 BP	
	2011	2010	2011	2010
Konzern	–111	–257	79	19
LBB	–75	–197	43	–8
Berlin Hyp	–22	–57	21	23
Andere	–13	–3	15	4

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

in Mio. €	+ 200 BP		– 200 BP	
	2011	2010	2011	2010
LBB (Anlagebuch)	–148	–371	–31	–108

Für die damals zum Stichtag 31. Dezember 2010 geltenden Vorschriften wurden die Werte für +130 BP (–246 Mio. €) und –190 BP (–73 Mio. €) angegeben.

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile und mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei null. Daraus resultiert im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Die Bank plant mit Blick auf das aktuelle Umfeld sehr niedriger Zinsen eine Modellanpassung zur Berücksichtigung von negativen Zinsen.

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Währungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 13 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollar.

Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im „Treasury und Trading“ sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Bei der Behandlung des überwiegend im Anlagebuch verbuchten Fondsportfolios wird zwischen Fonds unterschieden, die eine Durchschau zulassen, sowie den übrigen Fonds, die wie Aktien behandelt werden. Im Handelsbuch wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Hinzu kommen spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns

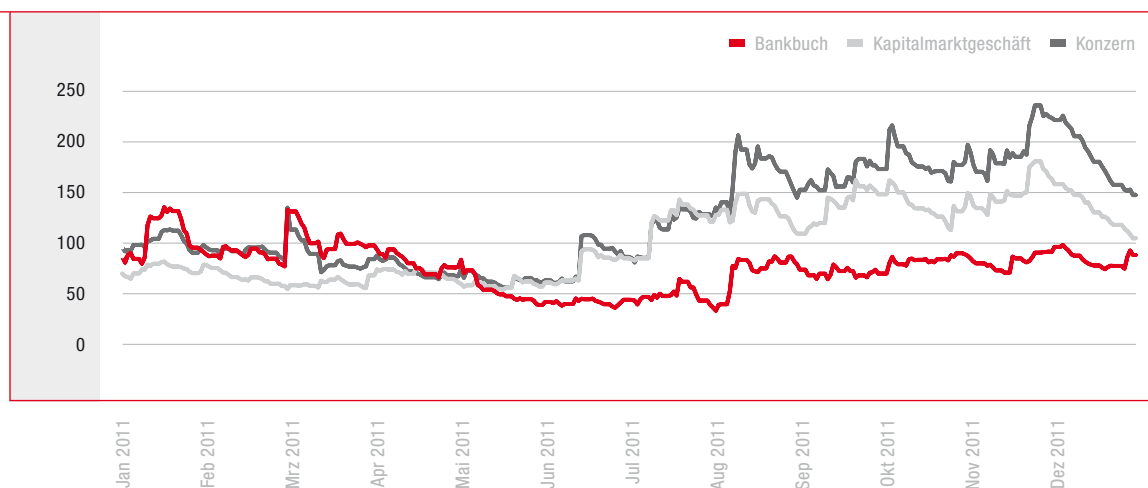
Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2011 im Vergleich zum 31. Dezember 2010 um 50 Mio. € auf 148 Mio. € gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2011 betrug es 127 Mio. €.

Anfang März stieg das Risiko sprunghaft auf 135 Mio. €. Hauptursache hierfür war der plötzliche Anstieg der Zinsvolatilitäten infolge der deutlichen Hinweise auf eine im April bevorstehende Leitzinserhöhung der EZB. Sich wieder beruhigende Marktvolatilitäten führten anschließend zu einem stetigen Risikorückgang, der bis Mitte Juni anhielt. Aufgrund gestiegener Preisvolatilitäten europäischer Bankentitel kam es im Juni auf Konzernebene zu einem erneuten sprunghaften Risikoanstieg von 64 Mio. € auf 106 Mio. €.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres führte die wachsende Unsicherheit an den Finanzmärkten wegen der europäischen Schuldenkrise zu stark steigenden Credit Spread- und Zins-Volatilitäten. Das Marktpreisrisiko stieg auf bis zu 237 Mio. €.

Im Jahresverlauf 2011 ergaben sich die folgenden Auslastungen für den Konzern (Limit: 400 Mio. €), das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 230 Mio. €):

Marktpreisrisiko
des Konzerns
in Mio. €



Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Im Jahr 2011 wurde das bislang für Aktienrisiken angewandte Single Index Model durch eine integrative Betrachtung aller einzelnen Aktienrisiken im Delta-Gamma-Ansatz analog sonstiger Risiken ersetzt. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken ebenfalls integrativ erfasst.

Zum Ende des Berichtsjahres erfolgte zudem im Einklang mit der Änderung der Solvabilitätsverordnung eine Änderung der Ermittlung des Risikos für die Marktrisikoposition der LBB. Aufgrund der Verwendung des Maximums zweier unterschiedlich parametrisierter Value-at-Risk-Berechnungen führt diese zu einer noch konservativeren Risikounterlegung.

Die Korrelationen der nach der Umstellung auf den vollen Delta-Gamma-Ansatz nunmehr circa 12.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an

denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, belief sich zum Jahresende trotz der massiven Verschärfung der Finanzkrise im Euro-Raum auf lediglich sechs.

Weitere Veränderungen aufgrund der zum Jahresultimo in Kraft getretenen Änderungen der Solvabilitätsverordnung beinhalten insbesondere die zusätzliche Ermittlung des Krisenrisikobetrags (Stressed VaR) und die Ermittlung des zusätzlichen Ausfall- und Migrationsrisikos (Incremental Risk Charge, IRC) im Rahmen des internen Modells für die Marktrisikoposition der LBB.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Sicherungsbeziehungen

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert.

Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang vorgenommen. Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

VERBRIEFUNGSPORTFOLIO DES KONZERNS PER 31. DEZEMBER 2011

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. grade	Default	Not rated
Ausgewählte strukturierte Verbriefungen	3.127	3.110	2.271	185	269	254	81	50	0
CMBS	48	48	0	21	8	0	19	0	0
RMBS	1.929	1.914	1.504	7	112	179	62	50	0
Verbriefte Auto Loans	511	511	511	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	552	550	219	157	99	75	0	0	0
Verbriefte Credit Loans	87	87	37	0	50	0	0	0	0
CDO	1.232	1.194	108	777	209	55	45	0	0
Synthetische CDOs	37	29	0	0	0	16	13	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	1.138	1.137	108	776	207	39	7	0	0
CDO of ABS	57	28	0	1	2	0	25	0	0
Sonstige strukturierte Verbriefungen	447	377	34	98	75	14	66	0	90
Konzern LBBH	4.806	4.681	2.413	1.060	553	323	192	50	90

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security; RMBS: Residential Mortgage Backed Security; CDO: Collateralized Debt Obligation; ABS: Asset Backed Security

Bei den sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind, sowie um 90 Mio. € als solche nicht geratete Fonds, die Verbriefungen enthalten.

Immobilienrisiken

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilienportfolios weiter abzubauen.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ging im Jahresverlauf 2011, im Wesentlichen aufgrund der Veräußerung von Fondsanteilen sowie von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen, um circa 9,5 Mio. € beziehungsweise 13,1 % zurück.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften, verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- den Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken

Die im Jahr 2010 begonnene Prüfung zur Zertifizierung eines fortgeschrittenen Messmodells zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken (AMA – Advanced Measurement Approach) wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und erfolgreich abgeschlossen. Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung operationeller Risiken verwendet der Konzern per 31. Dezember 2011 somit einen fortgeschrittenen Messansatz (AMA) gemäß § 278 SolvV. Unter Anwendung des AMA wurde im Jahr 2011 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 154 Mio. € (Vorjahr: 212 Mio. € nach Standardansatz) ermittelt.

Der Konzern hat sein internes Modell zur Berechnung des ökonomischen Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts auf Basis der gesetzlichen Anforderungen zur Anwendung eines AMA verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern / extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium OpRisk (DakOR) wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese Szenarien werden in der Szenarioanalyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadenfallsammlung (ÖffSchOR) herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur

Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle strategischen Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2011 für den Konzern einen Wert von 142 Mio. € (Vorjahresstichtag: 120 Mio. €). Die Veränderung zum Vorjahr ergab sich im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen im Modell aufgrund der Ergebnisse der AMA-Prüfung sowie der Schadensfallentwicklung (Datenkonsortium).

Compliance

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliancegerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliancegerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance).

Der Konzern hat im Berichtsjahr nach den neuen Anforderungen des Kreditwesengesetzes zur Intensivierung der Betrugs- und Geldwäscheprävention (§ 25c KWG) im Bereich Compliance eine „zentrale Stelle“ etabliert. Die Aufgabe der „zentralen Stelle“ besteht insbesondere in der Koordination, Unterstützung und Kontrolle bei der Implementierung von Maßnahmen zur Verhinderung der genannten Delikte. Die „zentrale Stelle“ koordiniert außerdem interne Untersuchungen bei Verdachtsfällen auf strafbare Handlungen und vertritt die Bank bei Bedarf gegenüber den staatlichen Ermittlungsbehörden. Zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verfügt die „zentrale Stelle“ über technische Auswertungsmöglichkeiten von verdächtigen Zahlungsflüssen.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüsselkontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) analysiert und bewertet.

Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.

- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoidikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit orientierte sich bisher an der ISO-Norm ISO/IEC 27002:2005. Im Zusammenhang mit der OSPlus-Migration zur Finanz Informatik hat sich die LBB vertraglich verpflichtet, den Best Practice Standard „Sicherer IT-Betrieb“ (SITB) der Finanz Informatik als neuen Informationssicherheitsstandard im Konzern zu etablieren.

Die Finanz Informatik hat den SIZ-Standard SITB zu einem Best Practice Standard für Finanzinstitute (SITB) verdichtet. Der SITB ist selbst ein zertifizierbarer Standard, stellt aber darüber hinaus die Einhaltung von nationalen und internationalen Standards und Regelwerken sicher. Im SITB werden nicht nur die wichtigsten Standards für das Sicherheitsmanagement (ISO/IEC 27001:2005, ISO/IEC 27002:2005, BSI IT-Grundschutz-Standards) berücksichtigt, sondern auch Betriebsführungs- (ITIL) und Prüfungsstandards (zum Beispiel IDW, COBIT) sowie branchen- oder organisationsspezifische Standards. Insofern ist mit der Neuorientierung der LBB am SITB eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum).

Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So wurde die BankenService GmbH als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001:2008 im Jahr 2009 erstmalig rezertifiziert. Die nächste Rezertifizierung steht im Jahr 2012 an.

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2011 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur:

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen (zum Beispiel Basel III, IFRS 9),
- Modernisierung, Konsolidierung, Standardisierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Prozesse,
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik,
- Optimierung der Infrastruktur im Kapitalmarktgeschäft sowie
- Etablierung der S-Kreditpartner GmbH und Integration von Kreditportfolien der readybank ag.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallmanagement

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie der Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Der Konzern führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Einkaufsmanagement implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 sogenannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Das Land und der LBB-Konzern werden sich im Jahr 2012 über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision verständigen. Solange das Land und der Konzern keine Einigung erzielen, bleibt es bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene Interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolg sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2011 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgen auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Infrastruktur Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

Chancen- und Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung/Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das weltwirtschaftliche Umfeld schwächt sich ab. In den Klimaindikatoren zeigen die Erwartungen eine bestenfalls noch verhaltene Entwicklung an. Allerdings ist die Ausgangslage in wesentlich geringerem Umfang durch zyklische Übertreibungen gekennzeichnet als 2008. Dies spricht gegen eine ausgeprägte Abkühlung. Zudem verfügt insbesondere die deutsche Industrie noch über komfortable Auftragspolster. Auch die hiesige Konjunktur wird allerdings durch nachlassende Aufholeffekte und die lahmende Auslandsnachfrage seitens der europäischen Partner in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem am Rand der Euro-Zone (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) werden die Sparbemühungen fortgesetzt. Auch in den USA vollzieht sich ein Übergang von einer stimulierenden zur konsolidierenden Finanzpolitik. Das Konsumwachstum bleibt dort ebenfalls schwach, weil die Privathaushalte weiterhin nur geringe Einkommenssteigerungen erzielen und ihre Sparquote eher wieder steigern müssen. Gemildert werden die Abwärtsrisiken durch weiterhin großzügige Liquiditätsbedingungen und die vergleichsweise hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft.

Die Wachstumsrate in der Kernregion Berlin-Brandenburg wird sich wieder dem Bundesdurchschnitt angleichen, aber im Ausblick eher leicht darüber liegen. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Nicht zuletzt der Ausbau des Tourismus wirkt stabilisierend. Wachstumskerne bleiben darüber hinaus die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie die Informations- und Kommunikationstechnik. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen.

Die Preissteigerungsraten bildeten sich im Jahresverlauf weiter zurück, so dass die EZB mit Rücksicht auf die zugespitzte Verschuldungssituation an der Peripherie der Euro-Zone und die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor einen stützenden Kurs beibehalten kann. Trotz ihrer Marktintervention und der Fortführung der international abgestimmten Auffanglösungen ist bisher aber keine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelungen. Von dauerhaft hohen Risikoaufschlägen für die betroffenen Länder und robuster Nachfrage nach deutschen Anleihen ist auch weiterhin auszugehen. Die Renditen bleiben dementsprechend niedrig, erweisen sich dabei jedoch weiterhin als sehr schwankungsanfällig.

Das Kreditgewerbe bewegt sich folglich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Trotz niedriger Leitzinsen bleibt die Zinskurve ungewöhnlich flach. Dies schmälert die Ertragschancen aus der Fristentransformation. Auch die insgesamt volatile Marktentwicklung und nachteilige Rückwirkungen von Schuldenrestrukturierungen auf die Risikovorsorge der Institute bleiben Belastungsfaktoren. Vor diesem Hintergrund bleiben Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute ungünstig. Höhere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität werden somit in vielen Fällen nicht allein per Thesaurierung erfüllt werden können.

Geschäftliche Ausrichtung

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die Investitionspolitik wird einer kritischen Prüfung unterzogen.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die

strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Der Konzern nimmt dabei immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel- / Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die konjunkturelle Entwicklung bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Die strategische Neuausrichtung im Kapitalmarktgeschäft soll die Ertragsstruktur verbessern und die Ergebnisvolatilität und Risiken verringern. Die regulatorischen Änderungen mit Basel III, vor allem die verschärften Anforderungen an die Kapital- und Liquiditätsausstattung, werden bei der Entwicklung der Geschäftsfelder zu berücksichtigen sein und wirken tendenziell wachstumsdämpfend.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Dabei muss der Konzern die verschärften regulatorischen Anforderungen berücksichtigen sowie die erhöhten Eigenkapitalanforderungen erfüllen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumsfelds sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Im Jahr 2011 hat sich das Wachstum bei den Girokontomodellen fortgesetzt. Wir gehen auch weiterhin von einer positiven Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Dies unterstreicht der 2011 erneut gewonnene erste Platz im CityContest der Zeitschrift „Focus Money“ („Sieger Bankentest Berlin“), der auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse bestätigt.

Chancen ergeben sich aus der kompetenzorientierten Neuausrichtung des Vertriebs im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten- und Direktbankgeschäft sowie das Konsumentenkredit-Geschäft. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der neu gegründeten S-Kreditpartner GmbH.

Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Private Kunden wurde im Projekt „Wege zum Kunden“ organisatorisch abgeschlossen. Die operative Umsetzung begann in der zweiten Jahreshälfte 2010 und wird Ende 2012 beendet sein. Die Beratungsqualität unseres Hauses wird in den FinanzCentern neu gebündelt, die den PrivatkundenCentern an die Seite gestellt sind. Für vermögende Kunden stehen unverändert die Vermögensanlage-Center zur Verfügung. Dies ermöglicht eine intensivere Kundenbetreuung und eine verbesserte Nutzung unserer Kompetenzen durch die Kunden.

Dies wurde 2011 durch externe Vergleichstests, zum Beispiel durch das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ), bestätigt, welches der Berliner Sparkasse den ersten Platz sowohl in der Beratung Geldanlage als auch in der Beratung Altersvorsorge bescheinigte. Darüber hinaus haben die gegründeten Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ ihre Geschäftstätigkeit erfolgreich aufgenommen. Hier werden unsere Kunden betreut, die einen medialen Kontakt zu ihrer Bank dem Besuch in einer Vertriebsstelle vorziehen oder die den Besuch ihres Beraters zu Hause wünschen. Das Projekt soll zu weiterem Wachstum des Geschäftsvolumens und damit einhergehenden Ertragssteigerungen führen. Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt.

Mitte 2011 nahm die S-Kreditpartner GmbH ihren Geschäftsbetrieb auf, ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Deutsche S-Leasing. Darüber hinaus erfolgte die Integration ausgewählter Aktivitäten der readybank in die S-Kreditpartner GmbH. Kerngeschäft der S-Kreditpartner GmbH sind Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Kfz-Finanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen. Damit unterstützen wir aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangene Marktanteile der Sparkassen im Kreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Im überregionalen Kartengeschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Die Neuorganisation der Vertriebsstruktur bis Ende 2012 erfordert Investitionen in den Umbau von Vertriebsstandorten, die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern und den Ausbau des Direktbankgeschäfts über den Internetauftritt der Berliner Sparkasse und Direktwerbemaßnahmen.

Des Weiteren wurde mit der Weiterentwicklung der Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft begonnen. Ziele sind die Steigerung der Wertpapierkompetenz und deren Wahrnehmung im Markt sowie der Ausbau des Geschäfts. Die operative Umsetzung im Vertrieb erfolgt im Jahr 2012.

Risiken liegen in der Nichterreichung des geplanten Geschäftswachstums im Wettbewerbsumfeld oder aufgrund von künftigen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Im Geschäft mit Privaten Kunden werden wir das 2011 ausgewiesene Ergebnis in den nächsten beiden Jahren nicht erreichen. Wir erwarten für die nächsten zwei Jahre stabile Erträge, temporär belastend werden sich die erheblichen, zur langfristigen Sicherung unseres Geschäftserfolgs aber notwendigen Investitionen auf das Ergebnis auswirken. Wir erwarten eine Eigenkapitalrentabilität in der Größenordnung von rund 20 %.

Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden der Landesbank Berlin AG gehört im Kernmarkt Berlin und Umland zu den führenden Marktteilnehmern. Das wirtschaftliche Umfeld dieses Regionalmarkts ist durch kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, einen hohen Anteil vor allem kleiner Dienstleistungsunternehmen sowie geringe Industriedichte mit begrenzten Wachstumsaussichten geprägt.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden wird Gewerbetunden und mittelständische Unternehmen auch weiterhin durch ein umfassendes Finanzdienstleistungsangebot, Kundennähe und Kompetenz überzeugen. Die Kunden vertrauen der Expertise und dem verlässlichen Geschäftsmodell und bestätigen dies durch kontinuierlich hohe Loyalitätsquoten.

So wurde die Landesbank Berlin AG im Jahr 2011 für herausragende Leistungen mit dem internationalen Preis „victor® – Bank des Jahres“ in der Kategorie Firmenkunden geehrt. Wir gehen auch weiterhin von einem hohen Niveau der Marktakzeptanz aus und verbinden unser Leistungsversprechen mit Qualität und einem ausgewogenen Preis-Leistungs-Verhältnis. Das Vertrauen unserer Kunden eröffnet Chancen zur weiteren Stärkung und Intensivierung der Geschäftsbeziehungen sowie für die Akquisition neuer Kunden. Im Rahmen einer ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik bleibt die Festigung der starken Marktposition ein wichtiges strategisches Ziel.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen unserer Kernregion erwarten, zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft, die Umwelt- und Energietechnik oder die Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Region verzeichnet eine sehr hohe Gründungsintensität. In der Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Berlin wird die Beratung und Finanzierung von Unternehmensgründungen weiterhin einen großen Stellenwert im Geschäftsfeld Firmenkunden haben.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden wird auch in Zukunft in Qualität als Wettbewerbsfaktor investieren. Die Umsetzung der Qualitätsstrategie bleibt in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen ein zentrales Ziel. So wird die durch den TÜV Rheinland zertifizierte Beratungs- und Servicequalität für alle Vertriebswege im Firmenkundengeschäft regelmäßig einem Re-Audit unterzogen. Das bereits erreichte, hohe Qualitätsniveau soll dadurch weiter gefestigt werden.

Das Geschäftsfeld erwartet eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung, jedoch wird sich der Ergebnisbeitrag unter anderem infolge des zunehmenden Drucks auf die Zinsmargen in den nächsten beiden Jahren eher moderat positiv entwickeln. Im Firmenkundengeschäft wird eine Eigenkapitalrentabilität von über 20 % angestrebt.

Immobilienfinanzierung

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte 2011 seine Position unter den Top 3 der inländischen Immobilienfinanzierer weiter festigen.

Auch künftig bleibt die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bundesweit auf Investoren-Finanzierung und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing bestehen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

Nachdem die Immobilienmärkte 2011 beim Transaktionsvolumen nochmals zulegen konnten, wird vor dem Hintergrund der Staatsschulden- und Euro-Krise für 2012 keine wesentliche Steigerung erwartet. Einhergehend mit der Rückkehr von Wettbewerbern an den Markt und dem massiven Auftreten der Versicherungsunternehmen werden die Chancen auf Neugeschäftswachstum erheblich geschmälert. Hinzu kommen die bereits 2011 festzustellenden rückläufigen Aktivitäten der Kapitalanlagegesellschaften. Der starke Wettbewerb zeigt sich bereits durch massiven Druck auf die Margen und durch eine teilweise höhere Risikobereitschaft einiger Wettbewerber.

Chancen für eine Neugeschäftsausweitung sehen wir in einer noch intensiveren Zusammenarbeit mit den deutschen Sparkassen. Hiervon versprechen wir uns eine noch bessere Marktdurchdringung. Die Erweiterung unserer Produktpalette und unseres Dienstleistungsangebots soll zusätzliches Ertragspotenzial heben.

Vor diesem Gesamthintergrund erwarten wir für 2012 keine Fortsetzung des starken Anstiegs des Kreditbestands wie im Vorjahr und schließen auch einen leichten Anstieg der Risikovorsorge nicht aus. Die 2011 erreichte Steigerungsrate des Ergebnisses wird aus diesen Gründen in den nächsten zwei Jahren abflachen. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung geht von einer Eigenkapitalrentabilität von mehr als 20 % aus.

Kapitalmarktgeschäft

Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden die Weichen auf die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz gestellt. Die Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordern die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Investitionen in technische Plattformen, um die benötigten marktgängigen strukturierten Produkte zeitnah, wettbewerbsfähig und in den benötigten Volumina anbieten zu können. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur stehen deshalb im Mittelpunkt der nächsten Jahre.

In den letzten Jahren hat die LBB mehrere Preise für innovative Produkte (Zertifikate) mit hoher Qualität und ausgezeichnetem Service gewonnen. Dieser Wettbewerbsvorteil wird verstärkt für den Ausbau des Kundengeschäfts genutzt. Die Bank wird als Partner und Dienstleister die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen und dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Die Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale zielen auf die Erwirtschaftung stabiler Erträge und auf die weitere Verringerung der Ergebnisvolatilität des Geschäftsfelds. Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft für die kommenden zwei Jahre ein deutlich positives Ergebnis an und erwartet eine Eigenkapitalrentabilität von rund 15 %.

Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise hat zu einer Korrektur der bisherigen Ergebniserwartungen geführt.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden/Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2016 reicht. Darüber hinaus werden zur Einschätzung des Konzernergebnisses und der Eigenkapitalrentabilität die Segmente Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung berücksichtigt und somit die Eigenkapitalrentabilität des Konzerns um circa 8 % gemindert.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung/Gesamtaussage

Der Konzern erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Der Konzern geht davon aus, seine positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Euro-Zone erschweren jedoch eine Prognose. Der Vorstand geht nach dem schlechten Ergebnis des Jahres 2011 für die nächsten zwei Jahre davon aus, das Ergebnis vor Steuern auf das Niveau des Geschäftsjahres 2010 steigern zu können, die Kapitalbasis kontinuierlich zu stärken, dabei eine Dividendenzahlung wieder zu ermöglichen und eine Eigenkapitalrentabilität von circa 9 % zu erreichen.

Jahresabschluss des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	118
Bilanz des Konzerns	120
Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	122
Kapitalflussrechnung des Konzerns	124
Notes	126
Allgemeine Angaben (Notes)	128
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	139
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	151
Angaben zur Bilanz (Notes)	159
Sonstige Erläuterungen (Notes)	186

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung	in %
Zinsüberschuss	21	951	725	226	31
Zinserträge		4.286	4.174	112	3
Zinsaufwendungen		3.335	3.449	-114	-3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	83	105	-22	-21
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		868	620	248	40
Provisionsüberschuss	23	269	274	-5	-2
Provisionserträge		432	421	11	3
Provisionsaufwendungen		163	147	16	11
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-2	7	-9	<-100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	-16	349	-365	<-100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-163	-22	-141	<-100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	-24	8	-32	<-100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	121	84	37	44
Verwaltungsaufwendungen	29	982	1.003	-21	-2
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe		71	317	-246	-78
Aufwand Bankenabgabe	30	30	0	30	x
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern		41	317	-276	-87
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	120	52	68	>100
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		-79	265	-344	<-100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		4	-2	6	>100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		-83	267	-350	<-100

Ergebnis je Aktie	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	-83	267	<-100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)¹⁾	-0,08	0,27	<-100

¹⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %	
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern¹⁾	-79	265	-344	< -100
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	-191	49	-240	< -100
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-56	-7	-49	< -100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-12	-7	-5	-71
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21	16	5	31
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	-51	31	-82	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	-1	0	-1	x
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	5	-4	9	> 100
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	-50	31	-81	< -100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-4	-2	-2	-100
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	-15	9	-24	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	0	0	0
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis¹⁾	-181	31	-212	< -100
Gesamtergebnis der Periode	-260	296	-556	< -100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	3	-1	4	> 100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	4	-2	6	> 100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	-1	1	-2	< -100
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	-263	297	-560	< -100

¹⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2011

Aktiva

in Mio. €	Notes	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
					in %
Barreserve	7, 33	983	830	153	18
Forderungen an Kreditinstitute	8, 34	16.720	16.750	-30	0
Forderungen an Kunden	8, 35	47.810	46.468	1.342	3
Risikovorsorge	8, 36	-988	-1.058	70	7
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 37	1.658	1.182	476	40
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	8, 38	18.237	17.198	1.039	6
Finanzanlagen	8, 39	40.924	45.013	-4.089	-9
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	247	90	157	>100
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	685	681	4	1
Sachanlagen	11, 12, 42	528	550	-22	-4
Investment Properties	13, 43	48	59	-11	-19
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	19, 44	35	55	-20	-36
Latente Ertragsteueransprüche	19, 44	668	720	-52	-7
Sonstige Aktiva	45	3.620	2.927	693	24
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	14, 46	0	12	-12	-100
Gesamt		131.175	131.477	-302	0

Passiva

in Mio. €	Notes	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
					in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8, 47	32.586	32.840	-254	-1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8, 48	37.227	36.092	1.135	3
Verbriefte Verbindlichkeiten	8, 49	22.806	24.695	-1.889	-8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 50	2.624	2.000	624	31
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	8, 51	27.995	27.669	326	1
Rückstellungen	15, 52	1.235	1.192	43	4
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	19, 53	122	120	2	2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	19, 53	10	15	-5	-33
Sonstige Passiva	54	1.964	1.884	80	4
Nachrangkapital	16, 55	2.288	2.248	40	2
davon Stille Einlagen		700	700	0	0
Eigenkapital	17, 56	2.318	2.722	-404	-15
Gezeichnetes Kapital	17, 56	2.555	2.555	0	0
Kapitalrücklage	17, 56	77	77	0	0
Gewinnrücklagen	17, 56	-1	258	-259	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	17, 56	0	1	-1	-100
Neubewertungsrücklagen	17, 56	-324	-181	-143	-79
Anteile im Fremdbesitz	17, 56	11	12	-1	-8
Gesamt		131.175	131.477	-302	0

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn/-verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2009		2.555	77	137	1	-196	138	0	2.712
Anpassungen gemäß IAS 8	57			-7		7			0
Eigenkapital zum 31.12.2009 (angepasst)		2.555	77	130	1	-189	138	0	2.712
Ausschüttungen				-140					-140
Konzernüberschuss/Ergebnis nach Steuern	32						-2	267	265
Erfolgsneutrales Ergebnis				22		8	1		31
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						50	-1		49
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-8	1		-7
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				30			1		31
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				1		-5			-4
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						31			31
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-2			-2
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				9					9
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			246			-125	-267 ¹⁾	-146
Eigenkapital zum 31.12.2010	17, 56	2.555	77	258	1	-181	12	0	2.722

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2010	17, 56	2.555	77	258	1	-181	12	0	2.722
Ausschüttungen				-140					-140
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	32						4	-83	-79
Erfolgsneutrales Ergebnis				-36	-1	-143	-1		-181
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						-190	-1		-191
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-12			-12
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				-51					-51
Rücklage aus Währungsumrechnung					-1				-1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile							5		5
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						-50			-50
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-4			-4
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				-15					-15
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			-83			-4	83 ¹⁾	-4
Eigenkapital zum 31.12.2011	17, 56	2.555	77	-1	0	-324	11	0	2.318

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

in Mio. €	Notes	1.1.– 31.12. 2011	1.1.– 31.12. 2010
Konzernjahresüberschuss		-79	265
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26, 29	67	186
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	52	83	118
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		284	-75
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	-73	-20
Zinsüberschuss	21	-951	-725
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-206	-520
Zwischensumme		-875	-771
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	13	5.658
Forderungen an Kunden	35	-1.473	1.909
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	-1.141	347
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-1.107	-123
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-8.217	-8.273
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		12.493	12.501
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-268	-8.488
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	1.131	993
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-1.850	-3.897
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	312	-530
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		507	14
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.325	4.584
Gezahlte Zinsen		-3.315	-3.698
Ertragsteuerzahlungen		16	-50
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		551	176
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	63	49
Sachanlagen	42	4	1
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-266	-219
Sachanlagen	42	-20	-22
Immateriellen Vermögenswerten	41	-26	-37
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-245	-228
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen		0	0
Dividendenzahlungen		-140	-140
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	55	11	40
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	55	-24	-360
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-153	-460
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode	33	830	1.342
Cashflow aus operativer Tätigkeit		551	176
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-245	-228
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-153	-460
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	33	983	830

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Notes – Inhalt

Allgemeine Angaben (Notes)	128
1 Grundlagen der Berichterstattung	128
2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen	128
3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	129
4 Konsolidierungsgrundsätze	130
5 Konsolidierungskreis	131
6 Segmentberichterstattung	133
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	139
7 Barreserve	139
8 Finanzinstrumente	139
9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	144
10 Immaterielle Vermögenswerte	144
11 Sachanlagen	144
12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	145
13 Investment Properties	146
14 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	147
15 Rückstellungen	147
16 Nachrangkapital	148
17 Eigenkapital	148
18 Leasinggeschäft	149
19 Ertragsteuern	150
20 Außerbilanzielles Geschäft	150
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	151
21 Zinsüberschuss	151
22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	151
23 Provisionsüberschuss	152
24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	152
25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	152
26 Ergebnis aus Finanzanlagen	153
27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	154
28 Sonstiges betriebliches Ergebnis	154
29 Verwaltungsaufwendungen	155
30 Aufwand aus Bankenabgabe	157
31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	157
32 Ergebnis je Aktie	158

Angaben zur Bilanz (Notes)	159
33 Barreserve	159
34 Forderungen an Kreditinstitute	159
35 Forderungen an Kunden	160
36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	161
37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	164
38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	164
39 Finanzanlagen	166
40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	167
41 Immaterielle Vermögenswerte	167
42 Sachanlagen	169
43 Investment Properties	170
44 Ertragsteueransprüche	170
45 Sonstige Aktiva	171
46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsguppen	171
47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	172
48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	173
49 Verbriefte Verbindlichkeiten	174
50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	175
51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	176
52 Rückstellungen	177
53 Ertragsteuerverpflichtungen	184
54 Sonstige Passiva	184
55 Nachrangkapital	185
56 Eigenkapital	185
Sonstige Erläuterungen (Notes)	186
57 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8	186
58 Treuhandgeschäfte	186
59 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen	186
60 Risikomanagement	188
61 Angaben zu Finanzinstrumenten	188
62 Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	194
63 Sicherheiten	195
64 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	195
65 Anzahl Arbeitnehmer	202
66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2011	203
67 Anteilsbesitzliste	203
68 Corporate Governance	207

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, ist oberste Konzerngesellschaft. Sie hält per 31. Dezember 2011 unmittelbar und mittelbar 98,67 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2011 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Der Konzernlagebericht wurde nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2011 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Weitere Angaben zu den angewandten Bilanzierungsstandards und -interpretationen sind in nachfolgender Note enthalten. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern alle relevanten und gültigen, von der EU in europäisches Recht übernommene und zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards und -interpretationen der International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Konzernabschluss 2011 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept sowie den für den Konzernabschluss jeweils relevanten IFRS und deren Interpretationen. Eine freiwillige, vorzeitige Anwendung von gültigen Bilanzierungsstandards und -interpretationen findet im Konzern grundsätzlich nicht statt.

Für den Konzern ist seit dem 1. Januar 2011 erstmals der IAS 24 revised „IAS 24 Related Party Disclosures“ verpflichtend anzuwenden. Die Veränderungen in der Definition einer nahestehenden Partei führten zu einer unwesentlichen Erweiterung des Kreises der nahestehenden Unternehmen. Die Anwendung des überarbeiteten IAS 24 erfolgt retrospektiv und führt in Ausweis und Berichterstattung zu keinen wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren.

Aus den „Improvements to IFRS“, veröffentlicht im Mai 2010, resultieren weitere kleinere Änderungen an den IFRS. Sämtliche vorgenommenen Änderungen sind mit Beginn des Geschäftsjahres am 1. Januar 2011 erstmals verpflichtend anzuwenden. Die für den Konzern relevanten Änderungen wurden berücksichtigt, es ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie die sonstigen Pflichtangaben im Rahmen der Berichterstattung des Konzerns. Alle vorgenannten Änderungen sind prospektiv anzuwenden.

Folgende für den Konzernabschluss der LBBH nicht relevanten Neuerungen der IFRS sind mit Beginn des Geschäftsjahres zum 1. Januar 2011 erstmals verpflichtend anzuwenden: Amendment to IAS 32 „Classification of Rights Issues“, Amendment to IFRS 1 „Limited Exemption from Comparative IFRS 7 Disclosures for First-Time Adopters“, Amendments to IFRIC 14 „Prepayments of a Minimum Funding Requirement“ sowie IFRIC 19 „Extinguishing Financial Liabilities with Equity Instruments“.

Die zukünftige Anwendung zum Abschlussstichtag noch nicht verpflichtend anzuwendender Bilanzierungsstandards oder der Interpretation einzelner Rechnungslegungsstandards wird, soweit zum Abschlussstichtag quantitativ und qualitativ bestimmbar, keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben. Hierunter fallen die folgenden Standardänderungen und Anpassungen (Amendments), die vom IASB verabschiedet wurden, jedoch noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden:

- IFRS 13 „Fair Value Measurement“,
- IAS 27 „Separate Financial Statements“,
- IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“,
- Amendments to IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“,
- Amendments to IAS 12 „Deferred Tax: Recovery of Underlying Assets“,
- Amendments to IFRS 1 „Severe Hyperinflation and Removal of Fixed Dates for First-Time Adopters“,
- Amendments to IAS 1 „Presentation of Items of Other Comprehensive Income“ sowie
- Amendments to IAS 19 „Employee Benefits“.

Am 12. Mai 2011 veröffentlichte der IASB die Standards IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11 „Joint Arrangements“ und IFRS 12 „Disclosures of Interests in Other Entities“. Zusammengenommen regeln die Standards die Grundlagen des Einbezugs einzelner Gesellschaften in den Konzernabschluss neu sowie damit einhergehende Angabenverpflichtungen im Anhang. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen der neuen Regelungen auf den Konsolidierungskreis beziehungsweise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Eine abschließende Beurteilung der quantitativen und qualitativen Auswirkungen auf den Konzernabschluss kann derzeit noch nicht erfolgen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei den neuen Konzepten des IASB um prinzipienbasierte Ansätze handelt, die durch Anwender und Abschlussprüfer noch operationalisiert werden müssen.

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ mit überarbeiteten Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Dieser wurde durch den IASB am 28. Oktober 2010 durch weitere Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten ergänzt. Die neuen Veröffentlichungen sind Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2015 oder später beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist grundsätzlich zulässig, wird jedoch vom Konzern nicht angestrebt.

Die Übernahme der neuen Standards IFRS 9, IFRS 10 bis 12 und IFRS 13 in europäisches Recht ist bisher nicht erfolgt. Vor der Übernahme in EU-Recht ist eine Erstanwendung innerhalb des EU-Raums nicht zulässig.

Der Konzern verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 sowie den weiteren, bisher lediglich im Entwurfsstadium vorliegenden, Überarbeitungsschritten des IAS 39. Der Konzern bereitet sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vor. Da es sich hierbei um grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardänderungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ noch nicht abschätzbar.

Mit Veröffentlichung des Gesetzes zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute im Bundesgesetzblatt Teil 1 vom 14. Dezember 2010 wurden Kreditinstitute im Sinne des § 1 Abs. 1 des Kreditwesengesetzes dazu verpflichtet, Beiträge zum Restrukturierungsfonds zu leisten. Die Aufwendungen der Beiträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als gesonderter Posten „Aufwand Bankenabgabe“ nach dem „Operativen Ergebnis vor Bankenabgabe“ ausgewiesen.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 der Holding steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsentscheidungen, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die Bewertung der zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen.

Für einen geringen Teil der Finanzinstrumente konnte zur Ermittlung des Fair Value weder auf notierte Marktpreise noch auf direkt oder indirekt (von Preisen abgeleitete) beobachtbare Inputparameter zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73). Der Fair Value-Hierarchie des IAS 39 folgend wurde in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den Sonstigen Erläuterungen (Note 61) ausgeführt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt.

Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 8.3), die Rückstellungen (Note 15) und die latenten Steuern (Note 19).

Währungsumrechnung

Im Konzern werden die Umrechnung von Geschäftsvorfällen in Fremdwährung als auch die Umrechnung der Abschlüsse für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausländischer Geschäftseinheiten nach IAS 21 vorgenommen. Bei der Zugangsbewertung von in Fremdwährung abgeschlossenen Geschäften erfolgt die Umrechnung in EUR mit dem am Geschäftstag gültigen Kassakurs.

Bewertungsergebnisse aus monetären Posten, die aufgrund der Umrechnung in EUR entstehen, werden zum Stichtagskurs ergebniswirksam berücksichtigt. Bei der Währungsumrechnung von monetären Posten, die als Available for Sale klassifiziert werden, werden nur die Wertänderungen, die auf den Wechselkurs zurückzuführen sind, erfolgswirksam zum Stichtagskurs erfasst. Die Wertänderungen, die auf andere Risiken zurückzuführen sind, werden grundsätzlich erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Bei nicht monetären Posten wird die gesamte Wertänderung, die aufgrund der Umrechnung in EUR zum Stichtagskurs entsteht, erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse unselbstständiger ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für diese ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2010 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2011 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2010 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 57) dieses Berichts.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Holding wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden, sowie die nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen.

22 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 9 assoziierte Unternehmen und 3 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen (Beteiligungen) ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden die Wertkriterien Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 67) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und oder Firmenwert aktiviert. Transaktionen in Eigenkapitaltiteln beherrschter Unternehmen, die nicht einen Verlust der Beherrschung zur Folge haben, werden als Transaktion mit den Eigentümern im Eigenkapital dargestellt (Economic Entity Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt. Die Anteile Dritter werden in der Gesamtergebnisrechnung sowie Eigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.20 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie die nach der Equity-Methode bewerteten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2011 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2011 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available for Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Tochterunternehmen

Zum 31. Dezember 2011 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 94 Tochterunternehmen und SIC-12-Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen worden. Die Entwicklung bei den Tochterunternehmen im Konsolidierungskreis stellt sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt dar:

	31.12.2010	Zugänge	Abgänge	31.12.2011
Tochterunternehmen	17	0	0	17
SIC-12-Gesellschaften	76	2	1	77
Spezialfonds	11	0	0	11
Dotationsbestand Publikumsfonds	1	1	0	2
weitere SIC-12-Gesellschaften	64	1	1	64
Gesamt	93	2	1	94

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Abs. 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit erhöhte sich der Anteil der von der LBB gehaltenen Aktien an der Berlin Hyp von 99,66 % auf 100 %. Hierfür wurde eine Gegenleistung in Höhe von 7,1 Mio. € in bar an die Inhaber von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss gezahlt. Der Buchwert des Reinvermögens der Berlin Hyp (ohne Geschäfts- und Firmenwert des ursprünglichen Erwerbs) betrug zu diesem Zeitpunkt 1.049 Mio. €, der auf die zusätzlich erworbenen Anteile entfallende Buchwert betrug 3,5 Mio. €. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem auf die erworbenen Anteile entfallenden Buchwert in Höhe von 3,6 Mio. € wurde im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen erfasst.

Seit dem 31. Dezember 2010 gab es nachfolgende Veränderungen:

Zugänge	
RR II R – 11896, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option-Bond-Programms
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	Zurverfügungstellung von Dotationskapital

Abgänge	
RR II R – 11305, City of Wilmington / Delaware	Auflösung im Rahmen des Tender Option-Bond-Programms

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

Neben den Tochterunternehmen werden assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, in den Konzernabschluss einbezogen; die Entwicklung im Verlauf des Geschäftsjahres stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2010	Zugänge	Abgänge	31.12.2011
Joint Ventures	0	0	0	0
Assoziierte Unternehmen	2	1	0	3
Spezial- und Publikumsfonds	3	2	3	2
Gesamt	5	3	3	5

Seit dem 31. Dezember 2010 gab es nachfolgende Veränderungen:

Zugänge	
S-Kreditpartner GmbH, Berlin	Neugründung
Vermögensstruktur Konservativ / Inhaberanteile, Berlin	Anwachsen der Quote an diesem Publikumsfonds auf über 20 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode
Vermögensstruktur Wachstum / Inhaberanteile, Berlin	Anwachsen der Quote an diesem Publikumsfonds auf über 20 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode

Abgänge	
Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin	Rückführung des Dotationskapitals
LBB Special Situations Fund, Hamburg	Auflösung des Fonds
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 20 % und somit Bewertung als Finanzanlage (IAS 39)

Eine vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes kann der Note 67 entnommen werden.

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

Die Landesbank Berlin AG hat im Berichtsjahr eine Beteiligung an der S-Kreditpartner GmbH, Berlin, im Rahmen einer Stammkapitalerhöhung übernommen. Bei der S-Kreditpartner GmbH (SKP) handelt es sich um ein Spezialkreditinstitut, dessen Geschäftszweck im Vertrieb von Auto- und Konsumentenkrediten durch Sparkassen sowie der Finanzierung des Fahrzeughandels besteht.

Die Gründung der SKP erfolgte mit Vertrag vom 24. Mai 2011 und Eintragung in das Handelsregister zum 1. Juni 2011 durch rückwirkende Abspaltung des Neugeschäfts zum 1. Oktober 2010 der Geschäftsbereiche „S-Autokredit“, „POS-Autokredit“ und „Händler-einkaufsfinanzierung für Fahrzeuge“ von der Deutsche Leasing Finance GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, nach § 123 Abs. 2 Nr. 2 UmwG. Am 24. Mai 2011 wurde mit Gesellschafterbeschluss das Stammkapital der neu gegründeten Gesellschaft von 40 Mio. € auf 120 Mio. € erhöht. An der Kapitalerhöhung nahm ausschließlich die Landesbank Berlin AG, Berlin, teil. Der Anteil der Landesbank Berlin AG (LBB) am Kapital der SKP nach Kapitalerhöhung beträgt 66,67 % beziehungsweise 80 Mio. €.

Der Geschäftsanteil wurde durch die LBB am 30. Mai 2011 vollständig in bar eingezahlt. Die Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister der SKP erfolgte am 1. Juni 2011.

Die Beteiligung an der SKP dient der Bündelung der Aktivitäten im Auto- und Konsumentenkreditgeschäft der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG (Muttergesellschaft der Deutsche Leasing Finance GmbH) und der LBB.

Neben der Beteiligung am Stammkapital der SKP hat die LBB mit Vertrag vom 24. Mai 2011 der SKP die dem wirtschaftlichen Geschäftsbereich Auto- und Konsumentenkredite der LBB zuzuordnenden materiellen und immateriellen Vermögensgegenstände sowie Schulden übertragen.

Für die in den übertragenen Vermögensgegenständen und Schulden enthaltenen stillen Reserven wurden zwischen der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG und der Landesbank Berlin AG Ausgleichszahlungen vereinbart. Zum 31. Dezember 2011 wurde für diese Ausgleichszahlung von der LBB vorläufig eine Verbindlichkeit in Höhe von 20,5 Mio. € passiviert.

Auf Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen ist die LBB in der Lage, nur maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftspolitik der SKP auszuüben. Dies führt zu einer Einbeziehung der SKP in den Konzernabschluss als assoziiertes Unternehmen gemäß IAS 28.

Am 24. Oktober 2011 wurde bei der SKP eine zweite Stammkapitalerhöhung vollzogen. Das Stammkapital wurde von 120 Mio. € auf 180 Mio. € erhöht. Die Stammkapitalerhöhung erfolgte zum Nennbetrag der ausgegebenen Geschäftsanteile. Die LBB nahm an der Stammkapitalerhöhung entsprechend ihrem Anteil von 66,67 % teil, der neue Anteil der LBB am Stammkapital der SKP beträgt damit 120 Mio. € und ist bereits eingezahlt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 wurde auf Basis verbesserter Erkenntnisse und fortgeschrittener Verhandlungen mit der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG eine Aktualisierung der Bewertung der Kreditportfolien der S-Kreditpartner GmbH per 1. Juni 2011 vorgenommen. Aufgrund dieser schätzungsbedingten Neubewertung der eingebrachten Portfolien erfolgt eine Erhöhung des At-Equity-Buchwerts um 23,9 Mio. € sowie eine aufwanderhöhende Anpassung der At-Equity-Bewertung zum Stichtag in Höhe von 3,8 Mio. €.

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine börsennotierte Finanzholding und Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin AG ist eine Universalbank. Seine Geschäftsaktivitäten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftsegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** wurde im Jahr 2011 mit 118 Mio. € ein operatives Ergebnis erreicht, welches um 31 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres lag.

Der Zinsüberschuss betrug 417 Mio. €, das waren 13 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Das Stichtagsvolumen der Einlagen lag im Segment Private Kunden im Vergleich zum 31. Dezember 2010 auf Vorjahresniveau. Ebenfalls auf Vorjahresniveau lag das Volumen der Neuvaluierungen der Hypothekenkredite.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich deutlich von 42 Mio. € auf 32 Mio. €. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch das Risikomanagement im Kreditkartengeschäft sowie die positive Konjunktorentwicklung.

Der Provisionsüberschuss lag mit 190 Mio. € um 4 Mio. € unter Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft sank um 1 Mio. € und der Provisionsüberschuss aus dem Zahlungsverkehr reduzierte sich um 2 Mio. €. Marktbedingt konnte beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft der Vorjahreswert nicht erreicht werden (-3 Mio. €). Der Absatz von Versicherungsprodukten, bezogen auf die nettopolicierete Beitragssumme, lag 8 % über dem Vorjahresniveau. Maßgeblich hat die Zunahme bei den Personenversicherungen (+38 Mio. €) dazu beigetragen. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stieg die Zahl der Kreditkartenkonten weiter und lag zum 31. Dezember 2011 um 13 % über dem Wert zum 31. Dezember 2010.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen nach außerordentlichen Bewertungsanpassungen bei der LBS Nord und dem Ergebnis der einbezogenen S-Kreditpartner GmbH betrug -23 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis in Höhe von 10 Mio. € war durch die erstmalig einbezogene S-Kreditpartner GmbH und Rückstellungen in Höhe von 5 Mio. € für potenzielle Schadenersatzansprüche aus dem Vertrieb von Medienfonds geprägt (Vorjahr: 23 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 449 Mio. € um 7 Mio. € über dem Vorjahreswert. Hierin enthalten sind unter anderem Aufwendungen für die IT-Migration sowie Abschreibungen in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

Das Segment **Firmenkunden** erzielte 2011 ein operatives Ergebnis von 84 Mio. € (Vorjahr: 107 Mio. €).

Der Zinsüberschuss lag mit 130 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (158 Mio. €). Ursächlich hierfür waren geringere Margen und Volumenrückgänge im Einlagengeschäft.

Positiv auf das Segmentergebnis wirkte die Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Nettoneubildung reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 6 Mio. € auf 3 Mio. €.

Der Bestand an zinstragenden Kundenforderungen per 31. Dezember 2011 übertraf mit 4.492 Mio. € um 1,4 % das Vorjahr (4.428 Mio. €). Das Kreditneugeschäft lag mit 1,1 Mrd. € über den Erwartungen, blieb jedoch wegen der verhaltenen Finanzierungsnachfrage unter dem sehr guten Vorjahreswert (1,4 Mrd. €).

Das Stichtagsvolumen der Kundeneinlagen war gegenüber dem Vorjahr rückläufig (-343 Mio. € auf 4.776 Mio. €). Bereits seit Ende 2010 setzten Unternehmen erwartungsgemäß verstärkt Einlagen für Investitionen ein.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. € auf 43 Mio. €. Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 88 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Positiv entwickelte sich die Kundenzahl im Segment Firmenkunden. Per 31. Dezember 2011 betreute die LBB knapp 68.000 Gewerbe- und Firmenkunden (Vorjahr: rund 64.400 Kunden).

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erhöhte 2011 das operative Ergebnis leicht auf 175 Mio. € (Vorjahr: 172 Mio. €). In diesem Ergebnis ist die Belastung durch die erstmals in diesem Jahr angefallene Bankenabgabe in Höhe von 9 Mio. € enthalten.

Der Zinsüberschuss des Geschäftsfelds betrug 341 Mio. € und lag damit unter dem Ergebnis des Vorjahres (357 Mio. €). Den Rückgang des Ergebnisses im Zinsmanagement der Berlin Hyp konnte das auf 301 Mio. € gestiegene Zinsergebnis im Kerngeschäft (Vorjahr: 295 Mio. €) nicht vollständig ausgleichen.

Durch die Verringerung der Nettoneubildung der Risikovorsorge auf 51 Mio. € (Vorjahr: 74 Mio. €) wurde ein über dem Vorjahreswert liegender Zinsüberschuss nach Risikovorsorge in Höhe von 290 Mio. € erzielt (Vorjahr: 283 Mio. €).

Positiv auf das Segmentergebnis wirkte sich auch das wiederum verbesserte Ergebnis im Provisionsüberschuss auf 28 Mio. € aus (Vorjahr: 26 Mio. €). Das Ergebnis aus Finanzanlagen war dagegen bei -12 Mio. € negativ (Vorjahr: -4 Mio. €), hauptsächlich aufgrund der Wertberichtigungen auf griechische Staatsanleihen der Berlin Hyp.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 115 Mio. € auf Vorjahresniveau, ebenso die darin enthaltenen Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. €.

Die verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien und die weitere Zunahme der Aktivitäten ausländischer Investoren führten zu einem weiteren und mit 26 % deutlichen Anstieg des Transaktionsvolumens im inländischen Immobilienmarkt. Trotzdem verschärfte sich der Wettbewerb unter den Finanzierern erheblich, da sich etliche Mitbewerber zunehmend auf den Inlandsmarkt fokussierten und zusätzlich Versicherungsunternehmen verstärkt am Markt auftraten. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte mit einem Kontrahierungsvolumen von 5,4 Mrd. € ein unter diesen Umständen zufriedenstellendes Neugeschäft erzielen, das jedoch unter dem sehr guten Vorjahresergebnis (6,3 Mrd. €) blieb.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** erzielte im Jahr 2011 ein operatives Ergebnis von -169 Mio. € (Vorjahr: 213 Mio. €). In dem Ergebnis ist die erstmalig anfallende Belastung durch die Bankenabgabe in Höhe von 14 Mio. € enthalten.

Die Ungewissheiten über den Fortgang der Euro-Schuldenkrise sowie über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur sorgten in der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres für anhaltend hohe Volatilität an den Märkten und führten zu nennenswerten Kursverlusten bei Wertpapierbeständen. Zum Jahresabschluss wurde erneut eine Wertkorrektur auf griechische Staatsanleihen notwendig. Bereits nach den beiden Vorquartalen war ein erheblicher Wertminderungsbedarf auf Finanzanlagen erforderlich gewesen. Insbesondere die Wertberichtigungen auf griechische Wertpapiere führten zu einem deutlich unter dem Vorjahreswert liegenden Ergebnis.

Der Zinsüberschuss übertraf mit 370 Mio. € um 7 % das Niveau des Vorjahres (346 Mio. €).

Nettoaufösungen bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 2 Mio. €. Im Vorjahreszeitraum wurde das Ergebnis durch Nettoaufösungen in Höhe von 19 Mio. € entlastet.

Der Provisionsüberschuss entsprach mit 18 Mio. € dem Vorjahreswert.

Nach positiven Ergebnissen im Vorjahr (2 Mio. €) ergab sich 2011 aus den Bewertungen von Grundgeschäften und ihrer Absicherungen ein rückläufiges Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen von -2 Mio. €.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 201 Mio. € auf –195 Mio. €. Die Ergebnisminderung fand überwiegend in der zweiten Jahreshälfte statt und wurde im Wesentlichen durch die Ausweitung fremder Credit Spreads verursacht.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit –189 Mio. € um 165 Mio. € unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Aufgrund der andauernden Finanzkrise wurden 2011 Wertkorrekturen auf Bestände der besonders von der Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten, allen voran Griechenland, in Höhe von 203 Mio. € vorgenommen.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 157 Mio. € knapp über Vorjahr (155 Mio. €). In den Verwaltungsaufwendungen waren wie im Vorjahr Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € enthalten.

Das Kundengeschäft entwickelte sich 2011 erfolgreich. Die Erträge übertrafen den Vorjahreswert deutlich. Der Zertifikateabsatz konnte im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mrd. € auf 2,0 Mrd. € deutlich gesteigert werden. Das Zertifikatevolumen stieg im Vergleich zum Jahresende 2010 um 0,9 Mrd. € auf 3,8 Mrd. €. Die Assets under Management der LBB-INVEST blieben aufgrund von Kursrückgängen und der Kundenzurückhaltung bei Publikumsfonds mit 10,3 Mrd. € hinter dem Vorjahresniveau von 11,6 Mrd. € zurück.

Das operative Ergebnis des Segments **Zinsmanagement** betrug –39 Mio. € (Vorjahr: –115 Mio. €).

Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis bildet das zinstragende Kundengeschäft der Bank. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der Landesbank Berlin AG angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Der im Vorjahr begonnene Anstieg der Kapitalmarktzinsen im Euro-Raum setzte sich zu Beginn des Berichtsjahres zunächst fort. Er erreichte im April seinen Höhepunkt, bevor die zunehmende Eskalation der EU-Schuldenkrise und die sich verstärkenden Konjunktursorgen zu einem erneuten Rückgang insbesondere bei den Langfristzinsen führten. Die Zinsstrukturkurve verflachte sich deutlich.

An den Anleihemärkten führte die Schuldenkrise zu einer Neubewertung von Emittentenrisiken. In diesem Rahmen weiteten sich auch die eigenen Credit Spreads der Bank aus. Da für die bilanzielle Abbildung von Teilen der eigenen Passiva der Bank unter IFRS die Fair Value-Option zur Anwendung kommt, führte dies im Verlauf des Jahres 2011 zu einer positiven Ergebniswirkung. Die Wertentwicklung der eigenen Passiva und die der zugeordneten Sicherungsderivate verliefen nicht parallel.

In einem von großer Unsicherheit geprägten Marktumfeld war die Risikosteuerung im Zinsmanagement von Zurückhaltung geprägt. Der Schwerpunkt im Rahmen der Disposition lag beim Abbau noch bestehender Positionen festverzinslicher Wertpapiere und Schuldscheindarlehen.

Hinsichtlich der internen Verrechnung für zinsvariable Einlagen, die noch in den Vorquartalen zu Ergebnisbelastungen im Segment Zinsmanagement geführt hatten, wurden methodische Anpassungen umgesetzt. Der bankinterne Verrechnungszins für zinsvariable Einlagen wird weiterhin aus historisch gültigen Zinssätzen abgeleitet. Volumenschwankungen dieser Positionen verursachen eine Anpassung der neutralisierenden Anlage, die jedoch nur zu aktuellen Marktzinsen vorgenommen werden kann. Die Differenz aus Verrechnungszins und Marktzins und den daraus resultierenden barwertigen Effekten wird seit Beginn des dritten Quartals monatlich segmentspezifisch erhoben und als Ausgleichszahlung zwischen dem Segment Zinsmanagement und den jeweiligen Kundengeschäftsfeldern verrechnet. Dies führte zur Vermeidung weiterer, mit Volumenschwankungen zinsvariabler Einlagen verbundener Effekte im Segment Zinsmanagement.

Volumenanstiege zinsvariabler Einlagen in den Jahren 2008 bis 2010 begründeten auch noch im Jahr 2011 negative Ergebniswirkungen im Segment Zinsmanagement. Auch hier lag der Zinssatz der neutralisierenden Anlage unter dem rollierenden Verrechnungszins für zusätzlich eingeworbene Volumina. Das daraus auf das Segment Zinsmanagement entfallende strukturelle Defizit wurde ermittelt, den Kundengeschäftsfeldern zugeordnet und beginnend mit dem dritten Quartal monatlich zugunsten des Segments Zinsmanagement und zulasten der Kundengeschäftsfelder verrechnet. In den Vorquartalen waren die Ergebnisse der Kundengeschäftsfelder insoweit überzeichnet.

Das operative Ergebnis im Segment **Sonstiges** war im Berichtszeitraum begünstigt durch die um 41 Mio. € niedrigere Bedienung der stillen Beteiligung sowie die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen. In der Summe verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 85 Mio. € auf –121 Mio. €.

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €).

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Ergebnisse der Segmente

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung	
	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010
Zinsüberschuss	417	404	130	158	341	357
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	32	42	3	6	51	74
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	385	362	127	152	290	283
Provisionsüberschuss	190	194	43	42	28	26
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					-2	3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-13	-14
Ergebnis aus Finanzanlagen	5	6			-12	-4
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-23	6				
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	10	23	2	1	8	-7
Verwaltungsaufwendungen	449	442	88	88	115	115
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe	118	149	84	107	184	172
Aufwand Bankenabgabe ⁴⁾					9	
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	118	149	84	107	175	172
Segmentvermögen ⁵⁾	5.247	5.459	4.718	4.614	48.687	51.048
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ⁵⁾	14.350	14.473	5.648	6.040	40.876	42.200
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	375	254	233	238	1.060	1.050
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ⁶⁾	336	309	217	270	786	877
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.193	2.265	267	289	439	452
Eigenkapitalrentabilität ⁷⁾	35,1 %	48,2 %	38,7 %	39,6 %	22,3 %	19,6 %
Cost-Income-Ratio ⁷⁾	75,0 %	69,8 %	50,3 %	43,8 %	32,9 %	31,9 %

¹⁾ inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Beteiligung (1.1. – 31.12.2011: 9 Mio. €; 1.1. – 31.12.2010: 50 Mio. €)

²⁾ inklusive Rundungsdifferenzen

³⁾ inklusive Restrukturierungsergebnis

⁴⁾ erstmals per 31.3.2011

⁵⁾ Segmentvermögen /-verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

⁶⁾ Für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen.

⁷⁾ gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

Kapitalmarktgeschäft		Zinsmanagement		Sonstiges ¹⁾		Konsolidierung ²⁾		Konzern	
1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2011	1.1.–31.12. 2010
370	346	-271	-474	-32	-63	-4	-3	951	725
-2	-19	1	1	-1	1	-1		83	105
372	365	-272	-475	-31	-64	-3	-3	868	620
18	18	-2	-2	-3	-1	-5	-3	269	274
-2	2	3	2			-1		-2	7
-195	6	192	357					-16	349
-189	-24	21		13		-1		-163	-22
-1	2		1				-1	-24	8
-1	-1	36	10	195	174	-129	-116	121	84
157	155	10	8	295	315	-132	-120	982	1.003
-155	213	-32	-115	-121	-206	-7	-3	71	317
14		7						30	
-169	213	-39	-115	-121	-206	-7	-3	41	317
61.905	63.327	14.304	13.458	2.623	2.760	-7.012	-9.964	130.472	130.702
52.071	50.723	20.715	23.010	2.010	2.064	-6.945	-9.890	128.725	128.620
855	771	95	112	98	122			2.716	2.547
957	959	681	643	-308	-366			2.669	2.692
449	435			2.583	2.544			5.931	5.985
neg.	22,2 %	neg.	neg.					1,5 %	11,8 %
> 100 %	44,4 %	neg.	neg.					86,4 %	70,4 %

Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt, das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der dem Ertrag einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals. Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlage wird im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzerns ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich an dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

in Mio. €	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010
Erträge gesamt ¹⁾	1.015	1.199	38	121	1.053	1.320
Operatives Ergebnis/ Ergebnis vor Steuern	29	226	12	91	41	317
Langfristige Vermögenswerte ²⁾	1.175	1.192	38	39	1.213	1.231

¹⁾ Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

²⁾ Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

8 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden im Rahmen der Folgebewertung entsprechend ihrer Kategorie mit fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstansatz von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

8.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den Sonstigen Erläuterungen (Note 61) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden. In diesem Fall erfolgt der Ausweis der Wertpapiere unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held to Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held for Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Nichthandelsbuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugeordnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Nichthandelsbuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Bei der Ermittlung von Marktwerten wird neben dem Marktpreisrisiko auch das Bonitätsrisiko der Kontrahenten berücksichtigt. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung, laufende Zins- und Dividendenzahlungen sowie Maklercourtage werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die sogenannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden, trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbrieftete Verbindlichkeiten der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieftete Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen der Kategorie AfS zugeordnet, deren Wert sich aus am Markt beobachtbaren Parametern ableiten lässt. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) als Teil des erfolgsneutralen Ergebnisses erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar erfolgswirksam aufgelöst und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel generell erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

8.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagioträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinismethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

8.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und Länderwertberichtigungen (LWB) Rechnung.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Pauschalisierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der Forderungen bereits einzelwertberichtigter Kreditnehmer. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Länderwertberichtigungen (LWB)

Länderwertberichtigungen werden zur Abschirmung von Transferrisiken gebildet. Diese Wertberichtigungen werden für sämtliche risikobehafteten Forderungen gegenüber allen Schuldnern in einem Land vorgenommen. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich des bereits einzelwertberichtigten Forderungsanteils.

8.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist. Diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrags des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

8.5 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Unter bestimmten Bedingungen wird nach IAS 39 eine getrennte Bilanzierung des zugrunde liegenden Basisvertrags und des eingebetteten Derivats gefordert. In diesem Sinne trennungspflichtige strukturierte Finanzinstrumente ordnet die Bank ausnahmslos der Fair Value-Option zu. Folglich wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

8.6 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Im Konzern kommen das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während die nicht abgesicherten Fair Value-Änderungen im erfolgsneutralen Ergebnis erfasst werden.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, führt der Konzern prospektiv und retrospektiv Effektivitätstests durch. Für die retrospektive Effektivitätsmessung kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein sogenannter Critical Term Match durchgeführt.

Die Auflösung des Hedge Adjustments bei Ineffektivität oder Auflösung der Sicherungsbeziehung erfolgt linear.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum waren Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertänderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 – 125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Der Konzern wendet kein Hedge Accounting auf zukünftige beziehungsweise geplante Transaktionen an.

8.7 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held for Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Derivate beziehungsweise derivative Finanzinstrumente in dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

8.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungsstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen bei nicht wertberichtigten AfS-Beständen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende bonitätsinduzierte Abnahme des beizulegenden Zeitwerts vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Fremdkapitaltiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

8.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Der Konzern tätigt Transaktionen, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, diese jedoch weiterhin bilanziert, da alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken zurückbehalten werden. Zu diesen Geschäften zählen echte Wertpapierpensionsgeschäfte sowie Wertpapierleihegeschäfte. Details hierzu werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) ausgeführt.

8.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Bei Finanzgarantien gegen Einmalzahlung wird diese über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen. Die Anschaffungskosten stellen damit den Buchwert bei Beteiligungszugang dar. In der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Der Buchwert einer nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligung wird mindestens jährlich zum Ende eines Geschäftsjahres oder bei Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung einem Wertminderungstest unterzogen. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Ausweis erfolgt im „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen“ in einer separaten Zeile. Ebenso erfolgt dort der Ausweis von späteren Wertaufholungen.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- oder Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben. Zuschreibungen für Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht vorgenommen. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Bruttobuchwerte der Anschaffungskosten umfassen gemäß IAS 16.16 neben dem Anschaffungspreis insbesondere die Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen. Nachträgliche Anschaffungskosten werden gemäß IAS 16.12 ff. berücksichtigt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden. Die Bank tritt dabei als Leasingnehmer auf.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- oder Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- oder Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- oder Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- oder Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Soweit nach einem erfolgten Impairment in einer Folgeperiode Anhaltspunkte bestehen, dass der Grund für die Wertminderung entfallen ist oder nicht mehr in vollem Umfang besteht, erfolgt eine Wertaufholung. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden. Investment Properties werden – gemäß dem sogenannten Cost Model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Wertminderungen werden vorgenommen, sofern sie über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Value von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige mit entsprechender Berufserfahrung zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value-Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Value erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwert, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbare Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value-Bestimmung mit berücksichtigt.

14 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen“ klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es gemäß IFRS 5.8 höchstwahrscheinlich ist, dass eine Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erwartet wird, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt und zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssätzen abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinnt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demografischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, soweit arbeitsvertraglich keine andere Vereinbarung getroffen wurde, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

16 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 157 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den Buchgewinn oder -verlust (Hedge Adjustment) angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist.

17 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.555 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss der Holding einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 39 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz), zu –47 Mio. € (Vorjahr: –11 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu 7 Mio. € (Vorjahr: 230 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzen, sowie vereinzelt Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die Bewertungseffekte aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows aus wirksamer Makro-Absicherung sowie versicherungsmathematische Ergebnisse für Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug per 31. Dezember 2011 3.989 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betrugen per 31. Dezember 2011 4.211 Mio. €.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGV ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 14,36 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 12,50 %. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

Dividendenzahlung

Im Jahr 2011 wurde eine Dividende von 0,14 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 140 Mio. €.

18 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

19 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von fünf Jahren unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden und beschlossenen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um mögliche Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	1.878	1.848	2
Zinserträge aus Finanzanlagen	613	554	11
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	12	10	20
Sonstige Zinserträge	1.783	1.762	1
Summe Zinserträge	4.286	4.174	3
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.289	1.257	3
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	27	72	-63
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	2.019	2.120	-5
Summe Zinsaufwendungen	3.335	3.449	-3
Zinsüberschuss	951	725	31

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 4.072 Mio. € (Vorjahr: 3.973 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 2.859 Mio. € (Vorjahr: 2.935 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren. Weiterhin sind im sonstigen Zinsüberschuss Zinserträge in Höhe von 1.543 Mio. € (Vorjahr: 1.561 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 1.530 Mio. € (Vorjahr: 1.606 Mio. €) aus Finanzinstrumenten, die Teil des Hedge Accounting sind, enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 50 Mio. € (Vorjahr: 58 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	163	202	-19
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	246	307	-20
Gesamt	83	105	-21

Die Risikovorsorge resultiert hauptsächlich aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	114	119	- 4
Zahlungsverkehr / Kontoführung	103	107	- 4
Kreditgeschäft	48	38	26
Kartengeschäft	143	126	13
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	12	17	- 29
Sonstige Provisionserträge	12	14	- 14
Summe Provisionserträge	432	421	3
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	53	44	20
Zahlungsverkehr / Kontoführung	9	12	- 25
Kreditgeschäft	11	11	0
Kartengeschäft	78	61	28
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	13	- 38
Sonstige Provisionsaufwendungen	4	6	- 33
Summe Provisionsaufwendungen	163	147	11
Provisionsüberschuss	269	274	- 2

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 283 Mio. € (Vorjahr: 265 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 101 Mio. € (Vorjahr: 88 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und -aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2011 noch 2010 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	12	121	- 90
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	- 14	- 114	88
Gesamt	- 2	7	< - 100

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettoposition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen.

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held for Trading)	91	292	- 69
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	- 107	57	< - 100
Gesamt	- 16	349	< - 100

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Derivate des Nichthandelsbuchs. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividenderträge.

Aus Makro Cashflow-Hedges fiel wie im Vorjahr kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung der Sicherungsderivate an.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	–29	63	< –100
Bewertungsergebnis aus Passiva	–78	–6	< –100
Gesamt	–107	57	< –100

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	78	18	> 100
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	9	15	–40
Summe Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	69	3	> 100
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	1	5	–80
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	233	30	> 100
Summe Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	–232	–25	< –100
Gesamt	–163	–22	< –100

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen 56 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und –219 Mio. € (Vorjahr: –29 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 230 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein sogenanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Nettoergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf –90 Mio. € (Vorjahr: –81 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt 394 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €). Enthalten sind 56 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden –134 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von –141 Mio. € (vergleiche Gesamtergebnis der Periode).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe sowie Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf –493 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	–9	2	< –100
Laufendes Ergebnis	2	3	–33
Wertminderung Beteiligungsansatz	–17	3	< –100
Gesamt	–24	8	< –100

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	3	2	50
Ergebnis aus Investment Properties	17	10	70
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	45	11	> 100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	14	25	–44
IT-Erträge	2	13	–85
Entkonsolidierungserfolge	–1	18	< –100
Sonstige Steueraufwendungen	–4	1	< –100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	37	6	> 100
Gesamt	121	84	44

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der im Rahmen von Operating Lease zur Verfügung gestellten Gegenstände beträgt 29 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €).

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	1	1	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	1	100
Gesamt	3	2	50

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Personalaufwendungen	516	551	-6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	65	55	18
Andere Verwaltungsaufwendungen	401	397	1
Gesamt	982	1.003	-2

Personalaufwendungen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	381	418	-9
Soziale Abgaben	60	61	-2
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	75	72	4
Gesamt	516	551	-6

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen			
Planmäßige Abschreibungen	37	37	0
Wertminderungen	2	0	x
Summe Abschreibungen auf Sachanlagen	39	37	5
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte			
Planmäßige Abschreibungen	26	18	44
Wertminderungen	0	0	0
Summe Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	26	18	44
Gesamt	65	55	18

Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	67	62	8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	157	163	-4
Werbung und Marketing	29	25	16
Geschäftsbetriebskosten	67	67	0
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	59	58	2
Personalabhängige Sachkosten	16	16	0
Sonstige	2	2	0
Gesamt	401	397	1

Das im Geschäftsjahr 2011 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
für Abschlussprüfungsleistungen	3	5	-40
für andere Bestätigungsleistungen	2	2	0
für sonstige Leistungen	1	0	x
Gesamt	6	7	-14

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2011 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Aus den Abgrenzungen für den Abschluss per 31. Dezember 2010 wurden im Berichtsjahr für die Jahresabschlussprüfungen 0,6 Mio. € ergebniswirksam aufgelöst. Die Darstellung per 31. Dezember 2011 erfolgte jeweils ohne Berücksichtigung der Umsatzsteuer (IDW RS HFA 36).

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	22	26	-15
über ein Jahr bis fünf Jahre	53	44	20
über fünf Jahre	15	13	15
Gesamt	90	83	8

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 0 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 27 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2011 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

30 Aufwand aus Bankenabgabe

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Aufwand Bankenabgabe	30	0	x
Gesamt	30	0	x

Der Aufwand aus Bankenabgabe beinhaltet den am 30. September 2011 fällig gewordenen Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds.

31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus einem steuerlichen Organkreis sowie Unternehmen, die diesem Organkreis nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	5	12	-58
Latente Steuern	115	40	> 100
Gesamt	120	52	> 100

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	41	317
Konzernertragsteuersatz	30,175 %	30,175 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	12	96
1. Steuerfreie Erträge	-10	-22
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	21	10
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	2	4
4. Steuersatzabweichungen	0	1
5. Aperiodische Effekte latente Steuern	99	-40
6. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	1	1
7. Aperiodische Effekte tatsächliche Steuern	-5	1
8. Sonstiges	0	1
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (-)	120	52
Effektiver Steuersatz	292,7 %	16,4 %

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden. Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen wie im Vorjahr im Wesentlichen die nicht abzugsfähigen Aufwendungen für Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung zu leisten sind. Zu berücksichtigen war hier auch die erstmals für das Geschäftsjahr 2011 erhobene Bankenabgabe, deren Aufwand steuerlich nicht abzugsfähig ist (Auswirkung: 9 Mio. €). Erfasst sind hier ferner mit 7 Mio. € die Effekte aus nach § 8b Abs. 3 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen.

Die Steuersätze der ausländischen Einheiten betragen zwischen 12% und 29%. Bei einer inländischen Konzerngesellschaft liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuerhebesätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175%. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Der in der Position „Aperiodische Effekte latente Steuern“ ausgewiesene Aufwand reflektiert im Wesentlichen die Neubewertung der aktiven latenten Steuern auf bisher nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge aufgrund der angepassten Mittelfristplanung. In Höhe der verbrauchten aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge konnten bei der Landesbank Berlin Holding AG und der Niederlassung London der Landesbank Berlin AG aktive latente Steuern auf Verlustvorträge neu gebildet werden (23 Mio. €). Im Vorjahr wurden hier unter anderem die positiven Effekte erfasst, die sich aus dem in 2010 abgeschlossenen und wirksam gewordenen Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Landesbank Berlin AG und der Berlin Hyp ergaben (54 Mio. €).

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 697 Mio. € (Vorjahr: 1.085 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 648 Mio. € (Vorjahr: 1.026 Mio. €) wurden insgesamt 215 Mio. € an aktiven latenten Steuern (Vorjahr: 332 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden insgesamt aktive latente Steuern in Höhe von 24 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Landesbank Berlin Holding AG, die Bankenservice GmbH und die Niederlassung der Landesbank Berlin AG in London.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verluste in Höhe von 2.583 Mio. € (Vorjahr: 1.982 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 2.517 Mio. € (Vorjahr: 1.954 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind jeweils zeitlich unbegrenzt nutzbar. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr spiegelt neben den Effekten aus der veränderten Mittelfristplanung die Ergebnisse der zwischenzeitlich abgeschlossenen Betriebsprüfung für die Jahre bis einschließlich 2004 wider.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, die Besteuerung der Betriebsstättenergebnisse allein in den Quellenstaaten und § 8 GewStG). Die im Konzern der Holding bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt.

Der Bestand an latenten Steuern auf die Neubewertungsrücklage beträgt 106 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €). Dieser entfällt mit 59 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit 47 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) auf die Rücklage für Cashflow-Hedges.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81 (f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, liegen wie im Vorjahr unter 1 Mio. €.

Das Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG beträgt 1,9 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €). Im Zeitraum bis 2017 wird der Restbetrag in sechs gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden.

32 Ergebnis je Aktie

	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	- 83	267	< -100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)¹⁾	- 0,08	0,27	< -100

¹⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2011 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Kassenbestand	388	367	6
Guthaben bei Zentralnotenbanken	595	463	29
Gesamt	983	830	18

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 589 Mio. € (Vorjahr: 453 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	11.113	12.317	-10
täglich fällig	2.045	2.363	-13
bis drei Monate	3.876	5.030	-23
über drei Monate bis ein Jahr	5.189	4.904	6
über ein Jahr bis fünf Jahre	3	20	-85
Darlehen	2.997	1.130	> 100
bis drei Monate	372	135	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	761	383	99
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.540	523	> 100
über fünf Jahre	324	89	> 100
Schuldscheindarlehen	914	1.039	-12
bis drei Monate	12	22	-45
über drei Monate bis ein Jahr	191	136	40
über ein Jahr bis fünf Jahre	611	698	-12
über fünf Jahre	100	183	-45
Kommunalkredite	1.401	1.891	-26
bis drei Monate	36	95	-62
über drei Monate bis ein Jahr	92	420	-78
über ein Jahr bis fünf Jahre	911	770	18
über fünf Jahre	362	606	-40
Andere Forderungen	295	373	-21
täglich fällig	54	109	-50
bis drei Monate	213	16	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	3	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	17	235	-93
über fünf Jahre	8	10	-20
Gesamt LaR	16.720	16.750	0
Gesamt	16.720	16.750	0

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 16.455 Mio. € (Vorjahr: 16.219 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 265 Mio. € (Vorjahr: 531 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaften.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2011 Wertberichtigungen in Höhe von 15 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €).

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2011 ¹⁾	31.12.2010	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	2.056	2.360	-13
täglich fällig	1.126	1.322	-15
bis drei Monate	320	927	-65
über drei Monate bis ein Jahr	588	111	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	18	0	x
über fünf Jahre	4	0	x
Darlehen	6.287	10.723	-41
bis drei Monate	438	670	-35
über drei Monate bis ein Jahr	981	935	5
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.718	4.201	-35
über fünf Jahre	2.150	4.917	-56
Schuldscheindarlehen	1.237	1.460	-15
bis drei Monate	39	322	-88
über drei Monate bis ein Jahr	82	368	-78
über ein Jahr bis fünf Jahre	646	572	13
über fünf Jahre	470	198	> 100
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	18.207	16.651	9
bis drei Monate	2.444	2.827	-14
über drei Monate bis ein Jahr	2.018	1.341	50
über ein Jahr bis fünf Jahre	9.138	8.718	5
über fünf Jahre	4.607	3.765	22
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	5.911	1.835	> 100
bis drei Monate	267	57	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	552	63	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.903	474	> 100
über fünf Jahre	3.189	1.241	> 100
Kommunalkredite	12.556	11.781	7
bis drei Monate	1.406	1.326	6
über drei Monate bis ein Jahr	1.056	1.006	5
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.938	3.949	76
über fünf Jahre	3.156	5.500	-43
Andere Forderungen	1.101	1.150	-4
täglich fällig	787	679	16
bis drei Monate	114	46	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	21	149	-86
über ein Jahr bis fünf Jahre	147	244	-40
über fünf Jahre	32	32	0
Gesamt LaR	47.355	45.960	3
AfS			
Kommunalkredite	455	508	-10
bis drei Monate	14	23	-39
über drei Monate bis ein Jahr	6	36	-83
über ein Jahr bis fünf Jahre	332	303	10
über fünf Jahre	103	146	-29
Gesamt AfS	455	508	-10
Gesamt	47.810	46.468	3

¹⁾ Ausweisverschiebung aufgrund einer verbesserten Datengrundlage; vergleiche „Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8“

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 47.080 Mio. € (Vorjahr: 45.536 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 730 Mio. € (Vorjahr: 932 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2011 Wertberichtigungen in Höhe von 973 Mio. € (Vorjahr: 1.016 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (hauptsächlich in der Kategorie Loans and Receivables):

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	-15	-42	64
Forderungen an Kunden	-973	-1.016	4
Gesamt	-988	-1.058	7

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Risikovorsorge	-988	-1.058	7
zuzüglich Rückstellungen	-15	-13	-15
Gesamt	-1.003	-1.071	6

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberechtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam		
2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	
21	39	13	18	8	11	1.071	1.134			
21	39	13	18	8	11	1.071	1.134			
		6	1	7	1	216	260	216	260	
5	18	1				135	142			
		5	6	3	4	111	139	111	139	
						50	58	50	58	
		2				12	16			
16	21	15	13	12	8	1.003	1.071	55	63	
								Direktabschreibungen	30	47
								Eingang auf abgeschriebene Forderungen ¹⁾	52	63
								Summe	33	47
								davon		
								GuV-wirksam Risikovorsorge	83	105
								GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	50	58

¹⁾ darin enthalten Zuschreibungen aus Wertaufholung in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €)

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.283	878	46
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	375	304	23
Gesamt	1.658	1.182	40

Von den positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsbeziehungen sind 1.545 Mio. € langfristig (Vorjahr: 1.142 Mio. €).

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Handelsaktiva (Held for Trading)	12.857	11.672	10
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	5.380	5.526	-3
Gesamt	18.237	17.198	6

Handelsaktiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
HfT			
Finanzanlagen	885	1.173	-25
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	418	531	-21
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	467	642	-27
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	8.512	7.572	12
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	3.460	2.927	18
Gesamt	12.857	11.672	10

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
HfT										
Finanzanlagen	35	12	141	133	187	283	522	745	885	1.173
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	35	12	141	133	181	282	61	104	418	531
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	6	1	461	641	467	642
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	160	342	624	595	2.490	3.152	5.238	3.483	8.512	7.572
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	104	70	112	72	1.761	1.657	1.483	1.128	3.460	2.927
Gesamt	299	424	877	800	4.438	5.092	7.243	5.356	12.857	11.672

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
FVO			
Forderungen an Kunden	46	47	-2
Schuldscheindarlehen	46	47	-2
Finanzanlagen	5.334	5.479	-3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.300	5.422	-2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34	57	-40
Gesamt	5.380	5.526	-3

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden in der FVO zum 31. Dezember 2011 beträgt 46 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €); Kreditderivate oder Ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
FVO										
Forderungen an Kunden	0	0	0	0	46	0	0	47	46	47
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0	46	0	0	47	46	47
Finanzanlagen	147	121	483	545	4.028	3.464	676	1.349	5.334	5.479
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147	121	483	545	4.025	3.462	645	1.294	5.300	5.422
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	3	2	31	55	34	57
Gesamt	147	121	483	545	4.074	3.464	676	1.396	5.380	5.526

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die Forderungen an Kunden beläuft sich für das Jahr 2011 auf 1 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €*).

Die kumulierten Wertänderungen betragen -2 Mio. € (Vorjahr: -3 Mio. €*).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

* Vorjahreszahl angepasst

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
LaR	19.013	24.410	-22
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.000	24.398	-22
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13	12	8
AfS	20.244	18.939	7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.011	18.721	7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	81	118	-31
Beteiligungen	151	99	53
Verbundene Unternehmen	1	1	0
HTM	1.667	1.664	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.667	1.664	0
Gesamt	40.924	45.013	-9

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
LaR										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.033	1.691	3.442	3.887	9.274	14.280	4.251	4.540	19.000	24.398
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13	1	0	11	0	0	0	0	13	12
AfS										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.192	946	2.800	2.462	9.884	11.849	5.135	3.464	20.011	18.721
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	81	118	81	118
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	151	99	151	99
Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1
HTM										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	333	0	315	0	523	1.127	496	537	1.667	1.664
Gesamt	4.571	2.638	6.557	6.360	19.681	27.256	10.115	8.759	40.924	45.013

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2011	2010	2011	2010
Buchwert 1.1.	99	100	1	3
Zugänge	66	1	0	1
Abgänge	14	1	0	0
Umbuchungen	0	0	0	-2
Abschreibungen	0	1	0	1
Buchwert 31.12.	151	99	1	1

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	566	569	-1
Summe der Verpflichtungen	547	549	0
Erträge	344	339	1
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	7	8	-13

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	233	60	> 100
Anteile an sonstigen Unternehmen	14	30	-53
Gesamt	247	90	> 100

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	10.956	7.963	38
Summe der Verpflichtungen	10.190	7.458	37
Erträge	443	406	9
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-6	26	< -100

41 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	591	591	0
Sonstige selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	13	12	8
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	81	78	4
Gesamt	685	681	1

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 5 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 5 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert 1.1.	591	591	12	5	78	58	681	654
Zugänge	0	0	4	8	26	37	30	45
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	3	1	23	17	26	18
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	591	591	13	12	81	78	685	681

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- oder Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte beinhalten aktivierte Computersoftware, insbesondere im Rahmen von Systemanpassungen des Konzerns. Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 281 Mio. € (Vorjahr: 334 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 245 Mio. € und zum Ende der Periode auf 187 Mio. €.

Die aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte des Konzerns sind den folgenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder) zugeordnet:

Geschäfts- und Firmenwerte in Mio. €	Zahlungsmittelgenerierende Einheiten				Gesamt
	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft	
LBB Investment GmbH	0	0	0	23	23
Landesbank Berlin AG	377	70	100	0	547
netbank AG	21	0	0	0	21
Summe	398	70	100	23	591

Eine Änderung der oben dargestellten Zuordnung gegenüber dem Vorjahr ist nicht erfolgt.

Der Nutzungswert wurde auf Basis der diskontierten Zahlungsströme resultierend aus der fortgesetzten Nutzung der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten abgeleitet. Der Wertableitung unter Anwendung eines Dividend Discount Modells lagen insbesondere die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die Zahlungsströme wurden auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung des Konzerns geplant.
- Für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums wird eine Wachstumsrate in Höhe von 1 % verwendet.
- Für die Bewertung je strategischem Geschäftsfeld wurde unterstellt, dass die Geschäftsfelder eine Thesaurierung oder Ausschüttung ihres Ergebnisses in der Höhe vornehmen, wie dies zum Erreichen des jeweils in der Mittelfristplanung vorgesehenen ökonomischen Kapitals je Segment erforderlich beziehungsweise möglich ist.
- Zur Bestimmung des Nutzungswerts eines jeden Geschäftsfelds wurden unterschiedliche Diskontierungszinssätze angewendet. Diese variieren aufgrund der Verwendung von geschäftsfeldspezifischen Peergroups und damit verschiedenen Betafaktoren:
 - Private Kunden: 0,90
 - Firmenkunden: 0,92
 - Immobilienfinanzierung: 0,92
- Der Geschäfts- oder Firmenwert der LBB-INVEST wird auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung der Gesellschaft selbst einem Impairmenttest unterzogen. Der hier verwendete Diskontierungszinssatz beträgt 7,5 %; die Wachstumsrate für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums beträgt auch hier 1 %.

Die wesentlichen Bewertungsparameter stellen Einschätzungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen der Geschäftsfelder des Konzerns sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds vor dem Hintergrund der Performance des Konzerns bis zum Bewertungszeitpunkt dar.

Sowohl der Diskontierungszinssatz als auch die langfristige Wachstumsrate wurden einem Sensitivitätstest unterzogen. Selbst bei einer Erhöhung des Kapitalisierungszinses um 200 Basispunkte bei gleichzeitiger Reduzierung der Wachstumsrate um 100 Basispunkte besteht kein Wertberichtigungsbedarf.

42 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	415	428	-3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	113	122	-7
Gesamt	528	550	-4

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 299 Mio. € (Vorjahr: 309 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert 1.1.	428	436	122	133	550	569
Zugänge	2	7	18	15	20	22
Abgänge	1	0	2	1	3	1
Umbuchungen	-1	-3	0	0	-1	-3
Abschreibungen	12	12	25	25	37	37
Wertminderungen	2	0	0	0	2	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	0	0	0	1	0
Buchwert 31.12.	415	428	113	122	528	550

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 620 Mio. € (Vorjahr: 619 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 191 Mio. € und zum Ende der Periode auf 206 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 365 Mio. € (Vorjahr: 361 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 239 Mio. € und zum Ende der Periode auf 252 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	0	0	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	48	59	-19
Gesamt	48	59	-19

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 19 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Investment Properties	
	2011	2010
Buchwert 1.1.	59	86
Zugänge	0	0
Abgänge	0	25
Umbuchungen	-17	0
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	0	0
Wertaufholungen	8	0
Buchwert 31.12.	48	59

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 146 Mio. € (Vorjahr: 164 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 105 Mio. € und zum Ende der Periode auf 98 Mio. €.

Der Fair Value der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien beträgt 48 Mio. € (Vorjahr: 62 Mio. €).

44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	35	55	-36
Latente Steuern	668	720	-7
Gesamt	703	775	-9

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 28 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €) langfristig.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	21	295	-93
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0
Finanzanlagen	76	112	-32
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	3	3	0
Sonstige Aktiva	7	34	-79
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	43	64	-33
Verbriefte Verbindlichkeiten	113	80	41
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	735	573	28
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	744	559	33
Rückstellungen	136	114	19
Nachrangkapital	99	30	>100
Sonstige Passiva	40	45	-11
Verlustvorräte	215	332	-35
Zwischensumme	2.232	2.241	0
Saldierung mit passiven latenten Steuern	-1.564	-1.521	-3
Gesamt	668	720	-7

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	3.482	2.842	23
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40	46	-13
Rechnungsabgrenzung	13	16	-19
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	1	1	0
Übrige	84	22	>100
Gesamt	3.620	2.927	24

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	0	12	-100
Abgangsgruppen	0	0	0
Gesamt	0	12	-100

Eine Beteiligung mit einem Buchwert von 1 € wurde im Verlauf des Jahres 2011 als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Dieser Vermögenswert ist dem Segment „Sonstiges“ zugeordnet.

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte soll im Jahr 2012 erfolgen.

Unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten bestand weder Abwertungs- noch Zuschreibungsbedarf. Im Jahr 2011 wurden zwei fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude als zur Veräußerung gehalten klassifiziert und im Verlauf des Jahres verkauft; beide Immobilien waren dem Segment „Sonstiges“ zugeordnet. Darüber hinaus wurden 2011 keine weiteren Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Vier Beteiligungen, die zum 31. Dezember 2010 zum Verkauf bestimmt waren, wurden im Verlauf des Jahres 2011 veräußert und waren bis zu ihrer Veräußerung dem Segment „Private Kunden“ und „Sonstiges“ zugeordnet.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	29.530	29.705	-1
täglich fällig	1.357	929	46
bis drei Monate	26.321	27.284	-4
über drei Monate bis ein Jahr	1.762	1.472	20
über ein Jahr bis fünf Jahre	90	20	> 100
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	918	881	4
bis drei Monate	50	128	-61
über drei Monate bis ein Jahr	60	47	28
über ein Jahr bis fünf Jahre	423	387	9
über fünf Jahre	385	319	21
Begebene Schuldscheindarlehen	984	989	-1
bis drei Monate	28	138	-80
über drei Monate bis ein Jahr	50	89	-44
über ein Jahr bis fünf Jahre	615	587	5
über fünf Jahre	291	175	66
Andere Verbindlichkeiten	1.154	1.265	-9
täglich fällig	42	89	-53
bis drei Monate	238	30	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	65	106	-39
über ein Jahr bis fünf Jahre	421	627	-33
über fünf Jahre	388	413	-6
Gesamt	32.586	32.840	-1

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 31.511 Mio. € (Vorjahr: 31.952 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 1.075 Mio. € (Vorjahr: 888 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Darüber hinaus sind 87 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	20.116	18.880	7
täglich fällig	12.560	12.764	-2
bis drei Monate	6.758	5.668	19
drei Monate bis ein Jahr	789	438	80
über ein Jahr bis fünf Jahre	9	10	-10
Spareinlagen	5.836	6.059	-4
bis drei Monate	3.940	4.614	-15
über drei Monate bis ein Jahr	1.874	1.414	33
über ein Jahr bis fünf Jahre	18	27	-33
über fünf Jahre	4	4	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	6.123	5.644	8
bis drei Monate	261	164	59
über drei Monate bis ein Jahr	114	163	-30
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.264	1.168	8
über fünf Jahre	4.484	4.149	8
Begebene Schuldscheindarlehen	3.970	4.225	-6
bis drei Monate	150	164	-9
über drei Monate bis ein Jahr	234	331	-29
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.603	2.273	15
über fünf Jahre	983	1.457	-33
Andere Verbindlichkeiten	1.182	1.284	-8
täglich fällig	563	657	-14
bis drei Monate	4	3	33
über drei Monate bis ein Jahr	9	7	29
über ein Jahr bis fünf Jahre	67	58	16
über fünf Jahre	539	559	-4
Gesamt	37.227	36.092	3

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 36.147 Mio. € (Vorjahr: 34.524 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 1.080 Mio. € (Vorjahr: 1.568 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Insgesamt sind darin 236 Mio. € (Vorjahr: 226 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 318 Mio. € (Vorjahr: 324 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 47 Mio. € (Vorjahr: 45 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 617 Mio. € (Vorjahr: 626 Mio. €).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
bis ein Jahr	61	60	2
über ein Jahr bis fünf Jahre	256	251	2
über fünf Jahre	760	825	- 8
Gesamt	1.077	1.136	- 5

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
bis ein Jahr	50	51	- 2
über ein Jahr bis fünf Jahre	190	193	- 2
über fünf Jahre	220	266	- 17
Gesamt	460	510	- 10

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
bis ein Jahr	11	9	22
über ein Jahr bis fünf Jahre	67	58	16
über fünf Jahre	539	559	- 4
Gesamt	617	626	- 1

Bedingte Mietzahlungen für das Geschäftsjahr lagen wie im Vorjahr nicht vor.

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 26 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle teilt den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf.

Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	22.111	24.159	- 8
Hypothekendarlehen	8.786	8.349	5
Öffentliche Darlehen	5.898	7.929	- 26
Sonstige Schuldverschreibungen	7.427	7.881	- 6
Sonstige verbrieftes Verbindlichkeiten	695	536	30
Gesamt	22.806	24.695	- 8

In den sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro-Notes) enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
bis drei Monate	1.259	3.278	-62
über drei Monate bis ein Jahr	3.158	2.868	10
über ein Jahr bis fünf Jahre	15.042	14.482	4
über fünf Jahre	3.347	4.067	-18
Gesamt	22.806	24.695	-8

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2011 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

Gattung	Währung	Nominal (in Mio. WE) 2011	2010	
Emissionen	Anleihen	EUR	540	206
	Hypothekendarlehen	EUR	2.400	1.862
	Anleihen	USD	799	1.783
	Anleihen	JPY	0	101.876
	Anleihen	CHF	150	479
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	3.405	2.813
	Hypothekendarlehen	EUR	4.000	5.349
	Anleihen	USD	979	2.032
	Anleihen	JPY	0	101.876
	Anleihen	CHF	150	709
Rückkäufe	Anleihen	EUR	145	0

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 296 Mio. € (Vorjahr: 336 Mio. €).

Für eigene verbrieft Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.819	1.372	33
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	805	628	28
Gesamt	2.624	2.000	31

Von den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsbeziehungen sind 2.496 Mio. € langfristig (Vorjahr: 1.890 Mio. €).

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Handelspassiva (Held for Trading)	12.361	10.936	13
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	15.634	16.733	-7
Gesamt	27.995	27.669	1

Handelspassiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
HfT			
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	534	420	27
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	8.629	7.662	13
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	3.198	2.854	12
Gesamt	12.361	10.936	13

Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
HfT										
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	410	395	49	4	69	21	6	0	534	420
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	149	245	660	666	2.559	3.117	5.261	3.634	8.629	7.662
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	69	98	150	55	1.411	1.403	1.568	1.298	3.198	2.854
Gesamt	628	738	859	725	4.039	4.541	6.835	4.932	12.361	10.936

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
FVO			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	719	623	15
Begebene Schuldscheindarlehen	515	410	26
Andere Verbindlichkeiten	204	213	-4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.088	848	28
Begebene Schuldscheindarlehen	423	366	16
Andere Verbindlichkeiten	665	482	38
Verbrieftete Verbindlichkeiten	13.670	15.116	-10
Nachrangkapital / Hybridkapital	157	146	8
Gesamt	15.634	16.733	-7

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
FVO										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22	66	41	29	487	346	169	182	719	623
Begebene Schuldscheindarlehen	19	48	32	25	383	261	81	76	515	410
Andere Verbindlichkeiten	3	18	9	4	104	85	88	106	204	213
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	35	31	84	28	376	284	593	505	1.088	848
Begebene Schuldscheindarlehen	25	5	75	20	191	185	132	156	423	366
Andere Verbindlichkeiten	10	26	9	8	185	99	461	349	665	482
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.124	2.723	1.126	1.248	10.380	9.851	1.040	1.294	13.670	15.116
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	0	0	34	31	123	115	157	146
Gesamt	1.181	2.820	1.251	1.305	11.277	10.512	1.925	2.096	15.634	16.733

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2011 auf –41 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen –14 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf –383 Mio. € (Vorjahr: 262 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von –879 Mio. € (Vorjahr: –127 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	988	907	9
Sonstige Rückstellungen	247	285	–13
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	13	16	–19
Restrukturierungsrückstellungen	34	44	–23
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	15	13	15
Übrige Rückstellungen	185	212	–13
Gesamt	1.235	1.192	4

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen beziehen sich auf die im EU-Beihilfverfahren genehmigten Restrukturierungsbeihilfen. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft berücksichtigen die Kreditrisikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten). In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personalmaßnahmen in Höhe von 60 Mio. € (Vorjahr: 76 Mio. €), für Prozesskosten in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €), für Gewährleistungsverpflichtungen und Ausgleichsforderungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €), für andere Steuern in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €) sowie für sonstige Rückstellungen in Höhe von 80 Mio. € (Vorjahr: 82 Mio. €) enthalten. Die Rückstellungen für Personalmaßnahmen beinhalten Aufwendungen für variable Vergütungsbestandteile, Altersteilzeit sowie für Vorruhestandsregelungen. Die Position „Sonstige Rückstellungen“ umfasst im Wesentlichen Rückbaukosten für zentrale und dezentrale Standorte.

Von den Rückstellungen sind 1.055 Mio. € langfristige.

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird, und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2011 –51 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsorientierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 532 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 559 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles errechnet.

Im Geschäftsjahr wurde der Eckwert als eine der maßgeblichen Größen im Versorgungssystem Plan 210 erhöht. Aufgrund der Rentenformel wirkt sich diese Erhöhung auf die vorangegangenen versorgungsfähigen Dienstzeiten aus. Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand (Past Service Cost) wurde ergebniswirksam erfasst (3 Mio. €).

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen/ freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2011 erhielten noch 761 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2011 rund 14 Mio. € (Vorjahr: rund 16 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

in %	31.12.2011	31.12.2010
Rechnungszins	5,00	5,40
Gehaltstrend	2,50 – 3,50	0,50 – 3,50
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 – 2,10	1,00 – 2,20
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 – 3,00	2,00 – 3,00
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,10	3,10
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	4,80	5,00
Bis Alter 40	2,00	3,00
Bis Alter 50	1,50	1,00
Ab Alter 50	1,50	0,00

Demografische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	21	23
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerten	-14	-16
	7	7
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	981	900
Gesamt	988	907

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2011	2010
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	907	907
Laufender Dienstzeitaufwand	18	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	3	0
Zinsaufwand	49	50
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-38	-36
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-1	0
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	51	-31
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	988	907

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2011	2010
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	923	925
Laufender Dienstzeitaufwand	18	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	3	0
Zinsaufwand	49	50
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-41	-39
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-1	0
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	51	-31
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	1.002	923

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 1.002 Mio. € veränderten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern im Vergleich zum Vorjahr um 79 Mio. €.

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2011	2010
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	76,4	81,8
Nicht festverzinslich	15,3	5,9
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	5,8	8,5
Ausland	2,1	2,8
Bankguthaben	0,4	1,0
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (14 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2011	2010
Fair Value des Planvermögens zum 1.1.	16	18
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	0	0
Rentenzahlungen	-3	-3
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	14	16

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 5 T€ (Vorjahr: 510 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2011	2010
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste Geschäftsjahr	-51	31
Kumuliert Vorjahre	-16	-47
Gesamt	-67	-16

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2011	2010
Laufender Dienstzeitaufwand	18	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	3	0
Zinsaufwand	49	50
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Gesamt	69	67

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen drei Jahre:

in Mio. €	2011	2010	2009	2008
Pensionsverpflichtung (DBO)	1.002	923	925	864
Planvermögen	14	16	18	20
Überschuss des Plans	988	907	907	844
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-51	31	-33	28
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	6,5	7,2	5,4	2,0
Planvermögen	-3,4	-0,5	0,3	-2,0

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2012	2011
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	-40	-39

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2011 ein Rechnungszins von 2,2 % (Vorjahr: 2,2 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2011	2010
Stand zum 1.1.	285	307
Zuführungen	39	74
Inanspruchnahmen	52	70
Auflösungen	31	31
Umbuchungen	0	-1
Aufzinsungseffekte	6	6
Stand zum 31.12.	247	285

Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2011	2010
Stand zum 1.1.	16	16
Zuführungen	0	0
Inanspruchnahmen	2	1
Auflösungen	1	0
Umbuchungen	0	0
Aufzinsungseffekte	0	1
Stand zum 31.12.	13	16

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

in Mio. €	2011	2010
Stand zum 1.1.	44	48
Zuführungen	0	7
Inanspruchnahmen	4	6
Auflösungen	0	1
Umbuchungen	-8	-5
Aufzinsungseffekte	2	1
Stand zum 31.12.	34	44

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2011	2010
Stand zum 1.1.	13	18
Zuführungen	5	1
Inanspruchnahmen	1	0
Auflösungen	4	6
Umbuchungen	2	0
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	15	13

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2011	2010
Stand zum 1.1.	212	225
Zuführungen	34	66
Inanspruchnahmen	45	63
Auflösungen	26	24
Umbuchungen	6	4
Aufzinsungseffekte	4	4
Stand zum 31.12.	185	212

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	122	120	2
Latente Steuern	10	15	-33
Gesamt	132	135	-2

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 92 Mio. € (Vorjahr: 93 Mio. €) langfristig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	24	0	x
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	500	357	40
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	691	361	91
Finanzanlagen	126	140	-10
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	101	106	-5
Sonstige Aktiva	0	1	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	74	141	-48
Verbriefte Verbindlichkeiten	46	393	-88
Rückstellungen	3	4	-25
Sonstige Passiva	9	33	-73
Zwischensumme	1.574	1.536	2
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	-1.564	-1.521	-3
Gesamt	10	15	-33

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.711	1.669	3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62	77	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	20	22	-9
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	3	3	0
Übrige	168	113	49
Gesamt	1.964	1.884	4

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

55 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.588	1.548	3
bis drei Monate	218	24	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	192	4	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	67	500	-87
über fünf Jahre	1.111	1.020	9
Stille Einlagen	700	700	0
über fünf Jahre	700	700	0
Gesamt	2.288	2.248	2

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Für die stille Einlage ist im Zinsaufwand die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 9 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: 51 Mio. €).

56 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0
Kapitalrücklagen	77	77	0
Gewinnrücklagen	-1	258	< -100
Gesetzliche Rücklage	39	39	0
Andere Gewinnrücklagen	7	230	-97
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	-47	-11	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	1	-100
Neubewertungsrücklagen	-324	-181	-79
Neubewertungsrücklage (AfS)	-216	-82	< -100
Neubewertungsrücklage (CFH)	-108	-99	-9
Anteile im Fremdbesitz	11	12	-8
Gesamt	2.318	2.722	-15

Sonstige Erläuterungen (Notes)

57 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 sowie den Zwischenabschlüssen zum 31. März 2011, 30. Juni 2011 und 30. September 2011 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen.

Nach der Migration auf das Kernbankensystem OSPlus im April 2011 kam es aufgrund einer verbesserten Datengrundlage bei Forderungen an Kunden zu Ausweisverschiebungen zwischen den Unterpositionen Termin- und Sichteinlagen, Darlehen, Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen sowie Kommunalkredite, die gemäß IAS 8.32 behandelt wurden. Wegen der technischen Umstellung ist die Schätzung der Auswirkungen auf künftige Perioden nicht durchführbar und die Vergleichbarkeit zum Stichtag der Vorperiode eingeschränkt.

Ferner ergaben sich Anpassungen in den Angaben zu der auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführenden Änderung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (Vorjahr und Vorjahr kumuliert) aufgrund einer nunmehr detaillierteren Datengrundlage.

58 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	28	57	-51
Summe Treuhandkredite	28	57	-51
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7	7	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21	50	-58
Summe Treuhandkredite	28	57	-51

59 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Quantifizierbar

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	843	843	0
Kreditbürgschaften	435	485	-10
Akkreditive	83	16	> 100
Sonstige Bürgschaften	325	342	-5
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	4.083	4.561	-10
Gesamt	4.926	5.404	-9

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 644 Mio. € (Vorjahr: 675 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung erhält das Land Berlin vom Konzern LBB eine Avalprovision in Höhe von jährlich 15 Mio. €, welche am 30. Juni eines jeden Jahres für das betreffende Kalenderjahr zu zahlen ist (erstmalig für das Kalenderjahr 2002). Der Fixbetrag in Höhe von 15 Mio. € bezieht sich zunächst auf die Kalenderjahre bis 2011. Das Land und der Konzern LBB werden sich im Jahr 2012 über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision verständigen. Solange das Land und der Konzern keine Einigung erzielen, bleibt es bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €. Im Innenverhältnis zwischen den Teilbanken des ehemaligen BGB-Konzerns, der Landesbank Berlin AG, der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und der Investitionsbank Berlin, wird die Avalprovision entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken aufgeteilt.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 189 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 217 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahre 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 53 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der Finanz Informatik GmbH und der ATOS IT Solutions and Services Management GmbH hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zum 31. Dezember 2011 zu 100% an der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß Kooperationsvertrag vom 30. Juli 2010 zwischen der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG und der Landesbank Berlin AG unterliegen die eingebrachten Bestände der Übertragenden einer Bestandsgarantie. Unterschreiten die tatsächlich in der SKP anfallenden Ist-Cashflows die per Bestandswertermittlung angesetzten Soll-Cashflows, sind durch den einbringenden Gesellschafter Ertragszuschüsse in entsprechender Höhe an die SKP zu leisten. Bei Überschreitungen kommt es zu einer Ausgleichszahlung zwischen den Gesellschaftern.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Werts unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

60 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

61 Angaben zu Finanzinstrumenten

61.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2011 wurden wie im Vorjahr keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Die Buchwerte zum Umkategorisierungstag sowie die Zeit- und Buchwerte zum Ende der nachfolgenden Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	B. von Held for Trading nach Finanzanlagen LaR
Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	37.822	504
31.12.2009		
Buchwert	27.013	449
Zeitwert	26.936	451
31.12.2010		
Buchwert	19.458	401
Zeitwert	19.137	387
31.12.2011		
Buchwert	14.074	358
Zeitwert	13.639	340

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung um 24.093 Mio. € und die Bestände zu B sich um 167 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten reduziert haben. Gegenläufig wirkte hierbei der Effekt aus der Buchwertfortschreibung.

Zum Umkategorisierungstag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für die umkategorisierten Finanzinstrumente folgende Effekte erfasst:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Zinsamortisierungen	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2011	10	184	92
31.12.2010	12	16	133
31.12.2009	3	38	207
31.12.2008	-7	16	58

Die Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS wurden durch die Fortschreibung des Buchwerts im Zinsüberschuss kompensiert und hatten daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären stattdessen folgende Effekte im Berichtsjahr erfasst worden:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Bewertungsgewinn im Handelsergebnis	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2011	1	178	-42
31.12.2010	-10	13	-139
31.12.2009	6	33	378
31.12.2008	3	16	-124

61.2 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen.

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an.

Unter Beachtung der Bewertungshierarchie wird zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Sofern derartige Wertansätze nicht verfügbar sind, erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Diese berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen.

Zum 31. Dezember 2011 standen für einen Großteil der Bestände an Schuldverschreibungen Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Bei einem geringen Teil der Finanzinstrumente konnte jedoch zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

In diesem Fall erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Die für die Bewertung verwendeten Credit Spreads werden regelmäßig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands, Handelsbuchderivate und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle (insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodelle), in die finanzinstrumentenspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere, Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie ausgewählte Schuldscheindarlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt.

Ist bei nicht zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren die Fair Value-Ermittlung nicht auf Grundlage von Börsenkursen oder Marktpreisen möglich, erfolgt die Bewertung auf Basis marktüblicher Bewertungsmodelle.

Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mit Hilfe marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus konzeptionellen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten und Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditiven) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich null identifiziert.

61.3 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Stille Reserven	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Aktiva						
LaR	83.472	87.193	82.100	86.062	1.372	1.131
Forderungen an Kreditinstitute	16.809	16.747	16.705	16.708	104	39
Forderungen an Kunden	48.363	46.591	46.382	44.944	1.981	1.647
Finanzanlagen	18.300	23.855	19.013	24.410	-713	-555
HtM	1.682	1.729	1.667	1.664	15	65
Finanzanlagen	1.682	1.729	1.667	1.664	15	65
Gesamt	85.154	88.922	83.767	87.726	1.387	1.196
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.705	32.917	32.586	32.840	-119	-77
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹⁾	37.250	35.771	37.227	36.092	-23	321
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾	37.744	36.647	37.227	36.092	-517	-555
Verbriefte Verbindlichkeiten	23.015	24.889	22.806	24.695	-209	-194
Nachrangkapital inklusive stiller Einlagen	2.078	2.090	2.288	2.248	210	158
Gesamt¹⁾	95.048	95.667	94.907	95.875	-141	208
Gesamt²⁾	95.542	96.543	94.907	95.875	-635	-668

¹⁾ unter Berücksichtigung steuerrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

²⁾ ohne Berücksichtigung steuerrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT, FVO und AfS), für Derivate in Sicherungsbeziehungen sowie für Forderungen aus gestellten Sicherheiten beziehungsweise Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich null. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

61.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Value gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Value anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts realistische und auf Marktgegebenheiten basierende Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset-Backed-Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2011				31.12.2010			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt	Level 1 ¹⁾	Level 2 ¹⁾	Level 3
Aktiva								
AfS	20.546	16.310	4.221	15	19.349	14.201	5.121	27
Forderungen an Kunden	455	0	455	0	508	0	508	0
Finanzanlagen	20.091	16.310	3.766	15	18.841	14.201	4.613	27
HfT	12.857	488	12.276	93	11.672	749	10.766	157
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	12.857	488	12.276	93	11.672	749	10.766	157
FVO	5.380	3.427	1.871	82	5.526	3.100	2.280	146
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	5.380	3.427	1.871	82	5.526	3.100	2.280	146
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.658	0	1.658	0	1.182	0	1.182	0
Gesamt Aktiva	40.441	20.225	20.026	190	37.729	18.050	19.349	330
Passiva								
HfT	12.361	349	12.012	0	10.936	376	10.560	0
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	12.361	349	12.012	0	10.936	376	10.560	0
FVO	15.634	3.823	11.654	157	16.734	4.686	11.902	146
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	15.634	3.823	11.654	157	16.734	4.686	11.902	146
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.624	0	2.624	0	2.000	0	2.000	0
Gesamt Passiva	30.619	4.172	26.290	157	29.670	5.062	24.462	146

¹⁾ Vorjahreswerte bereits zum 31. März 2011 angepasst

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2011 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 545 Mio. € auf der Aktivseite beziehungsweise 1 Mio. € auf der Passivseite von Level 2 nach Level 1 transferiert. Mit abnehmender Restlaufzeit von Finanzinstrumenten sinkt die Verfügbarkeit von Preisen an einem aktiven Markt. Daher wurden 1.767 Mio. € auf der Aktivseite und 776 Mio. € auf der Passivseite von Level 1 nach Level 2 umgegliedert.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2011 zeigt:

in Mio. €	1.1.2011	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			31.12.2011
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten	
Aktiva							
AfS	27	4	3	0	19	0	15
Finanzanlagen	27	4	3	0	19	0	15
HfT	157	3	0	31	98	0	93
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	157	3	0	31	98	0	93
FVO	146	0	0	2	63	3	82
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	146	0	0	2	63	3	82
Gesamt Aktiva	330	7	3	33	180	3	190
Passiva							
FVO	146	11	0	0	0	0	157
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	146	11	0	0	0	0	157
Gesamt Passiva	146	11	0	0	0	0	157

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Bilanzstichtag bezogen betrug die Summe dieser Änderungen 3 Mio. €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 gab es bei den zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten keine Transfers zwischen dem Hierarchielevel 3 und den Hierarchieleveln 1 und 2.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente sind die Credit Spreads die einzigen nicht am Markt beobachtbaren Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieses Parameters wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair Value-Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair Value-Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Aktiva		
AfS	0	0
Finanzanlagen	0	0
HfT	0	0
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
FVO	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Gesamt Aktiva	0	0
Passiva		
FVO	-12	21
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	-12	21
Gesamt Passiva	-12	21

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 21 Mio. € erhöht beziehungsweise um 12 Mio. € verringert.

62 Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tätigt Transaktionen mit finanziellen Vermögenswerten wie Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte, bei denen wesentliche Chancen und Risiken zurückbehalten werden. Aus diesem Grund werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht.

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Schuldverschreibungen mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden weiterhin in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Geschäft resultierenden Liquiditäten werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert und vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der Vermögenswerte sowie die Buchwerte der korrespondierenden Verbindlichkeiten:

in Mio. €	Buchwert	
	31.12.2011	31.12.2010
Vermögenswerte		
LaR	10	0
Finanzanlagen	10	0
AfS	2.002	869
Finanzanlagen	2.002	869
FVO	930	898
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	930	898
HtM	175	224
Finanzanlagen	175	224
Gesamt	3.117	1.991
Korrespondierende Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.622	1.602
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	275	215
Gesamt	2.897	1.817

Die Buchwerte der Vermögenswerte sowie die Buchwerte der korrespondierenden Verbindlichkeiten können aufgrund einer verbesserten Datenerhebung erstmalig angegeben werden.

63 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	301	843	-64
Forderungen an Kunden	5.673	5.685	0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	3.423	2.766	24
Finanzanlagen	24.207	24.662	-2
Sonstige Aktiva	3.482	2.843	22
Gesamt	37.086	36.799	1

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Wege einer Vollrechtsübertragung im Rahmen von standardisierten Rahmenverträgen gestellt, welche im internationalen Bankgeschäft üblich sind. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2011 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 19.434 Mio. € (Vorjahr: 12.591 Mio. €) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex Repo Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung des jeweiligen Geschäfts gleichwertige Wertpapiere, die er als Sicherheit erhalten hat, zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, die erhaltenen Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2011 waren von diesen Sicherheiten 7.925 Mio. € (Vorjahr: 6.802 Mio. €) veräußert oder verpfändet.

64 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin Holding nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) – Mehrheitsaktionärin der Holding sowie Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft – Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Tochterunternehmen der Holding und Unternehmen, auf welche die Holding maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB und Holding, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, sowie die Geschäftsführer des beherrschenden Mutterunternehmens.

Aufgrund des IAS 24 revised ist der Kreis der assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Holding um die Tochterunternehmen dieser Unternehmen ergänzt worden.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der Holding im Sinne des IAS 24 gehören auf Seiten des Mehrheitseigners die S-Erwerbsgesellschaft, die S-Beteiligungsgesellschaft, die RVG und die Geschäftsführer der RVG.

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrags zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2011 für das Geschäftsjahr 2010 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt. Die stille Einlage für das Geschäftsjahr 2011 wird mit 9,0 Mio. € nur teilweise bedient werden können, da ihre Bedienung nicht zu einem Verlust führen darf.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt sind. Für die Erstellung des RVG-Konzernabschlusses 2010 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 88 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (5 T€) einlageseitig genutzt wird. Außerdem besteht ein Tagesgeldkonto in Höhe von 6 T€ zu Standardkonditionen. Die S-Erwerbsgesellschaft hat vom 4. Juli 2011 bis 4. Oktober 2011 ein Termingeld von 59 Mio. € zum Zinssatz von 1,46 % bei der LBB AG angelegt. Weitere berichtspflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Mit einem Geschäftsführer der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung auf Guthabenbasis. Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und deren nahe Angehörige haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 67) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilsbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann (Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures).*

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	23	23	0
Erfolgswirksam zu Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	19	0	x
Sonstige Aktiva	9	8	13
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4	2	100

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 0,7 Mio. € (31. Dezember 2010: 1,6 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 2,3 Mio. € (31. Dezember 2010: 3,9 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,1 Mio. € (31. Dezember 2010: 0,7 Mio. €).

* Zu den nahestehenden Unternehmen zählen nunmehr gemäß IAS 24 revised auch die Tochterunternehmen dieser assoziierten Unternehmen und Joint Ventures. In den jeweiligen Tabellen zu den assoziierten Unternehmen und Joint Ventures sind auch diese Salden mit enthalten.

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010 ¹⁾	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	1.855	0	x
Forderungen an Kunden	78	128	-39
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	14	41	-66
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	204	41	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	31	-55
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	32	20	60
Nachrangkapital	21	20	5

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst aufgrund IAS 24 revised

Es bestehen keine Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen (31. Dezember 2010: 0,3 Mio. €).

Gegenüber assoziierten Unternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 4,0 Mio. € (31. Dezember 2010: 2,4 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2010: 0,4 Mio. €).

Joint Ventures

in Mio. €	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	3	3	0
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	2	-50

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2010) keine Wertberichtigungen, unwiderruflichen Kreditzusagen oder Gewährleistungsbürgschaften gegenüber Joint Ventures.

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das Zinsergebnis des Konzerns wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG übt er auf Bitte des Vorstands auch nach seinem Ausscheiden aus der Bank weiterhin aus.

Mit Herrn Bettink, der zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB eingetreten ist, wurde ein Dienstvertrag geschlossen, der unter anderem ein ruhegehaltstfähiges Festgehalt von 366 T€ p. a. vorsieht. Darüber hinaus erhält er ein nicht ruhegehaltstfähiges Festgehalt in Höhe von 360 T€ p. a., das nach Feststellung des Jahresabschlusses für das entsprechende Geschäftsjahr zahlbar ist. Zudem kann Herr Bettink eine variable Vergütung erhalten, die vom Aufsichtsrat jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses festgesetzt wird – entsprechend den für das Vorstandsgremium insgesamt geltenden Regelungen zu variablen Vergütungen (siehe Vergütungsbericht).

Der Aufsichtsrat der LBB hat in seiner Sitzung vom 10. Februar 2011 für die Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz und Müller eine Erhöhung der ruhegehaltstfähigen Festgehälter um einheitlich 2 % zu den jeweiligen individuellen Überprüfungszeitpunkten beschlossen. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat beschlossen, das ruhegehaltstfähige Festgehalt von Herrn Tessmann auf 380 T€ ab dem 1. April 2011 zu erhöhen. Der Aufsichtsrat der LBB hat in seiner Sitzung am 25. März 2011 über die variablen Vergütungen intensiv beraten und entschieden. Hinsichtlich des ersten Drittels der für das Geschäftsjahr 2009 mit Rückbehalt bestehenden variablen Vergütung (insgesamt 40 % der Zieltantieme in Höhe von 1.340 T€) wurde für die im Geschäftsjahr 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder der LBB eine Auszahlung von 161 T€ beschlossen. Für das Geschäftsjahr 2010 wurde für die in diesem Geschäftsjahr tätigen Vorstandsmitglieder eine Zieltantieme von 1.440 T€ beschlossen. Die Auszahlung erfolgt entsprechend der im Vergütungsbericht beschriebenen Festlegung. Danach erhalten die Vorstandsmitglieder 20 % der Zieltantieme in 2011 ausgezahlt. Der Aufsichtsrat der Berlin Hyp hat in seiner Sitzung am 28. Februar 2011 über die variablen Vergütungen für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 unter anderem für Herrn Bettink in Höhe von 115 T€ entschieden.

Ob und in welcher Höhe die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 eine variable Vergütung erhalten werden, kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden in dem auf die Entscheidung folgenden Zwischenbericht 2012 dargestellt.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats der LBBH und der LBB hat sich im Geschäftsjahr 2011 nicht verändert. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats befindet sich im Anhang.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

in T€	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	5.053	5.326
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(333)	(804)
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	1.824	2.081
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(186)	(444)
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	620	620
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	262	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	6.783	6.619
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	2.087	-310
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	824	-506
	31.12.2011	31.12.2010
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	90.330	84.036
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	12.069	11.094
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	4.327	5.698

¹⁾ bestehend aus den Herren Dr. Evers, Bettink (ab 1. Januar 2011), Demolière, Kulartz, Müller, Tessmann (ab 1. April 2010) und Dr. Veit (bis 31. Dezember 2010)

²⁾ bestehend aus den Herren Dr. Evers, Müller (ab 1. Januar 2011) und Dr. Veit (bis 31. Dezember 2010)

³⁾ ohne Umsatzsteuer, Konzernabgaben

⁴⁾ darin enthalten erfolgsabhängige (variable) Vergütungen an Herrn Dr. Veit im Jahr 2011 in Höhe von 116 T€ (für seine Tätigkeit in den Geschäftsjahren 2009 und 2010) und an Herrn Vetter im Jahr 2010 in Höhe von 270 T€ (für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009)

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit sonstiger langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière und Herrn Bettink bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Scheiden Herr Bettink, Herr Demolière, Herr Dr. Evers oder Herr Kulartz wegen Berufsunfähigkeit aus dem Vorstand aus, haben sie während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihr ruhegehaltstfähiges Festgehalt, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann infolge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst.

Scheiden Herr Bettink, Herr Demolière, Herr Dr. Evers oder Herr Kulartz nach Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB aus dem Vorstand aus, können sie während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihr ruhegehaltstfähiges Festgehalt und ab dem siebten Monat Anspruch auf Ruhegehalt haben.

Herr Bettink und die LBB können jeweils einseitig das Vertragsverhältnis durch schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, jedoch frühestens zum 31. Dezember 2013. Die detaillierten Festlegungen dazu finden sich im Vergütungsbericht. Im Falle einer solchen Kündigung hat Herr Bettink Anspruch auf Ruhegehalt.

Herr Kulartz kann nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Dienstverträge von Herrn Demolière und Herrn Dr. Evers können nach Vollendung des 60. Lebensjahres, der Vertrag von Herrn Tessmann nach Vollendung des 62. Lebensjahres durch beide Parteien jeweils zum Ende des Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Herr Demolière, Herr Dr. Evers und Herr Kulartz haben während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Herr Tessmann erhält ab dem auf das Ausscheiden folgenden Kalendermonat Ruhegeld.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	31.12.2011	31.12.2010
an Mitglieder des Vorstands der LBB	19	297
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	6	15
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	89	85
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	81	93

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

Von der LBB wurden Bruttoentgelte an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Holding in Höhe von 681 T€ (Vorjahr: 675 T€) und an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der LBB in Höhe von 589 T€ (Vorjahr: 584 T€) vergütet.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor. Für einzelne Gremienmitglieder oder deren Familienmitglieder bestehen Konten bei Tochterunternehmen des Konzerns.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen. Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die LBBH auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

Darstellung zu § 314 Abs.1 Nr. 6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2011** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung 2011	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 ¹⁾	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 ¹⁾		
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB)	855	78	43	56	1.032
davon nicht ruhegehaltstfähig	330				
Martin K. Müller ³⁾ (Holding, LBB)	683	40	25	44	792
davon nicht ruhegehaltstfähig	290				
Summe Organmitglieder Holding	1.538	118	68	100	1.824
Jan Bettink (LBB)	726			49	775
davon nicht ruhegehaltstfähig	360				
Serge Demolière (LBB)	1.022	30	22	-44	1.030
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	653				
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	657	42	25	55	779
davon nicht ruhegehaltstfähig	246				
Patrick Tessmann	598	28		19	645
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	250				
Vergütung 2011 Gesamt (LBB)	4.541	218	115	179	5.053

¹⁾ Im März 2011 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die entsprechend den bestehenden Vergütungsregelungen ausgezahlt und in die Vergütung 2011 einbezogen wurden.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 153 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Netto Bezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von saldiert 19 T€ (Herr Demolière hat eine Rückvergütung die Vorjahre betreffend in Höhe von 77 T€ geleistet), daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

³⁾ Herr Müller wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der Holding bestellt.

⁴⁾ ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2010** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ³⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung 2010	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 ¹⁾	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 ²⁾		
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB)	850	216		45	1.111
davon nicht ruhegehaltstfähig	330				
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	709	228		33	970
davon nicht ruhegehaltstfähig	300				
Summe Organmitglieder Holding	1.559	444		78	2.081
Serge Demolière (LBB)	1.014	108		57	1.179
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	650				
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	651	126		45	822
davon nicht ruhegehaltstfähig	246				
Martin K. Müller (LBB)	675	126		34	835
davon nicht ruhegehaltstfähig	290				
Patrick Tessmann ⁵⁾ (LBB)	375			34	409
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	188				
Vergütung 2010 Gesamt (LBB)	4.274	804		248	5.326

¹⁾ Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

²⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgswirksamen (variablen) Vergütungen geleistet worden; zudem gelten die Regelungen hinsichtlich einer nachhaltigen Vergütungsregelung erst ab dem Geschäftsjahr 2009.

³⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Netto Bezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

⁴⁾ ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

⁵⁾ Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.

Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bb HGB:

in T€	In 2011 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag	Barwert Pensionsverpflichtungen (DB0)
Dr. Johannes Evers	510	2.878
Martin K. Müller	314	1.449
Summe Organ LBBH	824	4.327
Jan Bettink	3	2.221
Serge Demolière	440	2.292
Hans Jürgen Kulartz	495	2.757
Patrick Tessmann	325	472
Gesamt Organ LBB	2.087	12.069

in T€	In 2010 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag	Barwert Pensionsverpflichtungen (DB0)
Dr. Johannes Evers	-54	2.368
Dr. Thomas Veit	-452	3.330
Summe Organ LBBH	-506	5.698
Serge Demolière	-14	1.852
Hans Jürgen Kulartz	-26	2.262
Martin K. Müller	89	1.135
Patrick Tessmann	147	147
Gesamt Organ LBB	-310	11.094

Die anderen Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 8 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der Holding:

Mitglieder des Aufsichtsrats in T€	Jahresvergütung Konzern LBB Holding	
	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2010
Heinrich Haasis	81,0	81,0
Bärbel Wulff	63,8	63,8
Hans Jörg Duppré	15,0	15,0
Michael Dutschke	15,0	15,0
Christina Förster	15,0	15,0
Gerhard Grandke	31,5	31,5
Artur Grzesiek	33,5	33,5
Sascha Händler	15,0	15,0
Gerald Herrmann	25,5	25,5
Jürgen Hilse ¹⁾²⁾	–	16,2
Claus Friedrich Holtmann	31,5	31,5
Michael Jänichen	47,5	47,5
Daniel Kasteel	15,0	15,0
Thomas Mang	41,5	41,5
Frank Meysel	15,0	15,0
Wolfgang Pansegrau	25,5	25,5
Helmut Schleweis ³⁾⁴⁾	35,5	18,5
Peter Schneider	25,5	25,5
Friedrich Schubring-Giese	15,0	15,0
Dr. Harald Vogelsang	31,5	31,5
Frank Wolf	41,5	41,5
Summe	620,3	619,5
zuzüglich USt	96,8	98,6
Gesamtaufwand	717,1	718,1

¹⁾ Mitglied im Aufsichtsrat der Holding bis 15. Juni 2010

²⁾ Mitglied im Aufsichtsrat der LBB bis 14. Juni 2010

³⁾ Mitglied im Aufsichtsrat der Holding seit 15. Juni 2010

⁴⁾ Mitglied im Aufsichtsrat der LBB seit 14. Juni 2010

65 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2011	2010
Vollzeit	4.970	5.058
Teilzeit	1.489	1.422
Auszubildende	191	237
Gesamt	6.650	6.717

66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2011

Die Landesbank Berlin AG ist Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen, eine nach § 10 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) anerkannte Sicherungseinrichtung. Die Sicherungsreserve hat beschlossen, sich an den Maßnahmen zur finalen Restrukturierung der West LB AG zu beteiligen und hier einen Beitrag in Höhe von 250 Mio. € im Zusammenhang mit der Herauslösung der sogenannten Verbundbankaktivitäten zu erbringen. Die konkrete Ausgestaltung dieses Beitrags der Sicherungsreserve ist noch nicht erfolgt. Es ist aus heutiger Sicht nicht damit zu rechnen, dass der Beitrag der Sicherungsreserve zu einer Erhöhung der Beitragszahlungen der LBB an die Sicherungsreserve führen wird.

67 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2011 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Tochterunternehmen (IAS 27) – vollkonsolidiert –						
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ³⁾	100,0	100,0	100,0	2.987	289	
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	830.903	0	
Crown Court I LLC, Wilmington / Delaware	100,0	100,0	100,0	-116.973	-79.954	
Crown Court Property London Ltd., London ⁶⁾¹⁷⁾	100,0	100,0	100,0	16.621	688	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ³⁾	100,0	100,0	100,0	9.436	0	
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	1.414	2.340	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde / Gardelegen GbR, Berlin	76,7	76,7	76,7	-25.772	1.259	31.12.2010
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁶⁾	99,9	99,9	99,9	-7.985	-19	
Landesbank Berlin AG, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	0,0	100,0	2.861.243	0	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg ⁶⁾⁷⁾	100,0	100,0	100,0	167.596	-1.387	
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	0,0	100,0	10.660	0	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ⁶⁾	100,0	100,0	100,0	1.343	-8	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	5.880	0	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	1.405	302	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg ⁶⁾⁷⁾	100,0	100,0	100,0	3.200	0	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁶⁾	75,0	75,0	75,0	22.595	1.485	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	1.036	0	
SIC-12-Gesellschaften (IAS 27 i. V. m. SIC 12) – vollkonsolidiert –						
RR II R-11004, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11014, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11017, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11056, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11057, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11063, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11064, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11066, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11072, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11075, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11077, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11080, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11082, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2011 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
RR II R-11085, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11087, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11133, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11140, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11144, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11145, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11148, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11157, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11161, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11163, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11172, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11176, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11184, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11189, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11227, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11231, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11232, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11247, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11249, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11251, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11253, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11254, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11262, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11263, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11264, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11265, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11266, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11270, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11277, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11280, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11282, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11285, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11288, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11289, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11290, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11291, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11292, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11297, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11298, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11300, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11301, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11302, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11303, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11304, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11306, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11804, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11896, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-817, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-846, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2011 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Spezialfonds (IAS 27 i. V. m. SIC 12) – vollkonsolidiert –						
AGI PIMCO Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	92.422	–637	31.12.2010
LBB-TBG-Fonds, Berlin ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	101.528	4.416	30.11.2010
BG-Asset-Fonds, Berlin ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	20.777	634	30.9.2010
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	91.031	1.336	31.12.2010
DEKA – ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	62.808	–3.648	31.12.2010
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	96.174	–1.613	31.12.2010
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf ¹²⁾	100,0	100,0	0,0	76.339	1.075	31.12.2010
LBB-nb 08-Fonds, Berlin ^{6)12b)}	100,0	100,0	0,0	369.448	13.952	
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown / Kaiman-Inseln ^{12c)16)}	100,0	100,0	0,0	138.082	11.567	30.6.2011
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	22.172	–1.069	31.12.2010
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf ¹²⁾	100,0	100,0	0,0	86.433	–1.036	31.12.2010
Dotationsbestand Publikumsfonds (IAS 27) – vollkonsolidiert –						
LBB Interest Rate Opportunity Fund, Berlin ^{12b)}	100,0	100,0	0,0	25.028	134	30.9.2011
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main ¹⁴⁾	100,0	100,0	0,0			
Tochterunternehmen (IAS 27)²⁾ – nicht vollkonsolidiert –						
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	94,9	100,0	51	0	31.12.2010
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ³⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2010
Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	21	–2	31.12.2010
B & E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	–75	–100	31.12.2010
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	–1.832	–190	31.12.2010
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	550	90	31.12.2010
GfBI Teilnehmungsmanagement GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	110	10	
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,2	60,2	60,2	–4.245	–140	31.12.2010
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	45	–6	31.12.2009
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ³⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2010
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking	92,5	92,5	92,5	62	–25	31.12.2010
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	19	0	31.12.2010
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	111	–6	31.12.2010
Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin) ⁶⁾	100,0	100,0	100,0	314	–37	31.12.2010
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	101	2	31.12.2010
SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf	100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2010
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	732	187	31.12.2010
SIC-12-Gesellschaften, Spezial- und Publikumsfonds (IAS 27 i. V. m. SIC 12)²⁾ – nicht vollkonsolidiert –						
Jade Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12b)13)}	75,1	75,1	0,0	3.379	–749	30.11.2010
Opal Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12b)13)}	78,6	78,6	0,0	3.018	36	30.11.2010
Saphir Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12b)13)}	63,2	63,2	0,0	3.588	–1.276	30.11.2010
Smaragd Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ¹⁴⁾	61,6	61,6	0,0	k. A.	k. A.	
Topas Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ¹⁴⁾	84,4	84,4	0,0	k. A.	k. A.	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2011 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Joint Ventures (IAS 31)²⁾						
– nicht nach der Equity-Methode einbezogen –						
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	179	35	31.12.2010
GbR TOCOTAX ⁴⁾	0,0	0,0	33,3	0	-171	31.12.2009
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße / Parkaue, Berlin	50,0	50,0	50,0	-1.032	117	31.12.2010
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin / Hannover	0,0	0,0	50,0	363	35	31.12.2010
Assoziierte Unternehmen (IAS 28)						
– nach der Equity-Methode einbezogen –						
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover ⁶⁾⁸⁾	12,0	12,0	12,0	311.058	13.600	31.12.2010
PEB Capital B.V. in liquidation, Hilversum ⁶⁾	42,4	42,4	42,4	99	-11	31.12.2010
S-Kreditpartner GmbH, Berlin ¹⁵⁾	66,7	66,7	66,7	k.A.	k.A.	
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds (IAS 28)						
– nach der Equity-Methode einbezogen –						
Vermögensstruktur Konservativ / Inhaber-Anteile, Berlin	22,3	22,3	0,0	63.841	684	31.12.2010
Vermögensstruktur Wachstum / Inhaber-Anteile, Berlin	21,9	21,9	0,0	14.559	766	31.12.2010
Assoziierte Unternehmen (IAS 28)²⁾						
– nicht nach der Equity-Methode einbezogen –						
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	47,5	47,5	47,5	31.537	1.885	31.12.2010
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	82	5	31.12.2010
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	21.422	7.994	30.9.2011
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	8.594	106	31.12.2010
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin	49,0	49,0	49,0	-211	-28	31.12.2009
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	25	0	31.12.2010
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2009
SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen	30,0	30,0	30,0	538	38	31.12.2010
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	-2.780	214	31.12.2010
Sonstige Beteiligungen von mindestens 20 v. H.²⁾						
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ⁹⁾¹⁰⁾	100,0	100,0	100,0	-3.166	-1.325	31.12.2010
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin ¹¹⁾	49,0	49,0	49,0	3	0	31.12.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin ¹¹⁾	48,5	48,5	48,5	-2.987	-2.987	31.12.2009
Lausitzring GmbH & Co. KG i. I., Klettwitz ¹¹⁾	70,0	70,0	70,0	-84.277	44	31.12.2009
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ⁹⁾¹⁰⁾	100,0	100,0	100,0	2	0	31.12.2010
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ⁹⁾¹⁰⁾	75,0	75,0	75,0	45	-1	31.12.2010
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ⁹⁾¹⁰⁾	75,0	75,0	75,0	624	131	31.12.2010

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2011 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Sonstige SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H. ²⁾						
ACATIS Modul Colleg.Fds-Nr. 1, Luxembourg ^{12b) 13)}	21,4	21,4	0,0	4.203	- 484	31.12.2010
Innocap Fund SICAV Plc – Conquest Macro Sub-Fund, Registered Shares o.N., Malta ^{12c) 18)}	39,7	39,7	0,0	16.229	-1.043	30.10.2010
Magna Africa Fund, London ^{12a) 13)}	84,8	84,8	0,0	64.011	7.297	31.12.2010
Rubin Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12b) 13)}	45,9	45,9	0,0	4.999	11	30.11.2010
OP Extra Bond Euro – hedged, Köln ^{12b) 13)}	24,9	24,9	0,0	213.076	46	30.12.2010

¹⁾ Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

²⁾ Der Einbezug in den Konzernabschluss sowie die Bewertung erfolgen gemäß IAS 39 als Finanzinstrument.

³⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und / oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

⁴⁾ Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

⁵⁾ Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum „Tender Option Program“ der Crown Court I LLC; TOB gesamt: Eigenkapital 28.738 T€; Jahresüberschuss 82.011 T€.

⁶⁾ Zahlen aus aufgestelltem oder vorläufigem Jahresabschluss per 31.12.2011

⁷⁾ Zahlen aus Abschluss nach local GAAP (Lux)

⁸⁾ Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

⁹⁾ Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

¹⁰⁾ Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU

¹¹⁾ Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

¹²⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

^{12a)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem ordentlichen Nettoertrag.

^{12b)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen.

^{12c)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, die Umrechnung erfolgt zum Kurs per 30.6.2011.

¹³⁾ Die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

¹⁴⁾ Fonds wurde neu aufgelegt, ein Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

¹⁵⁾ Die Gesellschaft wurde in 2011 gegründet, ein JA liegt noch nicht vor.

Kurse

¹⁶⁾ 1 EUR = 1,4494 USD (zum 30.6.2011)

¹⁷⁾ 1 EUR = 0,8355 GBP (zum 31.12.2011)

¹⁸⁾ 1 EUR = 1.293900 USD (zum 30.10.2011)

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und / oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in T€	vom 31.12.2011 abweichender Jahresabschluss
Landesbank Berlin AG	Landesbank Berlin Holding AG	0	
Landesbank Berlin Investment GmbH	Landesbank Berlin Holding AG	16.300	

68 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex abzugebenden Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von der Landesbank Berlin Holding AG und der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, den 27. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Der Konzern im Quartalsvergleich

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	IV / 2011	III / 2011	II / 2011	I / 2011	IV / 2010	III / 2010 ¹⁾	II / 2010	I / 2010 ¹⁾
Zinsüberschuss	288	227	221	215	197	180	177	171
Zinserträge	1.014	1.033	1.165	1.074	1.006	965	1.107	1.096
Zinsaufwendungen	726	806	944	859	809	785	930	925
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	34	26	24	-1	5	22	36	42
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	254	201	197	216	192	158	141	129
Provisionsüberschuss	71	71	63	64	75	73	60	66
Provisionserträge	114	110	106	102	113	112	97	99
Provisionsaufwendungen	43	39	43	38	38	39	37	33
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-1	-11	2	8	-2	10	1	-2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	47	-151	5	83	88	92	-1	170
Ergebnis aus Finanzanlagen	-53	-39	-56	-15	-20	-9	6	1
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-18	-11	2	3	5	2	0	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	29	59	24	9	30	13	39	2
Verwaltungsaufwendungen	260	229	238	255	266	251	241	245
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe	69	-110	-1	113	102	88	5	122
Aufwand Bankenabgabe	0	15	8	7	0	0	0	0
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	69	-125	-9	106	102	88	5	122
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120	-16	-5	21	18	14	1	19
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	-51	-109	-4	85	84	74	4	103
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	4	0	0	0	-7	3	0	2
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	-55	-109	-4	85	91	71	4	101

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich Restrukturierungsergebnis

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	IV / 2011	III / 2011	II / 2011	I / 2011	IV / 2010	III / 2010 ¹⁾	II / 2010	I / 2010 ¹⁾
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern²⁾	-51	-109	-4	85	84	74	4	103
Veränderung der								
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten	-61	-137	35	-28	-56	63	-55	97
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-7	-12	-36	-1	4	-3	-6	-2
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-4	-59	16	35	32	-3	-17	-19
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	5	5	6	5	5	5	3	3
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	-39	-41	2	27	179	-52	-51	-45
Rücklage aus Währungsumrechnung	-2	-2	0	3	0	4	-1	-3
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	7	1	-3	-7	1	3	-1
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen								
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten	-19	-27	5	-9	-13	19	-2	27
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-2	-17	4	11	10	-1	-6	-5
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	-11	-13	1	8	53	-15	-15	-14
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	-1	0	1	0	1	0	-1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis²⁾	-74	-174	44	23	98	9	-98	22
Gesamtergebnis der Periode	-125	-283	40	108	182	83	-94	125
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	2	3	0	-2	-9	5	-1	4
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne/Verluste	4	0	0	0	-7	3	0	2
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	-2	3	0	-2	-2	2	-1	2
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	-127	-286	40	110	191	78	-93	121

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, den 27. Februar 2012

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Martin K. Müller

Weitere Informationen

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	213
Organe der Landesbank Berlin Holding AG	216
Corporate Governance-Bericht	218
Wichtige Adressen	222
Abkürzungsverzeichnis	224
Wesentliche Beteiligungen	226

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2011 in sechs Plenumsitzungen sowie in acht Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns.

In der Sitzung vom 10. Februar 2011 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2010 und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des zurückliegenden Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit den Veränderungen der stillen Reserven und stillen Lasten im Vergleich zum Vorjahr, dem Strategiedokument nach MaRisk sowie mit der Anpassung des Vergütungssystems an die Instituts-Vergütungsverordnung und mit Vorstandsangelegenheiten befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat die Umsetzung aktueller DCGK-Empfehlungen und die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 25. März 2011 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2010 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2010 einschließlich des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2010. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Prüfung des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG, die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung am 16. Juni 2011 einschließlich des Vorschlags für die Wahl des Abschlussprüfers. Neben der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2010 und zum Corporate Governance-Bericht 2010 beschloss der Aufsichtsrat, die Effizienzprüfung seiner Tätigkeit anhand einer Checkliste vorzunehmen. Der Aufsichtsrat befasste sich mit dem Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten aus dem Kreis des Aufsichtsrats sowie dem Sachstandsbericht zum Projekt „Wege zum Kunden“.

In der Sitzung am 16. Juni 2011 vor Beginn der Hauptversammlung hat sich der Aufsichtsrat neben der ausführlichen Berichterstattung durch den Vorstand über die Geschäftsentwicklung der ersten vier Monate zudem über Beteiligungsangelegenheiten und den Stand der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts informieren lassen. Darüber hinaus wurden neben dem Vergütungsbericht die Auswertung der Ergebnisse der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats Tätigkeit im Jahr 2010 sowie Vorstandsangelegenheiten behandelt.

Am 27. Juli 2011 informierte der Vorstand über die Geschäftsentwicklung des laufenden Jahres und über den Erwerb von Geschäft und Vermögensgegenständen der readybank ag durch die S-Kreditpartner GmbH.

Am 15. September 2011 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben der Ergebnis- und Risikoanalyse im Segment Zinsmanagement den Stand der Überlegungen zur Wandlung der stillen Einlage. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2011. Er befasste sich mit Vorstandsangelegenheiten und informierte sich über das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung sowie den Erwerb der Anteile der NordLB an der BHS Berliner Hannoverschen Software GmbH und die Verschmelzung der BHS auf die Landesbank Berlin AG.

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 4. November 2011 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum dritten Quartal, die aktuelle Geschäftsentwicklung und informierte über den Ergebnisausblick. Einen weiteren Schwerpunkt der Aufsichtsrats Tätigkeit bildete die Erörterung der Mittelfristplanung und der Gesamtbankstrategie. In diesem Zusammenhang behandelte der Aufsichtsrat eingehend die Auswirkungen aus der Staatsschuldenkrise auf die Situation und Entwicklung des Unternehmens. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den LBB-internen Abschlussbericht zur DPR-Prüfung und die D & O-Versicherung informieren lassen.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2011 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2011 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss trat im Berichtsjahr in acht Sitzungen zur Vorberaterung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen; drei der Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten. Gegenstand dieser Telefonkonferenzen war die Erörterung des vorläufigen Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2010 beziehungsweise des jeweiligen Zwischenberichts zum 31. März 2011 und 30. Juni 2011 mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie mit Vorstandsangelegenheiten. Zudem befasste er sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2011 nicht zusammen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) intensiv erörtert. Im Frühjahr 2011 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2012 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des DCGK vom 26. Mai 2010 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für den Aufsichtsrat und den Vorstand der Holding und der LBB für 2011 ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht erstellt. Tatsächliche oder potenzielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie ein ausführlicher Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den Seiten 218 ff. und 39 ff. dieses Geschäftsberichts zu entnehmen.

Personalial Vorstand

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

Personalial Aufsichtsrat

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2011 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Jahresabschluss 2011

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich gem. DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2011 in seiner Sitzung vom 12. März 2012 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2011 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 1.914.232,44 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2011 in einem weiteren für die gesamte Finanzbranche schwierigen Jahr erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2012

Der Aufsichtsrat



Heinrich Haasis
Vorsitzender

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender

Martin K. Müller

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff*

stellv. Vorsitzende
stellv. Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referent Organisationssteuerung
der Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Spezialist/Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/
Bundesbank ver.di, Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Bereichsleiter Firmenkunden
der Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Projektmitarbeiter im Bereich Kredit
der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Frank Meysel*

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau*

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Bärbel Wulff

stellv. Vorsitzende

Michael Jänichen

Thomas Mang

Helmut Schleweis

Frank Wolf

Vermittlungsausschuss

Christina Förster

Heinrich Haasis

Peter Schneider

Bärbel Wulff

Corporate Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) werden als Leitlinien guter Unternehmensführung verstanden. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance-Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften orientieren sich unabhängig von ihrer Rechtsform an den Empfehlungen des DCGK, soweit seine Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbilds von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance-Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB. Die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG erläutert ebenfalls freiwillig ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance-Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

Vorstand

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Die Vorstände der Holding und der LBB sorgen für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern. Sie entwickeln die strategische Ausrichtung der jeweiligen Gesellschaft, stimmen sie mit ihrem Aufsichtsrat ab und stellen deren Umsetzung sicher.

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen wird auf Vielfalt geachtet und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen angestrebt. Die LBB fühlt sich seit vielen Jahren der Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sollen sie bei der Stellenbesetzung bei gleichwertiger Qualifikation vorrangig berücksichtigt werden.

Chancengleichheit erfordert, dass Begabung, Potenzial und Kompetenz beider Geschlechter gleichermaßen anerkannt und gefördert werden. Nähere Informationen zur Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind in der Erklärung zur Unternehmensführung unter dem Link www.lbb-holding.de/corporate-governance veröffentlicht.

Die Vorstände der Holding und der LBB informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung. Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten.

Die Zusammensetzung der Vorstände der Holding und der LBB und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind im jeweiligen Lage- und Konzernlagebericht dargestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsgremien insgesamt soll nach Auffassung der Aufsichtsräte den Grundsätzen der Vielfalt (Diversity) entsprechen. Die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat werden in der Hauptversammlung gewählt. Die Arbeitnehmer wählen ihre Vertreter gemäß den Regeln des Mitbestimmungsgesetzes in einer eigenen Wahl. Auf die Auswahl der Aufsichtsratskandidaten der Arbeitnehmer kann der Aufsichtsrat keinen Einfluss nehmen.

Für seine Zusammensetzung hat der Aufsichtsrat entsprechend der Empfehlung in Ziffer 5.4.1 DCGK konkrete Ziele beschlossen:

- Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands durch den Aufsichtsrat sichergestellt ist. Die zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten sollen aufgrund ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen in der Lage sein, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in einer Bankgruppe mit einem regional auf Berlin-Brandenburg ausgerichteten Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem überregionalen Kapitalmarkt- und Immobilienfinanzierungsgeschäft wahrzunehmen.
- Angesichts des Schwerpunkts der Geschäftstätigkeit innerhalb Deutschlands sowie des besonderen Fokus auf die Region Berlin-Brandenburg sind erhöhte Anforderungen an die internationalen Erfahrungen der Aufsichtsratsmitglieder nicht zwingend erforderlich.
- Bei den Wahlvorschlägen soll der Aufsichtsrat insbesondere auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten. Bereits bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Gegenwärtig sind bei der Holding zwei Frauen und bei der LBB ebenfalls zwei Frauen im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat ist weiterhin bestrebt, diese Anzahl bei der nächsten Aufsichtsratswahl im Jahr 2014 mindestens zu wahren oder wenn möglich zu erhöhen.
- Bei ihrer Wahl sollen die Aufsichtsratsmitglieder in der Regel nicht älter als 68 Jahre sein.
- Dem Gremium gehört eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu deren Vorstand stehen. Darüber hinaus regelt die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, dass Aufsichtsratsmitglieder keine Interessen verfolgen dürfen, die im Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen stehen.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte werden namentlich im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen ihren jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss hat der Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss gebildet.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2011 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Der Bericht des Aufsichtsrats der Holding ist im Geschäftsbericht abgedruckt.

Ein Mitglied des Kreditausschusses enthielt sich der Stimme bei einer Beschlussfassung im Kreditausschuss aufgrund eines anderen ausgeübten Mandats. Weitere tatsächliche oder potenzielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie – auf freiwilliger Basis – der Aufsichtsrat der LBB haben auch im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Prüfliste durchgeführt, die von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurde. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung beurteilten beide Aufsichtsratsgremien ihre Arbeit als effizient. Die wenigen Verbesserungsvorschläge wurden dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der börsennotierten Holding nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jede Aktie verbrieft das gleiche Stimmrecht. Die Hauptversammlung entscheidet über die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, zu denen unter anderem die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Bestellung des Abschlussprüfers, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Satzungsänderungen und Kapitalmaßnahmen gehören. Den Vorsitz der Hauptversammlung führt grundsätzlich der Aufsichtsratsvorsitzende. Um den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, werden die notwendigen Unterlagen im Anschluss an die Einberufung im Internet veröffentlicht. Es besteht für die Aktionäre die Möglichkeit, einen Stimmrechtsvertreter mit der weisungsgebundenen Ausübung ihrer Stimmrechte zu beauftragen.

Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2011 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2011 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen und über die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten berichtet. Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zu der für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Konzerngesellschaften bestehenden Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im jeweiligen Lagebericht und Konzernlagebericht enthalten. Die personifizierte Angaben zu den Bezügen des Vorstands und den Leistungen für den Fall der regulären Beendigung der Vorstandstätigkeit sowie zu den Bezügen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding dargestellt. Konzernlagebericht und Konzernanhang der Holding sind Teil dieses Geschäftsberichts.

Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2011 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Jahres- und Konzernabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaften und des Konzerns informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser dem Konzernlagebericht zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte der Holding und der LBB sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 26. Mai 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und wie folgt im Februar 2012 abgegeben.

Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG

§ 1 Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte im Februar 2011. Seit diesem Zeitpunkt hat die Landesbank Berlin Holding AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 26. Mai 2010, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 2. Juli 2010 unter den in § 2 genannten Ausnahmen entsprochen und wird diesen vorbehaltlich der in § 2 genannten Ausnahmen auch zukünftig entsprechen.

§ 2 (a) In der D&O-Versicherung ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats kein dem gesetzlichen Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands entsprechender Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen (Ziff. 3.8 DCGK).

Der für die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen der D&O-Versicherung vereinbarte Selbstbehalt in Höhe einer halben Jahresfestvergütung hat sich bewährt und sollte daher nicht verändert werden. Der bestehende Selbstbehalt erfüllt den Regelungszweck und wird für angemessen gehalten, die Aufsichtsratsaufgaben pflichtgemäß und gewissenhaft wahrzunehmen, insbesondere die Geschäftsführungstätigkeit des Vorstands dahingehend zu überwachen, dass keine unangemessenen Risiken für das Unternehmen eingegangen werden. Einer Erhöhung des Selbstbehalts wird auch keine weitergehende verhaltenssteuernde Funktion beigemessen. Sie ist daher weder erforderlich noch sachgerecht.

(b) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach einschließlich Nebenleistungen auf zwei Jahresvergütungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).

Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

(c) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrats auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

(d) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).

Der Aufsichtsrat erhält keine variable erfolgsorientierte Vergütung (vergleiche § 13 der Satzung der Landesbank Berlin Holding AG). Eine an die Dividendenhöhe geknüpfte Vergütung ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

Berlin, im Februar 2012

Vorstand und Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin Holding AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509
www.lbb-holding.de

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Niederlassung London

LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, 66 Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: +44/20/757 262 00
Telefax: +44/20/757 262 99

Niederlassung Luxemburg

LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: +352/468 939 0
Telefax: +352/468 939 201 9

Landesbank Berlin Investment GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Telefon: 030/245 645 00
Telefax: 030/245 645 45
www.lbb-invest.de

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Eine aktuelle Aufstellung der Vertriebs-
standorte finden Sie im Internet unter
www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Privatkunden

Private Banking	Badensche Straße 41	10715 Berlin	030/869 840 55
Marktbereich Nord	Scharmweberstraße 14	13405 Berlin	030/869 747 860
Marktbereich Süd	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 747 610
Marktbereich Süd-Ost	Frankfurter Allee 147	10365 Berlin	030/869 742 691
Mobile Beratung	Badensche Straße 41	10715 Berlin	030/869 812 50

Firmenkunden

Zentrale Direktion Firmenkunden	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 843 89
Direktion Firmenkunden Nord	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 737 777
Direktion Firmenkunden Süd/ Direktion Brandenburg	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 747 671 030/869 747 683
Direktion Firmenkunden Zentrum	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 746 586
Direktion FirmenkundenCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 830 23
Direktion BusinessLine	Brunnenstraße 111	13355 Berlin	030/245 830 16

Immobilienfinanzierung

Inland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 90
Berlin/Region Ost	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 90
Wohnungsunternehmen	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 86
Geschäftsstelle Düsseldorf	Königsallee 60	40212 Düsseldorf	0211/839 22 01
Geschäftsstelle Frankfurt am Main	Bockenheimer Anlage 2	60322 Frankfurt am Main	069/150 66 11
Geschäftsstelle Hamburg	Neuer Wall 19	20354 Hamburg	040/286 658 921
Geschäftsstelle München	Isartorplatz 8	80331 München	089/291 949 10
Zentrale Betreuung Inland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 80
Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 20
Real Estate Finance London	1 Crown Court, 66 Cheapside	GB-London EC2V 6 LR	+44/20/757 264 93
Repräsentanz Amsterdam	WTC Schiphol Schiphol Boulevard 263	NL-1118 BH Schiphol	+31/20/206 596 0
Repräsentanz Paris	40, Rue La Pérouse	F-75116 Paris	+33/1/730 425 20
Repräsentanz Warschau	ul. Widok 8	PL-00-023 Warschau	+48/22/690 656 5
Zentrale Betreuung Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 20

Kapitalmarktgeschäft

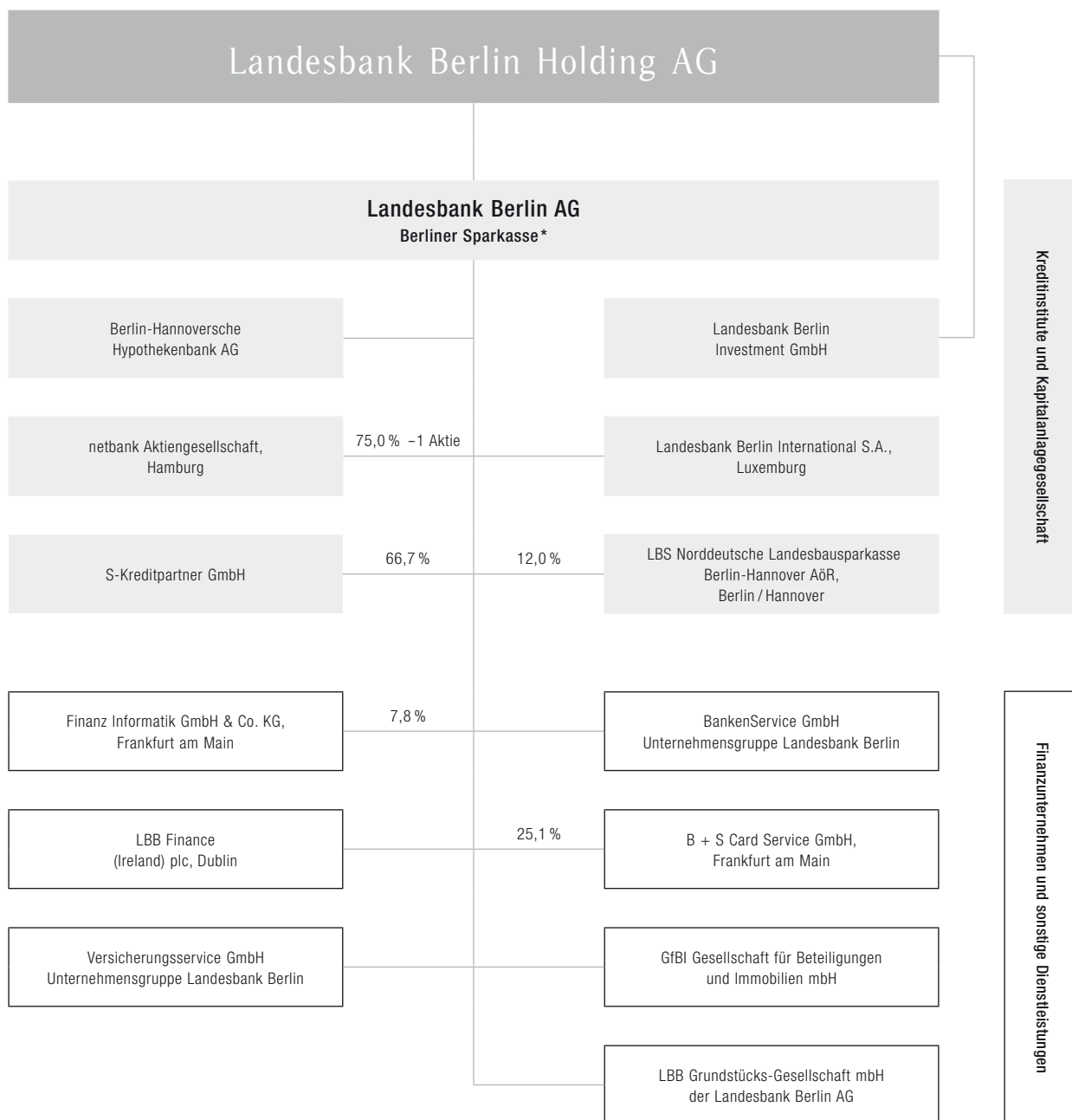
Business Management	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 610 16
Relationship Management			030/245 929 03
Client Business Distribution	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 625 65
Client Business Production	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 612 43
Treasury und Trading	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 624 07 030/245 665 16
Internationales Geschäft	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 651 35

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset-Backed-Securities	EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e.V., München	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
AfS	Available for Sale	HFA	Hauptfachausschuss
AG	Aktiengesellschaft	ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
AktG	Aktiengesetz	EstG	Einkommensteuergesetz
AMA	Advanced Measurement Approach	EU	Europäische Union
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	EWB	Einzelwertberichtigung
BankenService	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin	EZB	Europäische Zentralbank
BBG	Beitragsbemessungsgrenze	FED	Federal Reserve System
BCIA	Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH, Berlin	FVO	Fair Value-Option
Berlin Hyp	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin	GBV	Geschäftsbesorgungsvertrag
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	GewStG	Gewerbsteuergesetz
BGB	Bankgesellschaft Berlin	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BP	Basispunkt	HfT	Held for Trading
BPS-Ausschuss	Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats	HGB	Handelsgesetzbuch
CCE	Current Credit Exposure	Holding	Landesbank Berlin Holding AG
CDO	Collateralized Debt Obligation	HtM	Held to Maturity
CDS	Credit Default Swap	IAS	International Accounting Standards
CFH	Cashflow-Hedge	IASB	International Accounting Standards Board
CMBS	Commercial Mortgage-Backed-Securities	IBG	Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH
COBIT	Controlled Objectives for Information Technology	IDL	Immobilien dienstleistungsgeschäft
CreditVaR	Credit Value-at-Risk	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
CSO	Chief Security Officer	IFRS	International Financial Reporting Standards
D & O-	Directors & Officers-Vermögensschaden-	IKK	Konzept des Internen Konsolidierungskreises
Versicherung	versicherung	IKS	Internes Kontrollsystem
DakOR	Datenkonsortium OpRisk	IKS Lüs	Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
DBO	Defined Benefit Obligation	IRC	Incremental Risk Charge
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex	ISMS	Informationssicherheitsmanagementsystem
DetV	Detailvereinbarung	ISO	International Organization for Standardization
Deutsche	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG,	IT	Informationstechnologie
S-Leasing	Bad Homburg v. d. Höhe	ITIL	IT Infrastructure Library
DISQ	Deutsches Institut für Service-Qualität GmbH & Co. KG, Hamburg	IWF	Internationaler Währungsfonds
DK	Deutsche Kreditwirtschaft	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards	KG	Kommanditgesellschaft
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., Berlin	KMG	Kapitalmarktgeschäft
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn	KStG	Körperschaftsteuergesetz
EAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz	KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
		LaR	Loans and Receivables
		LBB	Landesbank Berlin AG, Berlin

LBBH	Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
LBB-INVEST	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
LDA	Loss Distribution Approach
LWB	Länderwertberichtigung
MAK	Mitarbeiterkapazitäten
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MBS	Mortgage-Backed-Securities
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
ÖffSchOR	Öffentliche Schadenfallsammlung
OL	Other Liabilities
OpRisk	Operationelles Risiko
OSPlus	OneSystem Plus
OTC	Over-The-Counter
P & L	Profit and Loss
pEWB	Pauschale Einzelwertberichtigung
PFE	Potential Future Exposure
PIIGS	Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien
PoWB	Portfoliowertberichtigung
PUC	Projected Unit Credit-Methode
RMBS	Residential Mortgage-Backed-Securities
RMS	Rechnungslegungsbezogenes internes Risikomanagementsystem
RS	Rundschreiben
RTF	Risikotragfähigkeit
RVAGAnpG	Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung
RVG	Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg
SA	Société Anonyme
S-Beteiligungs-gesellschaft	Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
S-Erwerbs-gesellschaft	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
SIC	Standing Interpretations Committee
SITB	Sicherer IT-Betrieb
SIZ	Sparkassen Informatikzentrum
SKP	S-Kreditpartner GmbH, Berlin
SolvV	Solvabilitätsverordnung
VaR	Value-at-Risk
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandvergütung
WE	Währungseinheit
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz

Wesentliche Beteiligungen



Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen; Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0 %; Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Stand: März 2012

Impressum

Herausgeber

Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Fotos

Steffen Jänicke, Berlin
Michael Jungblut, Berlin

Druck

Broermann Druck + Medien GmbH, Troisdorf

ISSN 1868-3304



Landesbank Berlin Holding AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postfach 11 08 01
10838 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Investor Relations
Telefon: 030/869 663 89
Telefax: 030/869 694 163 1
E-Mail: ir@lbb.de

www.lbb.de

